

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Vor-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark, pr. Monat. Einget. in der Post-Regierungs-Verwaltung für 1896 unter Nr. 7277.

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 6. März 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Adua!

Adua! Eine traurige Stunde ist für Italien angebrochen. Eine Stunde der Schande und der Verzweiflung! Im Süden zwischen den Höhenzügen Abessinien's ist ein ganzes Armeekorps, die Blüthe des italienischen Volkes, von den Afrikanern vernichtet worden. Noch kennen wir nicht den vollen Umfang des schweren Mißgeschicks, aber man kann ihn sich schon ausmalen: Tausende von Todten, tausende von Verwundeten, tausende Gefangene. 50 Kanonen sind in die Hände des Feindes gefallen. Ein Landstrich, fast so groß wie ganz Italien, ist verloren gegangen. Die Ueberreste der Armee, die zerstreuten Haufen sind bis ans rothe Meer zurückgeworfen.

Das ist nicht mehr eine Niederlage, das ist weit mehr, das ist ein vernichtender Schlag, ähnlich wie die Schlachten bei Novara und bei Sedan.

Aber wie groß auch der Schmerz über die ungeheure Katastrophe, über die Hekatomben junger Leben, die der Arbeit und dem Frieden bestimmt waren und die ihrer Aufgabe durch eine Politik von Banditen entzogen worden sind, wie groß auch die Trauer hierüber sein mag, in erster Linie muß man in diesem Zusammenbruch die Nemesis der Geschichte erkennen.

Wenn auch die Schlacht bei Adua das Werk eines Augenblicks war, so war sie doch die notwendige Folge der langen Reihe von Schreden, Unsamien und Verbrechen, die zusammengenommen der afrikanische Krieg heißen, die nicht anders enden konnten, als mit einer Katastrophe, wie der bei Adua.

Nach einer langen Reihe von Niederlagen und Freihütern hat der General Baratieri, dieser Held zahlloser Zwedessen, die ihm das Crispinische Italien bei seiner Triumphreise durch das Land geboten hatte, die Garnison von Malakka aus Mangel von Waffen und Soldaten, zu einer eigenthümlichen, bis jetzt noch nicht aufgelärten Uebergabe des vorgeschobenen Postens in der Kolonie gezwungen. Der General schien die Ankunft der am 28. Februar in Neapel eingeschifften Truppen abzuwarten, denn er telegraphirte, es sei absolut unmöglich, die feindliche Stellung anzugreifen. Aber gleich nachdem er die Depesche abgefaßt, ließ er, ohne absehbaren Grund, von 15 000 seiner Leute 900 000 Feinde angreifen. War dieser Mann, der kommandirende General der Armee plötzlich verrückt geworden? Sicherheit nicht! Was vom schmutzigsten, persönlichen Interesse getrieben, hat er in äußerster Verwegenheit ein teuflisches Spiel begonnen, das, wenn es gelungen wäre, seine Aktien auf der Börse des Patriotismus und des militärischen Ruhmes bis ins Ungemessene in die Höhe getrieben hätte. Dies hätte ihn in seiner Stellung als Chef der Armee befestigt, hätte ihn die Zufriedenheit des Ministeriums in Rom gesichert, hätte es unmöglich gemacht, daß ihn der General Baldissera, der ihm als Nach-

folger bestimmt war, in Wirklichkeit ersetzt hätte. Da konnte man schon 15 000 junger Leben aufs Spiel setzen. Das ist das Geheimniß der Schlacht von Adua: der Wille eines Generals, der an seinem Kommando klebt. So faßt ganz Italien, so die ganze Welt die Katastrophe von Adua auf. Deshalb fordern auch die Zeitungen, daß der gewissenlose General vor ein Kriegsgericht gestellt und süßlirt werde.

Doch wie dem auch sein mag, die demokratischen Elemente des italienischen Volkes sagen, daß das afrikanische Abenteuer von seinem Beginn (1888) ab bis zu der Katastrophe von Adua nichts anderes war, als ein freies Börsenspiel, unternommen, um die Augen des Volkes von seinen wahren Interessen abzulenken, um es nicht schauen zu lassen das Brigantenthum und den Raub seiner Staatsmänner und seiner Großkapitalisten. Diese alle nennt das Volk Baratieri's.

Die erithräische Kolonie war das Paradeferd der ganzen italienischen „Baratteria“. Ihr Ursprung war ein ungeheurer Raub. Der Minister Depretis wollte seine schmutzige Geschichte mit den italienischen Eisenbahnen zum Abschluß bringen. Eine Bande von Börsenwölfen hatte der italienischen Regierung vorgeschlagen, ihr die Ausbeute der Staatseisenbahnen zu überlassen. Es handelte sich da um ein Geschäft von hunderten von Millionen, die Finanzgrößen hatten vorher ihr Geld gut angewandt: Eine große Anzahl von Parlamentariern, eine Reihe großer Blätter, ein Menge von Staatsbeamten wurde bestochen; aber im Volke, das die Zwecke dieser Spekulation verstanden hatte, herrschte große Unzufriedenheit. Die Opposition im Lande wußte, das Projekt mit den Eisenbahn-Gesellschaften war kompromittirt; da schiffte man italienische Truppen in Massana ab, der wohl überlegte Schlag war gemacht, das öffentliche Interesse war vom Eisenbahnschwindel abgelenkt, man hatte die Aufmerksamkeit auf das koloniale Abenteuer gelenkt. Die Eisenbahnverträge wurden nun genehmigt, der Staat verlor zirka 200 Millionen und die „Baratteria“ saßen zirka 50 Millionen ein. So wurde Italien eine „Kolonialmacht“.

Die Bourgeoisie verstand aber auch sonst aus der erithräischen Kolonie ihren Nutzen zu ziehen, so die Militärlieferanten, die Aktionäre der Navigazione generale, deren Rechtsberater lange Zeit Herr Crispi gegen ein Jahresgehalt von 50 000 Fr. war, dann die Bankiers, die sich nichts besseres wünschen, als der Regierung Geld zu leihen, und die großen Emissionen-Institute. Für die Regierung hatte die Kolonie den Vortheil, daß sie durch die kriegerischen Ereignisse in derselben stets die Auf-

Unter dem Wort baratteria versteht man im Italienischen Leute, welche die öffentlichen Gewalten zu ihrem persönlichen Vorteil missbrauchen.

merksamkeit des Volkes von der inneren Politik ablenken konnte. So erschien der Gedanke eines erithräischen Kaiserthums auf der Bildfläche, als die Entrüstung des Volkes über die Fälschungen und Betrügereien der Banca romana und die Aufsehen erregenden Dokumente Cavalotti's das Ministerium Crispi zu stürzen drohten. Damals sollte ein großer Sieg in Afrika das „moralische“ Ansehen Crispi's wieder stützen und seine Schmach in der Banca romana-Affäre und seine Verbrechen in Sizilien in Vergessenheit bringen. Die Schmach der Verfolgungen der Sozialisten, die Einkerkelung der sizilianischen Märtyrer sollte durch einen Sieg Baratieri's in Afrika ausgeglichen werden. Die Blutsiedeln der italienischen Waffen im sizilianischen Bürgerkriege sollten durch das Blut der Schoaner übertränkt werden. Die Offiziere, die Lieblinge der Bourgeoisie, träumten von Ruhm, Ordenssternen, doppeltem Gold und sprunghafter Karriere.

Abissus abissum invocat! (Ein Abgrund reißt einen neuen Abgrund auf.) Die erithräische Kolonie ist ein Kind der Geschäftspolitik, die Geschäftspolitik stützt sich auf die Gewaltpolitik, die Gewaltpolitik stützt sich auf den Militarismus, der Militarismus bedarf des Krieges: des Krieges ohne Verunft, ohne Gerechtigkeit, des Eroberungskrieges. Und der ungerechte Krieg führt zu Ereignissen, wie zu der Schlacht von Adua.

Die Baratieri können nicht immer obenauf bleiben, dies beweist auch der tiefe Stoß, den die Nachricht von der Katastrophe von Adua im italienischen Volksbewußtsein hervorgerufen hat. Mit Ausnahme der Baratieri's der Presse, die bezahlt sind von den Baratieri's der Reaktion und des Militarismus, hat sich bis jetzt auch nicht eine Stimme erhoben, welche die Fortsetzung des ungerechten Krieges gefordert hätte. Im Gegentheil, das italienische Volk, vor allem das des Nordens, dort, wo man arbeitet und die ungeheuren Steuern bezahlt, hat seine mächtige Stimme erhoben: Endet endlich eure verbrecherischen Thorheiten! Zieht die Truppen aus Afrika zurück! Die Republikaner und die Sozialisten stehen an der Spitze der Bewegung, die anständigen Konservativen folgen ihnen. In ganz Italien kam es zu großen Demonstrationen gegen Crispi und die afrikanische Politik. Die Arbeiter und die Studenten stehen an der Spitze der Bewegung. Die Regierung antwortet mit blutigen Unterdrückungsmaßregeln. In Mailand hat die Soldateska mehrere Bürger verwundet, einen getödtet. Aber diese Maßregeln können Crispi nicht mehr retten, die Entrüstung des Volkes ist so hoch gestiegen, daß sie jeden Widerstand brechen kann. Man vergesse bei der Beurtheilung der italienischen Verhältnisse nicht, daß nach der Verfassung das Staatsoberhaupt Frieden schließt und Krieg erklärt. Trotz aller konstitutioneller Fiktionen fällt auf das Haupt des Königs, des unentwegten Beschützers des Verbrechers Crispi, die ganze Verantwortlichkeit. Crispi hat wohl seine Rolle ausgespielt, er hat seine

### Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

„Ich durch meine Verse, seitdem habe ich noch kein Wort mit Clotilden gesprochen, morgen — heute noch reise ich zurück auf mein Gut.“

„Ich nach S., um mich nützlich zu machen, um in etwas die große Schuld der Eltern zu sühnen, durch die Elternsünden werden ja die Kinder oft schwer heimgesucht.“

„Kommen Sie.“

„Diesen Brief hier will ich doch mitnehmen und absenden, er enthält Wichtiges.“

„Sie gingen verfehlt. Beide hatten Interesse, Freundschaft für einander gewonnen.“

„Im Wagen erzählte Langenberg den ganzen Verlauf der peinlichen Untersuchung.“

„Rüzdorf hörte mit Grauen zu und dachte mehr an das Zukünftige als an das Gegenwärtige.“

„Beide Männer bemitleideten und beklagten tief die unglückliche Clotilde.“

„Erstaunt, daß der Wagen schon am Ziele, stiegen sie aus.“

„Majors Hausarzt, auf dem Wege zu einem entfernten Patienten, war auch hier eingetreten und noch zugegen.“

„Langenberg wurde ihm vorgestellt und beide Aerzte befanden sich im Einverständnis über Clotilden's Leiden und die Mittel zu ihrer Heilung. Nur Ruhe und gute Pflege konnte bei dieser Nevenerschütterung helfen.“

„Mit stummem Schmerz betrachtete Langenberg und Rüzdorf die bleiche Clotilde, sie erkannte weder den einen noch den anderen.“

„Die Majorin und die Oberförsterin waren um sie beschäftigt und lösten sich ab in der stillen Pflege.“

„Keinen Dank, keine lauten Worte“, sagte die Majorin, als Langenberg gerührt den beiden Frauen die Hand drückte.

„Nur die Worte Clotilden's,“ sprach leise Langenberg,

„will ich Ihnen wiederholen. Als sie schon einmal in diesem gastfreundlichen Hause liebevolle Aufnahme gefunden, sagte sie zu mir: „Das war ein trauriger Mann, wo das häusliche Glück und gute Menschen wohnen.“ Und so ist es, hier nur kann Clotilde genesen. Tausend Dank für Ihre bisherigen Mähen, nehmen Sie sich auch so menschenfreundlich ferner einer schwer heimgesuchten Seelenkranke an.“

„Von Herzen gern, zweifeln Sie nicht,“ sagte die Majorin.

„Es könnten Nachrichten eintreffen, wodurch diese reine Blume in ein trübes Licht gestellt wird.“

„Wir haben keine Geheimnisse hier“, begann jetzt die Oberförsterin, „mein Bruder hat mich eben aufgeklärt, was geschehen, was kommen kann; wir werden nicht ermatten, unsere Fürsorge auch ferner wie bisher zu betheiligen. Wir werden nicht wanken das zu vollenden, was wir begonnen.“

„Das wird mich beruhigen und ermutigen zu freudigem Wirken, meinen jetzt schweren Beruf mir erleichtern —“

„Ihre Frau wird schon bald wieder genesen,“ sagte die Majorin, „und sich wohl bei uns fühlen.“

„Das wird sie.“

„Dann lassen Sie ihr nur Zeit zur Erholung und schenken auch Sie unserem Hause Ihre Sympathien.“

„Mit Verehrung. Ich überlasse Ihnen mein Liebste.“

Langenberg drückte Clotilden noch einmal die Hand, sie erwachte nicht, er schrie auf eine Karte einige Worte an sie, warum er fortgegangen, dann empfahl er sich, um auch dem Hausherrn seinen Dank abzustatten.

„Eine glütige Vorsehung“, flüsterte ihm Rüzdorf zu, „wirft sie nieder, um tödliche Eindrücke abzuwehren.“

Der Oberförster und der Major kamen schon von ihrem Morgenspaziergang zurück, den die Kur ihnen auf-erlegte.

Langenberg ging ihnen entgegen. „Man muß die Frauen ansehen, sonst hat man das

Nachsehen, Herr Doktor,“ sagte nach freundlichem Gruße der Major zu Langenberg, „da ist hier Herr Oberförster von der Mühle.“

„Ich hatte bereits in der Nacht das Vergnügen,“ schaltete der Oberförster ein —

„Der versteht das, er hat Ihnen die Frau entführt.“

„Und ich bin ihm sehr dankbar dafür. Ich müßte verlegen werden, wenn ich nicht so hocherfreut wäre, im Dunkel der Nacht eine so interessante Bekanntschaft gemacht zu haben.“

„Etwas galanter,“ sagte der Oberförster, „konnten Sie doch sein, Herr Doktor, wenn Sie auch nicht, die erste beste Fremde“, wie Sie unbenutzt Ihre Frau nannten, ansehen wollten, aber es war immerhin eine Dame.“

„Ich verspreche, mich zu bessern,“ erwiderte Langenberg, „so habe ich hier zwei Damen kennen gelernt, die so lebenswürdig und hilfreich, über alles Lob erhaben sind, daß ich ihnen nicht genug danken kann, daß ich sie verehren muß, und —“

„Halten Sie ein mit Ihren Galanterien,“ rief der Oberförster.

„Da haben wir's,“ sagte lachend der Major, „unsere Frauen scheint sich der Doktor genau angesehen zu haben, hoffentlich kommt es zu keiner Entführung.“

„Nein, denn beide verrichten ein Werk der Barmherzigkeit. Ich möchte die geehrten Ehegatten solcher edlen Frauen bitten, ihnen dies ferner zu gestatten und meines Dankes gewiß zu sein.“

„Natürlich bleibt Ihre Frau bis zur Genesung hier,“ sagte der Major.

„Unsere Frauen,“ sagte der Oberförster hinzu, „lassen sich da weder aufhalten, noch hineinreden.“

„Herr Doktor, ich will,“ begann der Major, „nach Ablauf der Saison hier, den Winter wieder in Italien, in meiner Garnisonstadt, die unweit Genua liegt, verleben, halten Sie das für gefährlich? Wird die Cholera auch dorthin kommen?“

(Fortsetzung folgt.)



Demission gegeben und der König hat sie endlich angenommen. Eine Wolffsche Depesche meldet hierüber aus Rom:

Die Zugänge zum Gebäude der Deputiertenkammer sind von einer dichtgedrängten Menschenmenge besetzt. Der Saal, die Galerien, auch die Diplomatenloge sind überfüllt. Ministerpräsident Crispi zeigt die Demission des Kabinetts an und erklärt, daß der König dieselbe angenommen hat. (Langanhaltender Beifall auf mehreren Banken; Rufe „Es lebe der König!“ Lebhaftes Zwischenrufen auf der äußersten Linken.) Crispi erklärt alsdann, daß die Minister zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bis zur Ernennung der Nachfolger auf ihren Posten verbleiben werden. (Große Unruhe und laute Rufe auf der äußersten Linken.) Der Präsident ersucht das Haus, sich zu vertagen, bis die Krone ihre Entscheidung getroffen haben werde. (Andauernder Lärm auf der äußersten Linken.) Die Sitzung wird unter großer Erregung geschlossen.

Im Senat gab Ministerpräsident Crispi die gleiche Erklärung wie in der Deputierten-Kammer ab. Auf Ersuchen des Präsidenten vertagte sich sodann der Senat auf unbestimmte Zeit.

So ist nun Crispi beseitigt und wohl für immer. Aber ob die späte Einsicht des Königs noch die Monarchie retten kann, mag wohl kein Einsichtiger jetzt schon zu beurtheilen. Die nächsten Tage können für das Haus Savoyen verhängnisvoll werden.

Carlo Alberto, der Großvater Humbert's, mußte 1849 nach der Schlacht bei Novara seine Krone niederlegen, Napoleon III. hörte am Tage der Schlacht von Sedan auf, Kaiser von Frankreich zu sein. Adua lömte leicht Novara und Sedan für König Humbert sein.

## Politische Uebersicht.

Berlin, 5. März.

„Glaubt nicht: wenn Ihr Skandal erregt, daß Ihr dadurch die Welt bewegt“, rief am Schluß der heutigen Debatte über die Zuckerzuckerungs-Vorlage der weisse Abgeordnete dem Trost nebst Hörigen des Bundes der Landwirthe zu. In diesem Jurist liegt eine aus der praktischen Thätigkeit dieses Bundes reicher Bettler entnommene recht treffende Kennzeichnung der Agitationsweise eines v. Ploß, Paasche u. dgl. In der heutigen Sitzung traten als Anwälte für Vertheuerung des Zuckers und für Vermehrung des Vermögens Reicher ein: der Schatzminister v. Posadowsky mit einigen Verlegenheitsphrasen, von Ploß mit bombastischen, die krasseste Selbstsucht wieder einmal klar stellenden Brustreden und — „Professor“ Paasche, dessen selbstgefällige, sophistische Kunststücke dem Tiefgrad ökonomischer, wissenschaftlicher und politischer Einsicht, der in seinen Reden Ausdruck findet, fast gleich stehen. Die Abgg. Köstke (wild freis.) und Barth (sf. Bg.) traten deren Tiraden wirkungsvoll entgegen. Den Höhepunkt erreichte die heutige Debatte aber in einer vortrefflichen Rede des Abg. Schippel. Unbarmherzig legte er an der Hand einer Fülle von Thatsachen dar, daß die Regierung ihren Standpunkt zu ungunsten der Steuerzahler gewechselt und der internationalen Vermehrung einer Ausbeutung der Steuerzahler zu gunsten der Zuckerbarone durch die Vorlage die Wege zu ebnen beginne. Verlegen fröh der Schatzminister seine langen Paraphrasen — eine Erklärung für den Wechsel in der Anschauung der Regierung fand er nicht. Nachdrücklichst ermahnte Schippel die vornehmen Ausbeuterseelen, schon aus „politischem Reinklimateitsgefühl“ mit ihrer Interessenpolitik endlich einzuhalten und nicht durch den Ludergeruch der von ihnen vertretenen Interessenpolitik das Ansehen des Reichstags herabzubrüden. Unmühsam konnte Schippel feststellen, daß die Ausbeutungs-Reichsboten „alles gern nehmen“ und den wirklich Darbedürftigen nichts weiter gönnen als die Pflicht, die Taschen der nimmerfatten reichen Agrarier und Schlotbarone durch ihrer Arbeit Fein zu füllen. Offenbar recht peinlich waren die packenden Darlegungen unseres Genossen der Regierung und den Verfechtern privilegierter Ausbeutung. Die werthen Herren suchten durch einen Lärm, wie er aus der Zuckerbörse üblich sein soll, ihr Verlegenheitsgefühl zu verdecken. Möge die nächste Wahl ihnen die Quittung für ihre Interessenpolitik durch Nichtwiederwahl ertheilen und den Zuckerkranken die verdiente Auskehrung verschaffen. Die Zuckersteuer-Vorlage wurde schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. — Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Gewerbeordnungs-Novelle. —

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte am Donnerstag die Beratung des Kultusetats fort. Der Versuch des Zentrums, bei dem Kapitel „katholische Kirche und Weiskirche“ von neuem eine Kulturkampf-Debatte herauszubekommen, hatte nur geringen Erfolg, da ein Schlussantrag dem oben Gesagten ein Ende machte. Die Herren scheinen wirklich für nichts anders mehr Sinn zu haben. So ist es denn kein Wunder, daß die Beratungen, die schon acht Sitzungen in Anspruch genommen haben, nicht von der Stelle kommen. Die ursprüngliche Absicht, den Kultusetat in dieser Woche zu erledigen, ist jetzt aufgegeben, im Gegenteil, es ist sogar ziemlich gewiß, daß von Montag ab Abendstunden stattfinden, damit der Etat, dessen zweite Lesung noch längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte und der, bevor er an das Herrenhaus gelangt, auch noch eine dritte Lesung zu bestehen hat, vor Dornen fertig gestellt wird. Eine längere Debatte entspann sich heute bei dem Kapitel „Universitäten“, bei welcher Gelegenheit Abg. Dr. Friedberg (natl.) die Vorgänge auf den Universitäten Bonn und Marburg zur Sprache brachte. Bekanntlich hat hier der Kultusminister theologische Professoren nach eigenem Gutdünken befehligt, ohne einen Beschluß der Fakultät einzuholen. Minister Dr. Woffe vertheidigte sein Vorgehen mit dem Hinweis auf die Universitätsstatuten und bezeichnete es als einen Segen, daß der Minister auch ohne Rücksicht auf einen Fakultätsbeschluß Verfügungen ergreifen lassen könne. Bei dieser Gelegenheit nannte sich Dr. Woffe einen „ausgesprochenen Vertreter der akademischen Lebensfreiheit“, ein Titel, der nach den letzten Vorgängen wohl kaum ernst gemeint sein dürfte. In satirischer Weise trat Abg. Dr. Wierow dem Minister entgegen, indem er mit einem Seitenhieb auf Bismarck betonte, daß ja seinerzeit auch der medizinischen Fakultät in Berlin eine unangenehme Persönlichkeit, nämlich Professor Schwemmer aufgedrängt sei. Leider vermochte man an Wierow's Rede die nötige Schärfe, die ganz besonders am Platze war, nachdem er auf seine neulich an den Minister gerichtete Anfrage wegen der rechtlichen Stellung der Privatdozenten noch immer keine Antwort bekommen hat; es ist traurig, daß sich eine Volksvertretung in einer so wichtigen Frage mit dem Hinweis auf eine demnach

erscheinende Vorlage verkräften läßt. Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt. —

Ueber die Beratung des sächsischen Wahlgesetzes medlet uns eine Privatdepesche aus Dresden:

In der zweiten Kammer begann heute die Schlussberatung des Wahlgesetzes. Der Antrag der Sozialisten auf Generaldiskussion wurde abgelehnt. Darauf folgte eine siebenstündige Debatte über § 1 der Vorlage. Genosse Seyer kritisierte scharf als erster Redner die Deputationsberatung. Von den Sozialdemokraten sprachen noch Goldstein, Fräßdorf, Stolle. Inzwischen wurde die Debatte sehr heftig. Der Minister hielt sich zurück.

In namentlicher Abstimmung waren 66 Stimmen für, 28 gegen § 1. Außer 15 Sozialdemokraten stimmten folgende Abgeordnete dagegen: Huse, Kühner, Minikow, Kossuf, Preibisch, Richter, Großschönan, Schubert, Thenerkorn.

Der Sozialdemokrat Gränberg trat heute in die Kammer ein. —

Die Kommission für Arbeiter-Statistik ist für Freitag, den 13. d. M., zu einer Sitzung zusammenberufen, um die Erhebung über die Verhältnisse der in der Kleider- und Wäsche-Fabrikation beschäftigten Arbeiter einzuleiten. —

Ueber das fürchterliche Grubenunglück in Kattowitz liegen heute die folgenden Meldungen vor:

Bis heute früh sind einundsechzig Leichen von den in der Kleophagrupe Umgekommenen geborgen worden, darunter die von vier Rettungsmannschaften.

Das Unglück auf der Grube Kleophas ist größer als anfänglich angenommen worden war. Nach der offiziellen Liste wurden bis jetzt 88 Tode herausbefördert; noch etwa 20 Tode befinden sich der allgemeinen Annahme zufolge in der Grube. 23 Pferde sind erstickt. Der Brand dauert noch immer fort.

Die Verwaltung hat sofort Anordnung getroffen, daß bis zu 50 pCt. der monatlichen Unfallrente vorschubweise an die Hinterbliebenen gezahlt werden. Außerdem ist eine erhebliche Erhöhung der gesetzlichen Unfallrente in Aussicht genommen. Ferner wurden aus öffentlichen Mitteln Fonds gebildet, um besonderen Bedürfnissen abzuhelfen. —

Der Mangel an Garantien für das Koalitionsrecht der Arbeiter ist geradezu eine Prämie auf den Uebermuth des Unternehmers. Insbesondere berührt dies in diesem Punkte die Tabakindustrie. Trotzdem diese Leute aus der Organisation der Arbeiter selber Vortheil gehabt haben, insofern als der Verband der deutschen Tabakarbeiter Miquel's Pläne in Beziehung auf neue finanzielle Belastung der Tabakindustrie durch Veranstaltung zahlreicher und sehr bedeutungsvoller Versammlungen in ganz Deutschland durchkreuzen half, mag man sich in den Kreisen der Tabakindustriellen schon wieder an, den Tabakarbeitern die Zugehörigkeit zu ihrer Organisation durch Androhung des Arbeitsverlustes zu untersagen. Aus Bremen wird darüber gemeldet: Wegen Differenzen mit der Firma Klevenhufen haben betänlich etwa 200 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Fabrikantenverein hat sich in einer Versammlung am 2. d. M. mit dieser Angelegenheit befaßt und einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Die Mitglieder sind verpflichtet, allen Arbeitern (Zigarrenmachern, Sortirern, Wählern und sonstigen Hilfsarbeitern), welche nicht nach dem festgestellten Formular schriftlich bestätigen, daß sie keinem Verein angehören, der den Streik bei der Firma G. Klevenhufen billigt und die Streikenden unterstützt, in Bremen, Sebaldsbrück und Gemelingen auf den 17. März, in der übrigen Umgegend auf den 31. März zu kündigen und dieselben an diesen Tagen zu entlassen, falls nicht bis dahin seitens der Firma G. Klevenhufen die Mittheilung eingegangen ist, daß die Arbeit bei ihr wieder aufgenommen ist.“

Die bremischen Tabakarbeiter gaben auf diese Provokation die Antwort in folgender Resolution, die in einer großen öffentlichen Versammlung am Montag einstimmig angenommen wurde: „Die Versammlung erkennt in dem Vorgehen der Firma Klevenhufen einen Angriff auf das Vereinigungsrecht der Tabakarbeiter. Die Arbeiter haben nach dem gehörten Bericht die Hand zum Frieden geboten. Die Firma Klevenhufen hat eine ablehnende Stellung eingenommen. Die übrigen Fabrikanten lassen durchblicken, daß sie unter Umständen geneigt sind, sämtliche Arbeiter von Bremen und Umgegend auszusperrern, wenn die Klevenhufen'schen Tabakarbeiter nicht nachgeben. Die Versammlung ist entschlossen, allen Angriffen ruhigen Muthes entgegen zu sehen; sie erwartet von allen Tabakarbeitern, daß sie in gewohnter Weise zum Schutze ihrer Arbeitskraft und des Vereinigungsrechtes eintreten, selbst auf die Gefahr, daß die Arbeiter wochenlang auf der Straße liegen. Die Versammlung verlangt es umso mehr, als seit Jahren es unangeseht die Fabrikanten vorziehen, die Fabriken zu verlegen. Es ist besser, mit einem Schlage alles zu verlegen, als langsam verhungern, alsdann zieht mit dem Fortziehen der Fabriken auch die Agitation für das Arbeiterrecht in die Filialen der Bremer Zigarrenfabriken ein.“ Weiter wurde beschlossen: „Falls es vorkommen sollte, daß die übrigen Fabrikanten von Bremen und Umgegend einen Theil ihrer Arbeiter entlassen, so sind die noch Verbleibenden gehalten, sich sofort solidarisch zu erklären und demgemäß zu handeln.“

Die Aussperrung der Bremer Tabakarbeiter scheint übrigens von langer Hand vorbereitet — ohne Zweifel ist es auf die Sprengung der Arbeiterorganisation abgesehen — denn von Gemelingen, wo sich zahlreiche Zigarrenfabriken befinden, sind die Unternehmer in gleicher Weise vorgegangen. Fast sämtlichen Tabakarbeitern ist bis zum 17. März gekündigt. Gleichzeitig wurde ihnen gesagt, wenn sie einen Nevers unterschreiben wollten, laut welchem sie aus dem Unterstützungs-Verein Deutscher Tabak-Arbeiter austreten, sowie die Kollegen von Klevenhufen nicht unterstützen, so könnten sie weiter arbeiten, wenn nicht, dann würden bis zum 31. März die Tabakarbeiter von Achim, Langwedel und Berden nachfolgen. Daraufhin wurde sofort von sämtlichen Fabriken eine Kommission zusammenberufen und sämtliche Zigarrenarbeiter beschlossen, nicht am 17., sondern schon am 7. März die Arbeit niederzuliegen und auf die anscheinend aus Humanität festgesetzte 14tägige Kündigung zu verzichten.

Eine sofort einberufene Versammlung der Tabakarbeiter beschloß: „Die heute den 3. März im Lokale des Herrn Rünzmann zu Hastedt tagende öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung erklärt das Annehmen der Fabrikanten, einen Nevers zu unterschreiben, dahingehend, aus dem Unterstützungsverein D. T. A. auszutreten, sowie die Kollegen der Fabrik von Klevenhufen nicht zu unterstützen, als dem freien Willen der Arbeiter zuwider, vielmehr erklärt die heutige öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung, treu und fest zum Unterstützungsverein D. T. A. zu halten.“

Sobald die Fabrikanten ihren übermäßigen Plan ausführen, wird wieder über weite Kreise der Arbeiterschaft unsägliche Leid hereinbrechen. Die Schuld trifft wie in anderen Fällen so auch hier den Gesetzgeber, weil er es im Interesse der bestehenden Klassen unterließ, das Koalitionsrecht der Arbeiter mit Garantien zu umgeben. Wie würden die Vertreter der kapitalistischen Ordnung eifern, wenn es den Arbeitern einfiel, den Unternehmern Vorschriften zu machen, welcher Berufsorganisation sie angehören dürfen oder

nicht! Den Arbeiter vor derartigen unverkündeten Zumuthungen zu schützen, fällt niemanden ein, obwohl selbst die auf den Unverstand gelehrte bürgerliche Volkswirtschaft selber den Grundsatze aufgestellt hat, daß das moderne Verhältniß des Arbeitleistenden zum Arbeitgebenden ein Vertragsverhältniß gleichberechtigter Personen, nicht ein Verhältniß zwischen Herrn und Knecht ist. —

Ueber die Einführung der Jidifikation in Afrika schreibt Herr Stanley in einer der englischen Revuen. Er bewundert die gemachten Fortschritte — natürlich seine eigenen Thaten mit eingeschlossen — und glaubt, daß das große Werk sehr bald gelungen, das heißt, daß ganz Afrika der „Zivilisation“ erschlossen sein werde. Die „Zivilisation“ des Herrn Stanley war bekanntlich ein gutes Repetirgewehr, mit dem er à la Peters Eingeborene „erlegte“, wie Spanien. —

Chronik der Majestätsbeleidigungen. Die Denunziationswuth wegen Majestätsbeleidigung treibt immer heftigere Blüten. Ein früher in Sande ansässiger Küpermeister, welcher seit einiger Zeit von seiner Frau getrennt lebt und sich augenblicklich in Harburg aufhält, demüthigte den Kaiser bei ihm in Arbeit gestanden und noch jetzt in S. beschäftigten Gesellen W., eine mißliebige Aeußerung über den Kaiser gemacht zu haben. Die That soll im April des vergangenen Jahres geschehen sein. —

## Deutsches Reich.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung dem Ausschufantrag betreffend die Errichtung eines Freibeirzirks in Stettin die Zustimmung erteilt. —

Leß i. Schles., 5. März. Bei der heutigen Landtags-Verfassung im 3. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Breslau wurde nach amtlicher Feststellung Dr. v. Korn, Majoratsbesitzer in Rudelsdorf (Kreis Wartenberg) (nl.) mit den abgegebenen 533 Stimmen gewählt. —

Der frühere Vizepräsident des Reichstages, Reichsrath Dr. Buhl (natl.) aus Weidensheim, ist heute früh gestorben. —

Prächtige Beispiele zum Kapitel von der Sparsamkeit bei der Post liefert der neue Ober-Postdirektor Köhlig in Königsberg. Von demselben wird folgendes berichtet:

Wofern ein angestellter Beamter oder Unterbeamter seine Beförderung nach einem bestimmten Ort erbittet, stellt der Herr Ober-Postdirektor grundsätzlich die Bedingung, schriftlich folgendes zu erklären: Der Betreffende muß 1. auf seine Reisekosten und 2. auf Unzugskosten überhaupt verzichten, 3. muß er sich verpflichten, nachträglich kein Gesuch um Unterstützung einzureichen, und endlich muß 4. das betheiligte Postamt sich gutachtlich darüber äußern, daß der Beamte auch im Stande ist, ohne Schädigung seiner wirtschaftlichen Lage die Kosten des Umzuges selbst zu bestreiten; andernfalls ist an die Genehmigung eines solchen Gesuches gar nicht zu denken. — Also nur der wirtschaftlich Stärkere, darf auf Erfüllung seiner Wünsche rechnen! Ob den höheren Beamten ähnliche Verzichtsleistungen zugemüthet werden mögen? —

Dresden, 4. April. (Sig. Ber.) Noch einmal vor der Beilegung des Wahlrechtsraubes, die am Donnerstag von der zweiten Kammer vorgenommen werden soll, hatten sich die Arbeiter von Dresden zum Massenprotest zusammengefunden. Sechs große Versammlungen, in denen die Genossen Dr. Gränauer und die Abgg. Seyer, Goldstein, Fräßdorf, Raben und Hofmann referirten, sollten zeigen, daß der Grimm über das schmachvolle Attentat durch die Verjuderungsversuche der Deputation nicht geringer geworden ist. Und die Versammlungen bezeugten dies in deutlicher Sprache. Der Jubel war überall ein außerordentlicher. Die Stimmung spiegelte mit wünschenswerther Klarheit die jenseitige Empörung über den Vergewaltigungsversuch der Reaktion wieder. Solche Ausbrüche der Volksstimmung mühen nun der Regierung sehr unangenehm sein. Denn die an sich schon außerordentlich nervöse Polizei war gestern noch gereizter. Jeden Augenblick wurden ohne ersichtlichen Grund die Redner unterbrochen. In der Gäßchen Rue entzog der Polizeibeamte dem Genossen Raben nach etwa 15minütigen Sprechen das Wort. Warum? — Kein Mensch wußte es! Das gleiche Schicksal ereilte einen anderen Redner, dann wurde die Versammlung aufgelöst. Enttäuschungsstürme waren die Antwort. Im Trianon war es Genossen Gränauer gelungen, der polizeilichen Empfindlichkeit bis zum Schluß seiner Rede jede Handhabe zu nehmen; da beim letzten Satz wurde ihm das Wort entzogen. Das entstehende Gelächter und der Gränauer gependete Beifall waren Anlaß, daß auch diese Versammlung aufgelöst wurde. Unter nicht endenwollenen Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht ging die Menschenmasse auseinander. In den nicht aufgelösten Versammlungen wurde die folgende Resolution überall einstimmig und mit heller Begeisterung angenommen:

Die heutige Volksversammlung erhebt in letzter Stunde vor der Schlussberatung des Dreiklassen-Wahlrechts in der zweiten Kammer nochmaligen schärfsten Protest gegen die Durchführung der unangehörlichen Volksentrechtung.

Als eine solche Entrechtung der großen Masse des sächsischen Volkes stellt sich die Vorlage, wie sie nunmehr aus den Beratungen der Deputationen hervorgegangen ist, dar. 80 Prozent der kleinen und mittleren Leute werden jeder selbstständigen politischen Willensmeinung beraubt und der Willkür von 20 Prozent der Wohlhabenden und Reichen rückwärts ausgeliefert. Den Unbemittelten und Armen wird der gesetzliche Weg zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage versperrt.

Die heutige Versammlung spricht ihre Verzeigerung dahin aus, daß das gesammte entrechtete sächsische Volk sich geschlossen zum politischen Krieg gegen die herrschenden Klassen, die ihm sein Bestes zu entreißen sich vermessen, organisiert. Jeder einzelne Mann verspricht, diesen politischen Krieg unentwegt und abergehungstreuer mitzukämpfen, bis daß schließlich doch Gerechtigkeit über Unterdrückung, Volkswohlthät über kapitalistische Ausbeutungsgier den endlichen Sieg davonträgt wird.

Die Versammlung erklärt insbesondere noch, daß sie die Vordringungen der Wahlrechtsreformer gegen die Sozialdemokratie, wie wenn diese „alles umfängen“ und „alle staatliche Ordnung vernichten“ wolle, als elende Verleumdungen und Vorwände zum Zwecke der Errichtung der Alleinherrschaft des Kapitals zurückweist. Die Versammlung erkennt vielmehr an, daß sie in der Sozialdemokratie diejenige Partei sieht, welche stets unermüdet für Besserung der Lage der arbeitenden Klasse gekämpft hat, welche nicht „Ordnung vernichtet“, sondern Neuordnung zu schaffen gewillt ist an stelle der heutigen kapitalistischen Unordnung, unter der die Millionen des werththätigen Volkes den mannigfachen schwersten Leiden ausgesetzt und von der Antheilnahme an den Kulturgütern ausgeschlossen sind.

Die Versammlung gelobt daher, allseitig treu zur Sozialdemokratie stehen zu wollen unter der Losung: Durch Kampf zum Sieg! —

Weimar, 4. März. (Sig. Ber.) Landtag. Nach Erledigung einiger unwesentlicher Vorlagen wurde heute der Landtag vertagt und zugleich auf Montag den 13. April d. J. wieder einberufen. —

## Oesterreich.

Wien, 4. März. Der Wahlreformauschuss setzte die Spezialdebatte über die Wahlreformvorlage bei Artikel 2 fort. Der Ministerpräsident hat, die Regierungsvorlage angenommen und legte die Gründe dar, weshalb die Regierung die Bestimmung des Wahlmodus den Landtagen überlassen habe. Weiter sprach sich der Minister gegen den von Friedrich Schwarzenberg eingebrachten Antrag aus, nach welchem die Festsetzung des Wahlmodus ganz den Landtagen überlassen werden sollte, da dies mit den Bestimmungen der Verfassung nicht in Einklang zu



bringen sei; auch der Antrag Krauß betreffs des Pluralitätsvotums der Intelligenzwähler entspreche dem Geiste des Entwurfes nicht. Die Regierung habe nichts dagegen, wenn behufs Verhütung von Wahlmissbräuchen ein Gesetz zu Stande käme, welches einen Wahlgerechtigthof schaffen würde.

**Schweiz.**

**Zürich, 4. März.** (Sig. Ver.) Die Schweizerische Bundesversammlung ist auf Montag, 16. März, einberufen. Von den zu behandelnden Geschäften nennen wir: Kranken- und Unfallversicherung; Rückus des Genossen Flouider in Basel gegen den Bundesratsbeschluss betr. dessen Ausweisung aus Elsch-Bohringen; Schutz der landwirtschaftlichen Produkte und Eisenbahn-Geschäfte. Das ganze Traktandum für diese Session weist 89 Geschäfte auf.

Gewissen Unternehmern, die sich gern um die Lohnzahlung herumdrücken, dürfte folgender vom Justizdepartement geforderter Antrag betr. Zusatz zu Art. 121 des Obligationenrechts nicht so recht in den Kram passen. Der Antrag lautet: „Bei Urtheilen betr. Bezahlung von Löhnen, welche einen Kapitalbetrag von 200 Frs. nicht übersteigen, hat das Gericht die Befugnis, dem anspruchsberechtigten Angeheilen oder Arbeiter einen Verzugszins bis auf die Höhe von 8 Proz. pro Tag zuzusprechen. Dieser Verzugszins läuft vom dritten Tag nach der Urtheilsverkündung bis zu erfolgter gänzlicher Bezahlung oder wenn diese nicht erfolgt bis zu dem Zeitpunkt, wo er das doppelte der zugesprochenen Hauptforderung erreicht haben wird. Von dem Zeitpunkt an soll der gesetzliche Zins an seine Stelle kommen.“ — Zur Begründung dieser Gesetzesbestimmung liess der Bundesrath drei Gutachten einholen von Bundesrichter Solban, Prof. Dr. Huber und Dr. Brüllein in Bern. Das Gutachten des Genossen Brüllein gab den Ausschlag. Brüllein stellt den Satz auf: Der durch Arbeit erzielte Lohn muß dem Gesehgeber heiliger sein als jede aus sonstigen Verhältnissen entspringende Forderung, denn der Arbeitslohn ist die normale Nahrungsquelle jedes erwachsenen Menschen und seiner Familie, und deshalb rechtfertigen sich Spezialmassregeln, welche den Zweck verfolgen, daß der Arbeiter seinen Lohn tatsächlich und rechtzeitig erhalte.

**Italien.**

**Rom, 5. März.** Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, fehlt noch jede Nachricht über die Generale Doboromida, Albertone und Arimondi. Man nimmt an, daß auf italienischer Seite 9000 Weisse und 8000 Eingeborene (Mastari) an der letzten Schlacht theilgenommen haben. Es wird berichtet, der König habe heute bereits ein Dekret unterzeichnet, durch welches General Baratieri zur Disposition gestellt wird. — Das Kriegeministerium hat alle Berichte des Generals Baratieri dem militärischen Generalanwalte in Rom übermittlelt, damit sich letzterer über die Verantwortlichkeit des Generals im Sinne der Artikel 72 bis 88 des Militärstrafgesetzes ausspreche. Diese Artikel sehen als Strafe den Tod nach vorhergegangener Degradation fest.

**England.**

**London, 5. März.** Ein heute veröffentlichter Armeebefehl bestimmt, daß künftig das Gehalt aller Armeedepot Offiziere, die zu Mitgliedern des Parlaments gewählt wurden, auf die Hälfte herabgesetzt wird.

**Spanien.**

— Ein Opfer des kubanischen Aufstandes ist der spanische Minister des Auswärtigen Edwagan. Er hat wohl mit Rücksicht auf die Haltung der Vereinigten Staaten Spanien gegenüber seine Demission gegeben, die auch angenommen wurde.

**Madrid, 4. März.** Im Verlaufe ihrer Rundgebungen vorbrannten die Studenten eine amerikanische Fahne, welche sie sich gekauft hatten.

Der Ministerroth beschloß die Universitäten zeitweilig zu schließen und entsand sich dafür, ein besonderes Budget für Marineerüstungen aufzustellen.

**Rußland.**

**Kasan, den 3./15. Februar.** In einem der letzten Hefte der „Wissenschaftlichen Zeitschriften der Kasan'schen Universität“ finden wir in den Protokollen der Seminarsversammlungen folgendes: Der Privatdozent der historisch-philologischen Fakultät der hiesigen Universität, Herr Jirsov, hielt Vorlesungen aus der russischen Geschichte, er wurde dem Ministerium zum Empfang eines höheren Gehalts für seine Vorlesungen vorgeschlagen. Das Ministerium bewilligte die geforderte Summe, aber in dem Begleitschreiben an den Kurator hieß es: „Der Herr Minister muß ihn dabei auf das vom Privat-Dozenten Jirsov gewählte Thema „Geschichte der Mittel- und Unterwolgaland“ aufmerksam machen. Dieser Kurfus, der zum Gegenstand die Geschichte derjenigen Grenzländer des russischen Reiches hat, die in ihrer Vergangenheit sich durch einseitige und aufreißerische Aeusserungen der kulturellen Thätigkeit der russischen Regierung widersetzten, dürfte wohl nicht passend sein, man sollte ihn vielmehr durch einen anderen Kurfus ersetzen, der dem Programm und den Prüfungsbedingungen mehr entspräche.“ Den Inhalt dieses Schreibens des Ministers theilte der Kurator dem Rektor und dieser der Fakultät mit. Derselbe wandte sich zurück mit der Bitte, ihr zu erklären, wie man den Vorschlag Sr. Exzellenz bezüglich auf den Gegenstand der Vorlesungen des Herrn Jirsov verstehen muß; ob man ihn sofort zur Ausführung bringen und Herrn Jirsov vorschlagen muß, sich noch in diesem Semester (Frühjahr 1905) ein anderes Vertragsthema zu wählen, oder ob man ihm die Fortsetzung seiner Vorlesungen gestatten dürfe und die Weisungen des Ministers bloß in der Zukunft in Erfüllung bringen muß. Auf diese Anträge antwortete der Kurator dem Rektor folgendermaßen: „Ich habe die Ehre, Ew. Hochwohlgeboren zu bitten, dem Privatdozenten Jirsov die Wahl eines anderen Themas für seine Vorlesungen in diesem Semester vorzuschlagen.“ Auf solche Weise mußte Herr Jirsov seinen Kurfus der Geschichte der Wolgaländer unterbrechen.

**Amerika.**

**Washington, 5. März.** Der Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten im Senat hat sich nur deshalb geweigert, den kubanischen Anerkennungsbefehl des Hauses als Substitut für den des Senates in Kraft treten zu lassen, weil der erstere Kuba die Möglichkeit offen ließe, auf der Basis einer autonomen Regierung mit Spanien ein gültiges Übereinkommen zu treffen. Die Mehrheit des Ausschusses ist zu Gunsten der unbedingten Anerkennung der republikanischen Regierung, die Form für Kuba als die einzig mögliche Lösung der Frage. Der Senat erklärte sich in seiner gestrigen Abendsitzung mit dieser Auffassung des Ausschusses einverstanden und ernannte einen Spezialausschuss, welcher mit dem den Repräsentantenhaus den Beschluss in einer Form feststellen soll, die unzweideutig eine Anerkennung der „Republik von Kuba“ auspricht.

**Savannah, 5. März.** An den Straßenecken ist hier im geheimen eine Bekanntmachung angeschlagen worden, welche kundgibt, daß Präsident Cleveland den Anerkennungsbefehl des Senates genehmigen werde. Der Zweck des Plakates ist, die spanische Partei zu schrecken und den Insurgenten Muth einzufößen. Letztere sind hart bedrängt. Maceo ist nicht im Stande, nach Westen vorzudringen und zieht sich gegen Matanzas zurück.

**Die neue Revolution in Frankreich.**

so bezeichnete das englische konservatives Wochenblatt „Saturday Review“ den Regierungsantritt des Ministeriums Bourgeois. Und nicht mit Unrecht. Weder die Julirevolution noch die Februarrevolution haben für den französischen Staat eine so gründliche und durchgreifende Veränderung bedeutet, wie der Sturz der kapitalistischen panamistischen Sippe durch bürgerliche Demokraten, welche zwar nicht Sozialisten sind, jedoch das Regierungs- oder Mitregierungsrecht der Sozialdemokraten anerkennen. Es ist das ein ungeheurer Fortschritt, dem allerdings voraussetzlich ein Rückschlag folgen wird, der aber trotzdem einen Geschichtsabschnitt bedeutet.

Das Ministerium Bourgeois hat in der Kammer nur eine zweifelhafte Majorität, die jeden Augenblick versagen kann; aber im Lande gewinnt das radikale, mit Unterstützung der Sozialisten regierende Ministerium sichtlich an Boden. Frankreich zeigt jetzt recht deutlich — was wir früher schon hervorhoben —, daß Bourgeois in dem kapitalistischen Sinne doch nicht einerlei ist mit Bürgerthum. Ein großer Theil des französischen Bürgerthums hat sich von dem kapitalistischen Schmutz freigehalten und hält fest an den „Ideen der großen Revolution“. Diese Ideen schienen dem radikalen Bürgerthum bisher allerdings den sozialistischen Prinzipien zu widersprechen. Es glaube noch, daß Freiheit und gesellschaftliche Regelung der Produktion im Widerspruch mit einander ständen; und es träumte von einer radikalen und ehrlichen Republik ohne Sozialismus.

Allein die Entwicklung der letzten Jahre hat das irrthümliche dieser Auffassung dargehan. Das Gift der Korruption ergriß immer weitere Kreise des Bürgerthums, die Ministerien wechselten, allein Panama — unter verschiedenen Namen — blieb immer das herrschende Prinzip, und nur eine Partei drang mit wachsender Energie auf Reinigung der Republik: die Sozialisten.

Schon vor Jahresfrist mußte die „Frankfurter Zeitung“ in einem Pariser Brief, den wir seinerzeit zum Abdruck und zur Besprechung brachten, das Eingeständnis machen, daß es nur eine Partei gebe, der es ernst sei mit der Ehrlichkeit, und das sei die sozialistische, deren Stärke gerade hierin wurze.

In den Kreisen des bürgerlichen Radikalismus hat man dies begriffen — hat man begriffen, daß ohne die Sozialisten eine ehrliche Regierung in Frankreich nicht mehr möglich ist. Und aus dieser Erkenntnis ist das Ministerium Bourgeois hervorgegangen.

Bei Gelegenheit früherer Ministerwechsel, die keine Systemwechsel waren, bemerkten wir, daß es nur eine Macht gebe, die dem gesellschaftlichen Körper das Korruptionsgift austreiben und den Kugelhall des Kapitalismus ausräumen könne — und das sei der Sozialismus.

Jetzt bemächtigt sich das. Während das Bürgerthum, dem das Ministerium Bourgeois entsprungen ist, in sich gespalten da steht und in seiner mächtigeren Hälfte dem Panamismus huldigt, ist die Arbeiterklasse einig in dem Geseh und in dem Kampf gegen die politische wie die ökonomische Raubwirtschaft. Die Hauptstütze eines bürgerlichen Ministeriums, das der Raubwirtschaft im Staat ein Ende machen will, ist deshalb nicht das Bürgerthum, welches in sich gespalten ist, sondern die Arbeiterklasse.

Ein erster Kampf gegen die Korruption im Staate muß deshalb mit logischer Nothwendigkeit einen sozialistischen Charakter annehmen und schließlich zum Kampf gegen das wirtschaftliche Raubsystem werden, von dem das politische nur ein Theil ist.

Und dieser Kampf ist eine Revolution. Der Sozialismus ist in Frankreich noch nicht Regierung, aber er ist in der Regierung, wenn auch die Regierung selbst noch durchaus nicht sozialistisch ist. Und wenn der Sozialismus als Hort und Vertreter der bürgerlichen Ehrlichkeit den Staat revolutionirt, so beweist dies nur, wie tief der Sumpf ist, in den der Kapitalismus die bürgerliche Gesellschaft hineingezogen hat.

Welch' blutige Satire aber ist es auf die Weltordnung der Bourgeoisie, daß die Haupt-Bourgeoisorgane, nicht bloß Frankreichs, sondern auch anderer Länder, das Ministerium Bourgeois als revolutionär und umstürzlerisch denunzieren, weil es ehrlich ist und den Spitzduben zu Leibe geht.

**Partei-Nachrichten.**

**Von der Agitation.** Fräulein Otilie Baader aus Berlin unternahm an der Ostsee eine Agitationstour mit gutem Erfolge. In Elbing sprach sie am 16. Februar in einer für dortige Verhältnisse gut besuchten Frauenversammlung über das Thema „Die politischen Rechte der Frauen und ihre Ausdehnung durch das Kapital“. Nach lebhafter, der Referentin zustimmender Diskussion beschloß die Versammlung die Wahl einer weiblichen Vertrauensperson für die Agitation.

Am 17. Februar wurde eine Frauenversammlung in den Pönnighallen in Königsberg abgehalten. Die Männer mußten den nicht sehr großen Saal verlassen, um den herzuströmenden Frauen Platz zu schaffen. Viele Frauen konnten trotzdem keinen Einlaß finden, weil das Lokal überfüllt war. Auch hier sprach Fräulein Baader unter lebhafter Zustimmung.

Eine zweite Versammlung war am 18. Februar für die Schneiderinnen und Näherinnen in einem anderen Theile Königsbergs veranstaltet. Derselbe Rednerin sprach über „die Ursachen des Streiks in der Konfektion“. In einer Resolution wurde der Streik als sehr berechtigt anerkannt und den Streikenden in jeder Weise Unterstützung zugesichert. Um die Schneiderinnen und Näherinnen Königsbergs aufzuräumen und sie womöglich dem deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbande zuzuführen, wurde eine aus Frauen und Männern bestehende Kommission gewählt.

Die Frauenversammlung in Memel, wo Fräulein Baader am 20. Februar referirte, war — hauptsächlich von Frauen — so stark besucht, daß die Volkseigenen Räume nicht ausreichten, zu ihren Plätzen zu gelangen. Obgleich dies hier die erste Frauenversammlung war, betheiligte sich das weibliche Geschlecht an der Diskussion in sehr verständiger Weise, betonen, daß ein solcher Zusammenschluß der Frauen geboten ist und erstrebt werden soll. Theodor von Wächter, der ebenfalls anwesend war, und zum Besuch einer von ihm anberaumten Versammlung aufforderte, wurde von den Frauen entschieden abgewiesen und ihm der Eintritt in die Hellsarmee gerathen.

Sobann sprach Fräulein Baader am 22. Februar in Danzig in einer ebenfalls gut besuchten Frauenversammlung. Es wurde hier eine aus drei Frauen bestehende Kommission gewählt, die die nächsten Schritte zur Eröffnung eines Allgemeinen Arbeiterinnen-Vereins auszuführen hat. Um planmäßig die politische Aufklärung unter den Frauen zu betreiben, wählte man eine Frau zur Vertrauensperson.

Ueber die Versammlung der Schneiderinnen und Schneiderinnen Danzigs, wo am 23. Februar Fräulein Baader und Genosse Käning aus Stettin referirten, ist im „Vorwärts“ schon berichtet worden. Folgt der Agitationstour: Es zeigte sich, daß die Frauen der arbeitenden Bevölkerung aller Orten von der Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände überzeugt sind und es nur der Belehrung bedarf, um sie dem Sozialismus zugänglich zu machen.

**Die Vertrauensmänner-Konferenz des Wahlkreises Mainz.** Dyppe in beschloß, eine rege Agitation zu entfalten, damit bei den im Herbst vor sich gehenden Neuwahlen zum hessischen Landtag die zwei Mandate der Stadt Mainz, die die Partei seit 1884 in ihrem Besitz hat, auch dieses Mal und selbst gegen den vereinigten Ordnungslängel, behauptet werden. Weiter wurde beschlossen, auch im ö. rheinischen Land-

tags-Wahlkreis Niederingelheim-Finthen-Gansenheim, eine rege Agitation zu betreiben, indem dieser Kreis für die Partei ebenfalls günstige Chancen bietet. Die Kandidatenfrage wurde der im April stattfindenden Landeskonferenz überlassen.

**Fünf öffentliche Volksversammlungen in München,** wo die Bedeutung des Heimath- und Bürgerrechts im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeindevahlen besprochen wurde, sind am letzten Sonnabend abgehalten worden. Sie waren sämtlich zahlreich besucht und nahmen einen schönen Verlauf. Die Agitation für die kommende Gemeindevahl ist von der Sozialdemokratie der bayerischen Hauptstadt somit eröffnet.

**Der zweite Kongreß der niederländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei** wird am 5. und 6. April in Utrecht abgehalten. Verschiedene interessante Anträge stehen auf dem Programm, drei davon behandeln die Bauernfrage. Der eine betrifft die Propaganda unter den Kleinbauern und Landarbeitern, ein anderer verlangt Einführung einer Kommission zum Zwecke der Untersuchung der Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter, ein dritter fordert Einführung und Förderung sozialdemokratischer Vereinigungen auf dem Lande.

**Die Lohnbewegung in der Konfektions-Industrie.**

**Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts.** Zu der gestrigen Sitzung waren aus der Herren- und Knaben-Konfektion eine Anzahl Zwischenmeister, Arbeiter und Arbeiterinnen erschienen. Eine Näherin, welche 2 Jahre in der Branche thätig ist, fertigt Knabenanzüge in der Größe von 1—6 (für Kinder von 2—6 Jahren). Sie gibt an, bei 11stündiger Arbeitszeit einen Wochenlohn von 12 M. zu verdienen. Die Unkosten betragen pro Woche: für Garn und Seide 1,20 M., Maschinen-Abnutzung, Oel und Nadel 80 Pf., Petroleum 40 Pf., Krankentaxe 25 Pf., Jahrgeld 80 Pf.; zusammen 3,25 M. Der Nettoverdienst beträgt also pro Woche 8 Mark 75 Pfennige, pro Stunde reichlich 13 Pfennige. Der Meister, bei dem die Frau arbeitet, ist zugegen und giebt an, daß sie eine sehr flotte Arbeiterin ist. Eine andere Arbeiterin der gleichen Branche erreichte, bei täglich 12stündiger Arbeitszeit einen Wochenlohn von 10,70 M. Ein Herren-Konfektionschneider giebt an, daß er Paletots im Preise von 8,50 M. arbeitet. Bei täglich 12stündiger Arbeitszeit erreicht er einen Wochenverdienst von 21 M. Davon gehen ab für Werkstattmiete, Feuerung, Nähfaden, Nähmaschinen-Abnutzung u. s. w. 4,20 M., so daß ein Nettoverdienst von 16,80 M. bleibt. Einer Arbeiterin, welche nachweisen konnte, daß sie von dem Zwischenmeister, bei dem sie arbeitet, nicht den vereinbarten Lohn erhalten hatte, wurde der Rath erteilt, den Restbetrag einzulagern.

**Eine Aufbesserung der Löhne in der Berliner Blumenbranche** soll, wie eine Notiz bürgerlicher Blätter besagt, soden aus eigener Entschlieung der Prinzipale dieser Gewerbe erfolgt sein. Die Näherinnen erhalten danach für das Duzend gewöhnlicher Blumen 80 Pf., für das Duzend besserer Blumen 75 Pf., bis 1 M. Zulage zu dem bisher gezahlten Lohne. — Die Festsetzung dieser Nachricht bleibt abzuwarten.

**Von sachverständiger Seite** wird uns geschrieben: „Die Firmen, die Sie Mittwoch als solche bezeichneten, welche sich den Kommissionsbeschlüssen nicht fügen wollen, kommen fast ausnahmslos überhaupt gar nicht in Betracht. Bei der Firma Benjamin u. Casparz wird es Sache der Arbeiter und Meister sein müssen, dahin zu wirken, daß sie das allgemein Beschlossene durchsetzen. Schwer wird das nicht sein. Die Konfektionsäre achten besonders darauf, daß die Lohn-erhöhungen den Arbeitern zu gute kommen.“

Recht gut! Nur dürfen sich die betheiligten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht damit zufrieden geben. Sie müssen selbst Kontrolle üben und nur dort arbeiten, wo die Tarife zum Ausbhang kommen. Alle Zwischenmeister, welche nicht den Vereinbarungen entsprechend handeln, sind der Fünfer-Kommission (Bureau: Alte Jakobstr. 83, vorm. von 8—1 Uhr) bekannt zu geben.

**Der Damenmäntel-Fabrikant Gustav Lesbvre, Berlin, Spittelmarkt 12,** erklärt uns gegenüber der betreffenden Mittheilung in der Mittwochnummer, daß er sich sofort den Vereinbarungen angeschlossen habe und das Zeugnis seiner sämtlichen Saneider beibringen könne, daß er die vereinbarte Lohn-erhöhung voll und ganz zahle. Wir sind über diese Mittheilung erfreut, bemerken aber, daß die Angaben über die in der Mittwochnummer veröffentlichten Firmen aus den Kreisen des Herrn Lesbvre stammen.

**Die Herren Holz u. Comp.,** welche in der Mittwochnummer gleichfalls unter den Firmen genannt waren, die den Vereinbarungen nicht beigetreten sind, haben jetzt bei der zuständigen Kommission der Berliner Damen- und Kindermäntel-Fabrikanten die Erklärung abgegeben, daß sie sich voll und ganz mit den gefassten Beschlüssen einverstanden erklären.

**In Dresden** hatte der Streik der Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen am Montag ein kleines gerichtliches Nachspiel. Am 8. Februar hielten sich vor einem Konfektionshause in der Reuchestraße eine Anzahl streikender Schneider auf. Sie sahen, daß die unverschämte Schneiderin Schöbel fertige Waaren brachte und einer der Gesellen war darüber so entrüstet, daß er das Mädchen mit schroffen Worten zur Rede stellte, weshalb es sich nicht am Streik betheilige. Ein Schutzmann, der schnell zur Hand war, nahm sich der Schneiderin an und stellte die Personalien des Gesellen fest. Gleichfalls am 8. Februar traf ein streikender Zwischenmeister in der Nähe der Universität mit der Schneiderin Olga Scholz zusammen. Die Scholz trug fertige Schneiderwaaren auf dem Arme, und obgleich der Meister zufällig ein bißchen stark im „Thron“ war, kam er doch zu dem richtigen Schluß, daß sie in ein Konfektionshaus gehe, um abzuliefern. Er gerieth in großen Zorn, beschimpfte die Frau und machte ihr heftige Vorwürfe, auch bewarf er sie mit Orangenschalen. Einige Passanten riefen den on der Brüder positiven Schutzmann herbei, und der Zwischenmeister mußte seine Personalien angeben. Der Geselle und der Meister wurden wegen „Verurtheilung“ angeklagt und am Montag standen sie vor Gericht. Das Schöffengericht, welches gegen beide gleichzeitig verhandelte, erkannte gegen den Meister auf einen Tag, gegen den Gesellen auf folgende bemerkenswerthe Weise: Es sei nicht Aufgabe des Gerichtshofes, zu entscheiden, ob der Streik berechtigt oder nicht berechtigt war. Wohl aber sei dem Gerichtshof bekannt, daß noch nie einem Streik so viel Sympathie von seiten des Publikums entgegengebracht worden sei, als dem der Konfektionschneider. Publikum und Presse seien einig gewesen, daß hier eine Lohnaufbesserung dringend nöthig war. Es sei daher anzunehmen, daß die Angeklagten begründete Ursache hätten, gegen diejenigen Personen entrüstet zu sein, durch die der Erfolg des Streiks in Frage gestellt wurde. Demnach habe auf sehr milde Strafen erkannt werden müssen. Geldstrafe sei nach dem Geseh nicht zulässig, und es müsse daher Gefängnißstrafe eintreten. Der angeklagte Meister sei ziemlich hart betrunken gewesen, und es liege keine Veranlassung vor, bei ihm über das niedrigste Strafmaß hinauszugehen. Der Geselle habe härter bestraft werden müssen, weil er die strafbare Handlung in Gegenwart vieler Kollegen begangen hat und weil er sich fügen mußte, daß seine Worte geeignet waren, die Kollegen gegen das Mädchen aufzureizen.



Die Geraer Konfektionshäuser haben dem Gesuch der Vertreter der dortigen Schneider und Schneiderinnen, in Gera vorläufig keine Baaren zu bestellen, bereitwillig Folge gegeben. Verschiedene derselben haben sogar bereits gemachte Bestellungen wieder rückgängig gemacht.

Der Schneider-Fachverein in Zürich beschloß in seiner am Montag abgehaltenen Versammlung, mit dem Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes in Verbindung zu treten, um für die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen einen geregelten Arbeitstaxi zu erhalten. Es soll für die Konfektionsbranche ein besonderer Arbeiterverein gegründet werden.

## Gewerkschaftliches.

**Der Streik in der Pianoforte-Fabrik von S. Hansen in Berlin** ist gestern vor dem Einigungsamt durch Vergleich beendet worden. Wie unseren Lesern bekannt ist, war es zwischen Herrn P. Hansen, dem Vertreter der Firma, und dessen Arbeitern zu Streitigkeiten gekommen, weil diese nicht mehr gewillt waren, gelegentlich der Anfuhr von Holz dies fofusogen gegen ein Trinkgeld zu zerschneiden und in die Fabrikräume abzutragen. Mit der auch im Hansen'schen Betriebe üblich gewesenen Unsitte, das betreffende Tagewerk ohne reguläre Geldentschädigung zu verrichten, aber auf Kosten des Unternehmers dafür reichlich dem edlen Gerstenfalle zuzusprechen, hatte Herr Hansen insofern gebrochen, als er 15 M. baar als Ersatz dafür auswarf. Er stellte dabei die Bedingung, daß die Trinkerei in der Werkstatt aufhöre. Waren hiermit die Arbeiter auch einverstanden, so doch nicht mit der gewährten Summe. Sie beanspruchten 30 M., die sie unter sich zu vertheilen beabsichtigten. Herr Hansen ging hierauf nicht ein und nunmehr forderten die Arbeiter für das Holzzerkleinern und Abtragen pro Stunde 20 Pfennig. Das wollte der Fabrikant zahlen; dafür aber von den bisherigen Alfordbägen entsprechende Abzüge machen. Er war der Meinung, die Alfordbägen seien gegenüber denen anderer Fabrikanten so gut, daß die strittigen Arbeiten darin schon mitberechnet waren. Seine Angehörigen vertraten indes den entgegengesetzten Standpunkt und verließen, da eine Einigung nicht zu finden kam, 25 Mann an der Zahl die Fabrik. Die Parteien waren nun gestern einer Einladung des Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Magisterrathes v. Schulz, zum Einigungsamt gefolgt. Auf diesen kamen im Einigungsamt Einseher Millarg, Klavierarbeiter Kädiger (Arbeitnehmer-Beisitzer), Tischlermeister Gutjahr und Tischlermeister Neundorf (Beisitzer der Arbeitgeber). Als Auskunftspersonen waren der Pianofortefabrikant Stöbel und Klavierarbeiter Daso erschienen. Nach längerer Verhandlung kam folgender Vergleich zu Stande:

1. Herr P. Hansen, der Vertreter der Firma S. Hansen, erklärt, daß die Firma in Zukunft das Abtragen des Holzes von der Straße nach dem Hofe und das Aufstapeln desselben durch besondere Bretterträger ausführen lassen wird. 2. Herr Hansen verpflichtet die Firma, für das Zerschneiden des Holzes auf dem Hofe an die diese Arbeit erledigenden Arbeiter der Fabrik pro Stunde 45 Pf. zu zahlen. 3. Herr Hansen verpflichtet die Firma ferner, für das Hinausschaffen des geschnittenen Holzes in die Fabrik den diese Arbeit verrichtenden Arbeitern 30 Pf. pro Stunde zu zahlen. 4. Die Vertreter der Arbeitnehmer verpflichten sich und ihre Vollmachtgeber, die soeben aufgeführten Arbeiten für die festgesetzten Lohnsätze auszuführen. 5. Die Parteien sind sich einig, daß trotz der Festsetzungen zu 2., 3. und 4. die Alfordbägen, wie sie bisher von der Firma gezahlt sind, auch fernerhin weiter gezahlt werden. — Sämtliche Arbeiter werden wieder eingestellt, Maßregelungen finden nicht statt.

Nach Erledigung der Sache erklärte Professor v. Schulz, das Einigungsamt sei der Ueberzeugung, daß für die fraglichen Arbeiten ein Stundenlohn von 50 Pf. nicht zuviel sei, daß es jedoch hier unter den obwaltenden Verhältnissen den geschlossenen Vergleich für die richtige Lösung der Differenzen halte.

**Heber den Stand des Streiks in Kottbus** wird uns mitgeteilt: Der Vorsitzende des deutschen Textilarbeiter-Verbands, Hübsch aus Berlin, verhandelte am Dienstag in Gemeinschaft mit einigen Mitgliedern der Fünfer-Kommission mit dem Kottbuser Gewerbe-Inspektor. Dort erfuhren sie, daß die Fabrikanten nur dann in Verhandlungen eintreten wollen, wenn drei Viertel der Streikenden die Arbeit bis 6. März und bedingungslos wieder aufnehmen. Da zu befürchten ist, daß dann das übrige Viertel von den Fabrikanten einer Auslese unterworfen werden würde, so beschloß am Dienstag eine von über 5000 Personen besuchte Versammlung der Streikenden einstimmig, auf diese Bedingungen nicht einzugehen.

Eine Anzahl Fabrikanten haben ihre Fabriken wieder geöffnet, um zum Streikbruch zu verleiten. Das ist ihnen aber nur in so geringem Maße gelungen, daß sie beschlossen haben, in der Kottbuser Lokalpresse eine Erklärung zu veröffentlichen, worin den Streikenden gedroht wird, falls sie bis Montag Mittag die Arbeit nicht aufgenommen hätten, würden die Fabriken endgültig geschlossen werden.

Am Mittwoch lag der Kottbuser Stadtverordneten-Versammlung der Antrag zweier ihrer Mitglieder vor, der im Textilarbeiterstreik die Intervention dieser Körperschaft anrief. Gestellt war der Antrag von den Herren Käse und Krole; beide sind Vertreter der 3. Wählerklasse und Mitglieder des Hirsch-Dunder'schen Gewerkscheins; letzterer Herr streift als Textilarbeiter selbst mit. Beiden Stadtverordneten blieben nur wenige Minuten Zeit, ihren Antrag zu begründen. Die im Kollegium sitzenden Fabrikanten und deren Gesinnungsgenossen machten durch lärmende Anrufe den Vertretern der 3. Wählerklasse das Weiterreden unmöglich, und die große Mehrheit des Kollegiums lehnte dann den Antrag mit der unwarhen Begründung ab, die Bürgerchaft habe gar keine Sympathie für den „trivolen, durchaus vom Jaun gebrochenen Streik“. Einer der Antragsteller wurde als Person bezeichnet, „der nur daran gelegen ist, sich als Volkstribun aufzuspielen“. Durch diesen Kniff haben die Fabrikanten zwar erreicht, daß ihr Verhalten zu den Textilarbeitern der Beleuchtung im Parlament der Gemeinde entzogen bleibt. Daß ihr Verhalten keine Kritik verdrägt, ist aber schon durch den Umstand genügend erwiesen, daß die Regierung in Frankfurt a. O. nicht auf ihre Seite getreten ist, sondern sich in vielfachen Schweigen hält.

Durch die Verböhrtheit des Fabrikantenthums hat auch der Kottbuser Stadtsäckel nicht unbedeutend zu leiden. Wie uns mitgeteilt wird, kostet der Gendarmerie, die wegen des Streiks die Straßen abpatrouillirt, täglich 150 Mark. Zur Charakteristik der bürgerlichen Herrschaft in den Kommunen ist diese Geldverschwendung ein sehr lehrreicher Beitrag.

Die Streikenden haben nun einen letzten Versuch gemacht, um die Differenzen in Güte beizulegen. Sie riefen am Mittwoch das Gewerbegericht als Einigungsamt an. Darauf erhielten sie am 5. März folgende Antwort:

Kottbus, den 5. März 1896.

Auf die gefl. Anfrage vom 4. März benachrichtige ich die Kommission der streikenden Textilarbeiter und Arbeiterinnen zu Kottbus hierdurch ergebenst, daß ich den dortseitigen Antrag auf Anrufung des Gewerbegerichts als Einigungsamt dem Verein zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Tuchfabrikanten zu Kottbus mit dem Ersuchen zur Kenntniß gebracht habe, sich darüber zu erklären, ob die Arbeitgeber ihrerseits sich diesem Antrage anschließen. In der gestrigen Abend Sitzung hat die Kommission des Vereins der Tuchfabrikanten beschlossen: „Das hiesige Gewerbegericht als Einigungsamt zwischen den auswärtigen Arbeitern und deren Arbeitgebern nicht anzurufen.“

Nach Lage der Sache vermag ich mir von einem Eingreifen des Gewerbegerichts als Einigungsamt keinen Erfolg zu versprechen.

Dreifert, Bürgermeister,  
als Vorsitzender des Gewerbegerichts.

Jedes Wort zu diesem Vorgehen der Fabrikantenkoalition erübrigt sich.

Für die Ausständigen regt sich sowohl in Deutschland wie im Ausland die werththätige Sympathie der Arbeiter. So theilte das Sekretariat der schweizerischen Textilarbeiter mit, daß von Montag, den 9. März an in der ganzen Schweiz Sammlungen für die Ausständigen veranstaltet werden.

Es ist daher nur noch nöthig, darauf aufmerksam zu machen, daß auch bei diesem Streik schnelle Hilfe doppelte Hilfe bedeutet.

In der Stahlfabrik von Hattenhof u. Zeidler in Lauterberg a. H. ist ein Streik ausgebrochen; die ohnehin sommer-vollen Löhne sind von den Fabrikanten noch um 20 bis 50 pCt. gekürzt worden, ohne daß mit den Arbeitern Rücksprache genommen worden wäre. Es ist nun nicht mehr möglich, mit diesem Hungerlohn auszukommen, und wurde infolge dessen von den Arbeitern der bisher gezahlte Lohn weiter beansprucht. Da die Firma Hattenhof u. Zeidler die Forderung nicht bewilligen wollte, so legten alle Arbeiter einmüthig die Arbeit nieder.

In Nordeney sind eine Anzahl Maurer von ihren Meistern ausgesperrt worden.

Die Arbeiter der Lübecker Maschinenbau-Aktien-Fabrik befinden sich in einer Lohnbewegung. Es handelt sich um die Schlosser, Dreher und Mobeltischler der genannten Fabrik. Da an eine freiwillige Anerkennung der Forderungen (Lohnerhöhung) seitens der Firma nicht zu denken ist, wird der Streik als unvermeidlich betrachtet. Die Agenten der Unternehmer versuchten bereits in Hamburg Ersahrarbeiter anzuerwerben.

Die Werkstatt-Strukturure Nürnbergs befinden sich im Streik.

Die Nürnberger Tischler beschlossen eine 1 1/2 stündige Mittagspause einzuführen. Die Versammelten erklärten: wenn die Sache auf gültigen Wege geregelt werden kann, dann bezeugen sich die Beisitzer mit einer 8 stündigen Arbeitszeit pro Woche, kommt es aber zum Streik, dann wird keine 8 stündige Arbeitszeit gefordert. Eine 13 gliedrige Kommission wurde zur Ausführung dieses Beschlusses gewählt. Außerdem wurde noch eine Kontrollkommission gewählt, welcher die Aufgabe zufällt, durch Werkstatt-Kontrolle für die Aufrechterhaltung der Arbeitszeit zu sorgen.

Die Brauer und Wöthcher der Aktienbrauerei zu Agram haben sämmtlich die Arbeit eingestellt.

## Gewerkschaftliches.

**Eine Beleidigungsklage** unseres Parteigenossen Otto gegen den derzeitigen verantwortlichen Redakteur des „Sozialist“ Suda wurde gestern vor der 149. Abteilung des Schöffengerichts verhandelt. Gen. Otto fühlt sich beleidigt durch einen Artikel des „Sozialist“ vom 23. November 1895, worin behauptet wird, daß ein gewisser Ziegenhirt, der angeblich infolge von Verletzungen, die er bei der Blumberger Prügelaffäre in der 1890er Wahlbewegung erhalten haben soll, zum Krüppel geworden sei, und, obwohl er in seiner Thätigkeit für die sozialdemokratische Partei sich sein Leben zugezogen habe, dennoch nicht von derselben unterstützt werde. Dem Genossen Otto wird in dem Artikel nachgesagt, daß er sich zwar früher für die Unterstützung des Ziegenhirten verwendet, auch demselben solche erwirkt habe, dann aber in Parteikreisen gegen jede Unterstützung des Ziegenhirten aufgetreten sei. Diese angebliche Sinnesänderung Otto's wird darauf zurückgeführt, daß er seine fernere Verwendung für Ziegenhirt davon abhängig gemacht habe, daß sich die Frau Ziegenhirt in geschlechtlicher Hinsicht ihm gefügig zeige. Der Artikel bemerkt zum Schluß mit Beziehung auf Otto, daß so die Kleinen von den sozialdemokratischen Führern handeln, und stellt ähnliche Veröffentlichungen auch bezüglich der „Großen“ in Aussicht. Der Kläger Otto bestritt die in dem Artikel aufgestellte Behauptung, er habe der Frau Ziegenhirt unzüchtige Anträge gemacht. Er sei der Meinung, daß Ziegenhirt sich sein Leben nicht in Blumberg, sondern bei einer späteren, mit seiner Parteithätigkeit in keiner Beziehung stehenden Prügelaffäre, sowie durch eine Lungenkrankheit zugezogen habe. Obwohl nun Ziegenhirt aus diesem Grunde an die Partei keinen Anspruch auf Unterstützung habe, auch sonst derselben sich unwürdig erwiesen hätte, habe er (Otto) sich dennoch für Ziegenhirt verwendet, und zwar nur mit Rücksicht auf dessen Familie. Erst als Ziegenhirt das ihm als Unterstützung gezahlte Geld zum Theil in der Kneipe verbracht habe, wäre er gegen weitere Unterstützungen desselben aufgetreten. Die Zeugin Frau Ziegenhirt sagt demgegenüber aus, daß ihr der Kläger Otto bei Gelegenheit eines Tanzvergnügens in nicht missverständlicher Weise einen unzüchtigen Antrag gemacht und ihr, wenn sie ihm zu Willen sei, seine Verwendung für weitere Unterstützungen in Aussicht gestellt habe. Nachdem sie ein derartiges Anstehen zurückgewiesen, habe Otto sie nicht nur bei jeder Gelegenheit in ein schlechtes Licht zu stellen gesucht, sondern auch von da an gegen jede Unterstützung ihres Mannes gewirkt. Die Beweisaufnahme dreht sich nun hauptsächlich darum, ob Otto der Frau Ziegenhirt wirklich einen unzüchtigen Antrag gemacht habe. Diese Anschuldigungen gegen Otto sind seinerzeit Gegenstand der Untersuchung einer Kommission des Vereins der Vohgerder und Vederzüricher gewesen. Diese Kommission war behufs Ermittlung des Thatbestandes auch bei Ziegenhirt, und bei dieser Gelegenheit will Frau Ziegenhirt, wie sie ganz bestimmt bekundet, auch den unzüchtigen Antrag Otto's den Kommissionsmitgliedern gegenüber erwähnt haben. Die Zeugen Schwarz und Ebel, welche der fraglichen Kommission angehörten, behaupten dagegen auf das bestimmteste, sie hätten eine derartige Versicherung nicht gehört. Wenn sie gefallen, wären sie unbedingt darauf eingegangen, da dies ja doch der Zweck ihrer Anwesenheit bei Ziegenhirt war. Lehnter habe allerdings die Vermuthung ausgesprochen, daß Otto seiner Frau einen solchen Antrag gestellt haben könne. Frau Ziegenhirt, vor der Vereidigung vom Vorsitzenden eindringlich zum Aussagen der Wahrheit ermahnt, bleibt bei ihrer Behauptung. Rechtsanwalt Heine als Vertreter Otto's beantragt, diese Zeugin nicht zu vereiden, da der unter Klage stehende Artikel des „Sozialist“ in ihrem Interesse geschrieben, wohl auch auf ihre Veranlassung entstanden sei. Der Anwalt des Beklagten, Dr. Bieber, besteht auf der Vereidigung. Das Gericht beschließt, die Frau Ziegenhirt zu vereiden. Rechtsanwalt Heine plädirt für Verurteilung des Angeklagten. Die Höhe des Strafmaßes zu bestimmen, wolle er dem Gerichtshof überlassen. Es sei dem Kläger weniger um eine Bestrafung des Angeklagten zu thun, als um eine Feststellung der Grundlosigkeit der behaupteten Klägers behaupteten Thatfachen. Das wesentlichste an den in dem Artikel ausgesprochenen Beleidigungen sei die Behauptung, Otto habe der Frau Ziegenhirt nicht nur unzüchtige Anträge gemacht, sondern auch seine Mitwirkung bei der ihrem Manne zu gewährenden Unterstützung von dem Eingehen der Frau Ziegenhirt auf das unzüchtige Verlangen Otto's abhängig gemacht. Diese Behauptung sei nicht erwiesen, auch von Frau Ziegenhirt selber nicht aufgestellt. Aber auch die Behauptung, daß ihr überhaupt ein solcher Antrag gestellt worden, sei nicht erwiesen. Der Ausspruch der Frau Ziegenhirt sei, obwohl sie dieselbe beschworen habe, keine Glaubwürdigkeit beizulegen. Sie handle offenbar unter dem Einfluß ihres Mannes. Ebenso sei von den weiteren Behauptungen

des Artikels nichts erwiesen. Der Schatz des § 193 könne dem Angeklagten in diesem Falle nicht zugebilligt werden, da es sich in dem fraglichen Artikel nicht um die Aufdeckung eines Mißstandes in einer Partei handele, sondern nur um einen gehässigen Angriff gegen Otto, was aus dem Schlußsatz hervorgehe, worin Otto als eine kleine Parteigröße bezeichnet und weitere Angriffe gegen andere Führer in Aussicht gestellt werden. Rechtsanwalt Dr. Bieber plädirt für Freisprechung des Beklagten. Er hält die Aussage der Frau Ziegenhirt für glaubwürdig und sucht die Glaubwürdigkeit des Klägers Otto anzuweisen. Das Urteil gegen Suda lautet auf 100 Mark Geldstrafe oder 25 Tage Haft, Unbrauchbarmachung der betreffenden Nummer des „Sozialist“ sowie der zur Herstellung derselben benutzten Platten und Formen sowie Tragung der Kosten durch den Beklagten. Dem Kläger wurde die Publikationsbefugniß zugesprochen. In der Urtheilsbegründung heißt es, es sei nicht erwiesen, daß Otto der Frau Ziegenhirt einen unzüchtigen Antrag gemacht. Wenn diese eine solche Behauptung auf beschworen habe, so müsse ein Mißverständnis auf ihrer Seite vorliegen. Die Strafe sei deshalb so hoch bemessen, weil das Gericht den Artikel des „Sozialist“ für verlegend und beleidigend hält.

**Ist das ein Verbrechen?** Wegen Ungebühr vor Gericht in Abwesenheit des Gerichtshofes, der sich zur Verurteilung jurid-gezogen hatte, wurde der Richter Reumann zu einer sofort zu vollstreckenden Haftstrafe von 1 Tag verurtheilt, weil er seinem mitangeklagten Komplizen Wolter, der sich in Untersuchungshaft befand, ein Stüchchen Bursi zugesteckt hatte.

**Die Verantwortlichkeit der Gast- und Schankwirthe** für das Verhalten ihrer Gäste war in letzter Zeit von den Gerichten sehr weit ausgedehnt worden. Insbesondere waren Wirthschaften in Fällen, wo deren Gäste sich lärmend benommen hatten, wegen ruhestörenden Lärms angeklagt und auch in beiden Instanzen verurtheilt worden, indem ihr Verschulden darin erblickt wurde, daß sie den Lärm nicht verhinderten. In zwei Fällen hatten die Verurtheilten durch ihren Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schöps, die Revisioninstanz beim Kammergericht in Anspruch genommen. In dem einen Falle war die Verurtheilung erfolgt, weil die Gäste noch bis 3 Uhr nachts auf der zum Lokal gehörigen Regelhahn Regal geschoben und dadurch die Ruhe der Anwohner gestört hatten. In dem anderen Falle hatte der Verurtheilte lautes Singen seiner Gäste in nächstlicher Stunde und bei offenen Fenstern geduldet. Der Verteidiger führte zur Begründung der Revision aus, daß man die Gäste selbst für ihr Treiben verantwortlich machen müsse und nicht den Wirth. Ein grober Unfug könne doch nur durch positives Handeln und nicht durch bloße Unterlassungen begangen werden. Das Kammergericht folgte diesen Ausführungen, hob die früheren Erkenntnisse auf und sprach die Angeklagten frei. In den Urtheilen wird auf die ganz unhaltbaren Konsequenzen hingewiesen, zu welchen die Ansicht der Vorderrichter führe. Denn lege man dem Gastwirth einmal die Verpflichtung zur Verhinderung der Störung der öffentlichen Ordnung auf, so müsse man ihn auch überall da bestrafen, wo er es unterlassen habe, einen Gast von der Begehung einer gegen die öffentliche Ordnung gerichteten strafbaren Handlung abzuhalten.

**Vornehme Schinderknechte.** Welchen Qualen Pferde unterworfen werden, um „smart“ auszusehen, zeigte eine Gerichtsverhandlung vor dem Polizeigericht in Mafefeld. Es geht nämlich auch Pferdmoden, und gegenwärtig ist es Mode, daß die den „höheren Ständen“ angehörigen Gänle den Schweif gestutzt und den Stumpf stolz aufgerichtet tragen. Zu diesem Behufe werden sie zwei Operationen unterzogen, die in der englischen Stallsprache mit docking und nicking bezeichnet werden. Die erstere besteht im Stutzen des Schweifs und erfordert keine eingekerkerte Erklärung, während nicking ein sehr komplizirtes und vermuthlich bisher nur im Lande der Thierschuhvereine bekanntes Verfahren ist. Man legt die Pferde auf Strohhalm und macht ihnen je vier breite Einschnitte in die Muskulatur unter dem Schwanz. Das ist der erste und minder grausame Theil der Operation. Nun werden die Thiere aufgerichtet und erhalten links und rechts eng an den Leib gepreßt zwei Strohfäden, die es ihnen unmöglich machen, sich niederzulegen. In die Schwanzhaare wird nun ein Strohfaden gesteckt, an das ein Tau gebunden ist, und dieses wird über eine an der Stalldecke befestigte Rolle geleitet und am Ende mit einem Gewicht von drei bis vier Pfund beschwert, so daß der Schweif des Pferdes in senkrechter Stellung erhalten wird. In dieser Verfassung mühen die armen Pferde drei Wochen verharren. Schon nach einer Woche waren die Weine der gequälten Thiere unförmig angeschwollen; gleichwohl behaupteten die von dem Angeklagten zitierten Sachverständigen, daß von Thierquälerei nicht die Rede sein könne. (!) Der Richter machte sich jedoch die Auffassung der Thierschuhvereine zu eigen, die die Sache zur Anzeige gebracht hatten, und verhängte für jeden Fall eine Strafe von 6 Pfd. Sterling nebst den sehr beträchtlichen Kosten.

## Dereitschen und letzte Nachrichten.

**Dresden, 5. März. (B. Z. B.)** Die zweite Kammer trat heute in die Beratung des Gesetzes betr. die Wahl zur Ständeverversammlung ein und nahm nach längerer Debatte in namentlicher Abstimmung mit 56 gegen 23 Stimmen den § 1 nach der Regierungsvorlage an; dieser Paragraph lautet: Die Abgeordneten für die zweite Kammer der Ständeverversammlung werden von Wahlmännern in Wahlkreisen, und die Wahlmänner von den Wählern in den Wahlbezirken gewählt.

**Wien, 5. März. (B. Z. B.)** Wie das „Extrablatt“ aus New-York meldet, ist die Pulfabrik Danburg in Connecticut niedergebrannt. Die Ursache ist eine Benzinexplosion gewesen. Drei Feuerwehrleute und zehn Kinder sollen um's Leben gekommen sein.

**Wien, 5. März. (B. Z. B.)** Bei den heutigen Gemeinderaths-Wahlen für den ersten Wahlkörper wurden 28 Liberale und 18 Antisemiten gewählt. Somit ist gegen die Wahlen im September vorigen Jahres ein Zuwachs von 4 antisemitischen Mandaten zu verzeichnen. Die Gesamtzahl beträgt also 98 Antisemiten und 42 Liberale, gegen 92 Antisemiten, 45 Liberale und einen von beiden Parteien gemeinsam aufgestellten Kandidaten bei der vorigen Wahl.

**Mährisch-Strau, 5. März. (B. Z. B.)** Die Direktoren der Gruben des Ostrau-Karwiner Kohlenreviers richteten namens sämmtlicher Bergbaubeamten eine Eingabe an das österreichische Abgeordnetenhaus, in welcher sie gegen die vom Abgeordneten Bernerstorfer erhobenen Anschuldigungen bezüglich inhumaner Behandlung der Bergleute protestirten, die Beschuldigung als Verleumdung bezeichneten und um Entsendung einer parlamentarischen Untersuchungskommission baten. — Die Situation auf den Gruben ist seit gestern Abend unverändert. Seitens der Direktoren werden fortgesetzt Nadelstähler wegen Aufwiegelung ihrer Kameraden entlassen.

**Lemberg, 5. März. (B. Z. B.)** Seitens der hiesigen Kommission wurden gestern auf dem Assistentenplatz zwei Rekruten verhaftet, welche bei der Vereidigung Ausdrücke gebrauchten, die scharfe Majestätsbeleidigungen enthielten.

**Rom, 5. März. (B. Z. B.)** Der König empfing gestern Abend die Präsidenten der Deputirtenkammer und des Senats, heute Nachmittag nach einander Biancheri, den General Ricotti, Visconte Venosta und di Rudini.

Nach der Sitzung der Kammer verließ die Volksmenge auf der Piazza Montecitorio und in den angrenzenden Straßen. Die Polizei räumte die Straßen, Truppenabtheilungen sperrten die Zugänge ab.

**Paris, 5. März. (B. Z. B.)** Die Deputirtenkammer nahm den Gesetzesentwurf an, wodurch die Verfallungen von Natten unterdrückt und die Verwendung von Margarine geregelt wird.



## Reichstag.

62. Sitzung vom 5. März 1896, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Graf v. Osadowski, v. Hammerstein.

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt Präsident v. Suel dem Hause mit, daß der frühere erste Vizepräsident des Reichstages, Reichsrath der Krone Bayern Dr. Armand Buhl, einem Telegramm zufolge heute Nacht gestorben ist; er hat dem Reichstage seit der Eröffnung des ersten deutschen Reichstages vom Jahre 1871 bis 1893 angehört und sich in stets hervorragender Weise an den Arbeiten desselben betheilig. Sein Andenken wird bei uns immer in Ehren stehen.

Die erste Beratung des Zuckerverkehrs-Gesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Hilbert (Bayerischer Bauernverein): Die Vorlage zeigt, daß die Zuckerindustrie der Regierung wichtiger ist, als die Landwirtschaft. Wenn die Zuckerindustrie das Rückgrat der Landwirtschaft ist, dann hat die bayerische Landwirtschaft überhaupt kein Rückgrat. Wir können deshalb nicht voller Freude für die Vorlage stimmen, aber wir werden für die Kommissionsberatung eintreten.

Abg. Ehn (Süddeutsche Volkspartei) erklärt sich gegen die Vorlage und gegen eine Kommissionsberatung. Die Vorlage enthält eine Belastung der Konsumenten, während wir eine Ermäßigung der Zuckersteuer zur Hebung des Konsums verlangen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Abg. Barth hat sich als Gegner jedes Schutzolles bekannt. Das ist eine wissenschaftliche Auffassung. Aber er berücksichtigt dabei nicht, welche hohen Einnahmen wir vom Schutzollsystem haben und ich vermag nicht einzusehen, wie wir diese Einnahmen ersetzen sollen. Die Aufhebung der Schutzölle würde uns die Mittel entziehen, um die Aufgaben des Reiches zu erfüllen. Ueber die englische Landwirtschaft theilt ich vollständig das Urtheil des leitenden englischen Staatsmannes, dessen Urtheil mir mehr werth ist als das des Herrn Barth. Herr Barth meinte ferner, die Prämie würde den Weltmarktpreis drücken und es würden nur die ausländischen Konsumenten einen Vorteil haben. Dann können aber die inländischen Preise nicht steigen und alle Befürchtungen wegen Rückgang des Konsums sind dann aus der Luft gegriffen. (Zuruf links: die Steuer!) Auf dem Weltmarkt bestimmt Angebot und Nachfrage die Preise; wenn aber das Angebot überwiegt, dann bestimmt der Preis, der die geringsten Produktionskosten hat. Wir haben die Betriebsergebnisse von 245 Fabriken geprüft und da hat sich herausgestellt, daß 97 gar keine Dividende gegeben haben, während 148 mit Unterbilanz gearbeitet haben, zum Theil mit 400—500 000 M. Ueber die Betheiligung der Rübenbauer an den Fabriken steht folgendes fest: 163 Fabriken hatten 22 781 Aktionäre, davon waren nicht weniger als 19 000 Nebenlieferanten. Die vom Abg. Zimmermann verlangte Staffelfsteuer für Bier ist auch von der Regierung in Erwägung gezogen worden. Herr v. Staudy empfiehlt die Rückkehr zur Materialsteuer. Wenn er die Arbeit sehen würde, die ich habe anfertigen lassen, so würde er sich selbst überzeugen, daß diese Steuer nicht mehr möglich ist. Es würde sich selbst unter seinen Freunden keine Stimme dafür finden. Wie kann man bei Differenzen von 12—18 M. in den Steuerjahren für den Zentner Zucker, je nach der Güte des Materials und der Fabrikationseinrichtungen, eine Materialsteuer wieder einführen? Herr v. Staudy hat Unrecht, wenn er meint, die Vorlage sei unfreundlich gegenüber dem Osten. Das ist durchaus nicht der Fall.

Abg. Köstke (wildliberal): In bezug auf volkswirtschaftliche Kenntnisse mag Herr Paasche mir über sein, aber in lautmännischen Dingen glaube ich etwas mehr zu verstehen und ich weiß, wie man Bilanzen beurtheilen muß; sie können weiß und auch schwarz gemalt sein (Sehr richtig! links), ohne daß man mit der Wahrheit in Widerspruch geräth. Die Bilanz des nächsten Jahres dürfte so günstig sein, daß von einem Verlust überhaupt keine Rede sein kann. Der Nothstand der Zuckerindustrie soll in der Hauptsache hervorgerufen sein durch die Gesetzgebung von 1891. Allerdings bestand 1894—95 ein niedriger Preis, aber es ist niemandem gelungen, nachzuweisen, daß noch in einem anderen Jahre so niedrige Preise gewesen sind. Der niedrigste Preis von 1975 M. war immer noch um 55 Pf. höher als der durchschnittliche Herstellungspreis von 1920 M., der in der Begründung berechnet wird. Der Minister v. Hammerstein hat gesagt, eine Fabrik koste 1 Million Mark. Wenn die Regierung 20 M. als den richtigen Zuckerpreis bezeichnet, also einen Gewinn von 4 M. für den Doppelzentner, so giebt das für die einzelne Fabrik 180 000 M. oder 18 pCt. Verzinsung, und den Fabriken, welche diese Verzinsung nicht erreichen, sollen wir eine Unterstützung zuwenden! (Sehr richtig! links; Widerspruch rechts.) Welche andere Industrie stellt denn eine ähnliche Forderung an das Reich? Die anderen Fabrikanten tragen ihre Verluste selbst. Von einem Preisgeben der Industrie dem Weltmarkt gegenüber kann man beim besten Willen nicht reden, wenn der Export immer noch 8 Millionen Doppelzentner beträgt. Durch die Erhöhung unserer Prämien werden wir die Nachbarstaaten nicht veranlassen, ihre Prämien zu ermäßigen. Es ist davon gesprochen worden, daß das Gesetz nur auf Frist gegeben werden solle. Dafür würde aber die Zuckerindustrie sich nicht begeistern, sie will Ruhe haben und nicht alle paar Jahre ein neues Gesetz. Das Zentrum hat sich gegen eine Prämie von 4 M. ausgesprochen. Ich hoffe, daß es nicht eine Prämie von 3,20 M. bewilligt, die doch der Prämie von 4 M. sehr nahe steht. Wenn auch durch die Erhöhung der Verbrauchsabgaben ein Konsumrückgang nicht entsteht, so tritt doch eine Belastung des deutschen Volkes ein zu Gunsten einer der am besten fundirten Industrien. Wenn die Belastung auch nicht überall stark empfunden werden sollte, so wird ihr Vorhandensein schon genügen, um z. B. den Sozialdemokraten als Agitationsobjekt zu dienen. Bei einem Preise von 50—55 M. für den Doppelzentner beträgt eine Preisermäßigung um 9 M. eine Mehrbelastung von 20 pCt. Eine derartige Gesetzgebung muß die Reihen der Sozialdemokraten verstärken auch aus den Kleinbürgerlichen Kreisen heraus. Das bedauerlichste ist, daß die Anregung zu dieser Gesetzgebung von einer liberalen Partei ausgegangen ist. (Sehr richtig! links.)

Die Absicht des Gesetzes, wie jedes Schutzölle, ist, die Preise zu steigern, sonst hätte ja das Gesetz gar keinen Zweck und brächte nur den ausländischen Konsumenten Vorteile. Redner verweist auf die hohen eingelaufene Eingabe des Schlesischen landwirtschaftlichen Vereines, welche denselben Gedanken vertritt. Die Kontingentierung soll eine planmäßige Produktion herbeiführen. Das wollen die Sozialdemokraten auch; aber sie wollen auch eine planmäßige Vertheilung der Konsumtion. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Kontingentierung wird sehr verschieden in den verschiedenen Landes- theilen wirken, besonders nachtheilig aber für den Osten. Der Minister hat gemeint, die Zuckerindustrie sei noch ein landwirtschaftliches Gewerbe. Das ist doch nicht ganz zutreffend. Schon 1890 hat der Staatssekretär von Malhahn hervorgehoben, daß die Verhältnisse sich so entwickelt haben, daß die Landwirtschaft neben der Zuckerindustrie fast als Nebengewerbe erscheint.

Die Regierung bestreitet, daß die Kontingentierung die Kaufstrüben benachteiligen würde. Die Ueberschreitung des Kontingents wäre doch nur möglich, wenn die Fabrikanten die Rüben billiger erhalten, um sich vor Schaden zu bewahren. Das wäre bei der Brauerei, wenn sie kontingentirt werden sollte, was gar kein so übler Gedanke wäre, bezüglich der Gerste ebenso. Herr Ruprecht Mansen, ein bekannter Agrarier, führt in der „Deutschen Tageszeitung“ ebenfalls aus, daß die Landwirthe ihre Kaufstrüben behalten werden, weil die Fabriken ihr Kontingent anderweitig decken würden, denn es gebe niemand mehr für eine Waare aus, als er zu geben brauche, er wäre denn ein Engel, und einen solchen habe er unter den Zuckerfabrik-Direktoren noch nicht entdeckt. (Heiterkeit.) Wenn eine solche getheilte Meinung im Bunde der Landwirthe ist, dann sollte doch der Vorsitzende des Bundes sich zurückhalten bei dieser Frage. So wie es vorgelegt ist, stellt das Gesetz nichts weiter dar, als ein Gesetz zur Bildung von Ringen mit Staatshilfe gegen die Rübenbauer. Wir sollten doch unser Wohlwollen für die Landwirtschaft betheiligen dadurch, daß wir eine solche Vorlage verwerfen. Wenn die neuen Fabriken erst nach mehreren Jahren ein Kontingent bekommen, so ist damit im großen und ganzen die Erbauung neuer Fabriken, namentlich kleinerer Fabriken, ausgeschlossen.

Eine Staffelfsteuer auf den Betrieb wäre für die Brauereien wohl anwendbar, weil wir dort eine Materialsteuer haben. Aber bei der Zuckerindustrie haben wir keine Materialsteuer mehr. Bei solchen Staffelfsteuern soll man sich aber nicht ein einzelnes Gewerbe herausuchen. Die Melasse-Entzuckerung ist eine der bedeutendsten Erfindungen der Jetztzeit; es würde eine Besteuerung des technischen Fortschritts sein, wenn man diese Fabriken einer besonderen Steuer unterwirft. Der Landwirtschaftsminister soll den Wunsch haben, daß überhaupt keine Melasse auf Zucker verarbeitet wird. Die besonderen Maßregeln gegen die Melasse haben ja deren Preis von 8 auf 2 M. herabgedrückt. Der Staatssekretär Graf Posadowsky hat gemeint, die landwirtschaftliche Opposition sei eine kleine, geführt von den technischen Leitern der Zuckerfabriken. Darin schien ein Vorwurf zu liegen; es wird wohl auch umgekehrt sein, daß die Fabrikdirektoren für die Vorlage gewirkt haben. Aber von einer Einigkeit ist weder bei der Zuckerindustrie noch bei der Landwirtschaft die Rede. In Posen, Brandenburg, Pommern u. s. w. haben sich in den Versammlungen entweder die Rechte oder doch große Minderheiten gegen die Vorlage erklärt. Ein Brief, den mir Herr Richter zur Verfügung gestellt hat, behandelt ähnliche Anschauungen bei Landwirthen im Wahlkreise des Grafen Bismarck. In den Versammlungen, die sich für die Vorlage erklärt haben, hat man immer den Versuch gemacht, die Minderheiten zu beschwichtigen. Daran hat sich auch unser Kollege Paasche betheilig, z. B. in Bromberg, damit nicht in die Welt telegraphirt werde, der ganze Osten habe sich gegen die Zucker-Vorlage erklärt. (Heiterkeit.) Er hat die Landwirthe und Zuckerfabrikanten als kluge Geschäftsmänner ermahnt, ihren Vortheil zu wahren. Da kann er eigentlich den Börsenleuten nicht gram sein, die auch nichts anderes wollen. Wir aber müssen uns auf den Standpunkt stellen, ob nicht der Vortheil, der dem einen zugewendet wird, dem anderen zum Schaden gereicht. (Beifall links.)

Abg. v. Pöpp (L.) wendet sich gegen den Abg. Göb v. Olenhusen, der den Bund der Landwirthe angegriffen hat in der Tonart, wie es in freisinnigen und sozialdemokratischen Blättern geschieht. Er mag sich mit diesen Bestimmungsgenossen auseinandersetzen. Sein Angriff ist ihm leicht geworden, nachdem wir hier als gemeingefährlich bezeichnet worden sind. Er hat ja auch für seine Rede einen Händedruck erhalten; ob für die Zustimmung zur Vorlage oder für den Angriff auf den Bund der Landwirthe, weiß ich nicht. Wir sind den Angriffen gegenüber etwas dickköpfig geworden und sagen: Schwamm drüber! Wenn er uns aber unehrliche Art vorwirft, so hätte er nur einmal in eine Versammlung nach Braunschweig oder Hannover kommen sollen; es wäre ihm nichts geschehen aber ein Hohlnachen wäre entstanden. Die preussischen Bauern sind treu wie Gold, wenn sie auch manchmal räuschnen und klagen. Wir sind auch treu wie Gold. Das muß ich mir verbitten, uns für unehrlich zu erklären. Ich verzichte darauf, an die Wesselenlegion in Frankreich zu erinnern. Ich erwähne nur, daß die Agitation des Bundes sich niemals gegen die Welsen gewendet hat. Diese Worte des Herrn Göb von Olenhusen werden wohl auch in Hannover landen und bei den nächsten Wahlen wird man es merken. Daran wird er selber schuld sein. Wir sind dankbar, daß die Vorlage eingebracht ist als eine Grundlage für die Sicherung des Rübenbaues, aber wie sie jetzt lautet, können wir sie nicht annehmen. Die Betriebssteuer müßte gänzlich wegfallen, dadurch würden wir viele Zustimmende gewinnen. Der Zuckerpreis wird, wenn er nicht steigt, wenigstens auf einer Höhe erhalten, daß die Rübenbauer noch einen annehmbaren Preis erhalten können. Auch die Kontingentierung ist eine schwer unstrittene Frage, ich würde sie auch gern beseitigen, aber ich weiß nicht, wie es gemacht werden soll, wenn wir nicht ins Uferlose kommen oder eine so niedrige Prämie festsetzen wollen, die gar nichts nützt. Meine endgültige Abstimung behalte ich mir vor. Ich möchte bitten, daß in der Kommission das gemeinsame Ziel vor Augen behalten wird, damit eine Verständigung erzielt werden kann, die ohne Konzessionen nicht erreichbar sein wird. Wenn die Konsumsteuer nicht erhöht wird, dann brauchen wir das ganze Gesetz nicht, denn ohne Geld könnte es nicht durchgeführt werden. Die Belastung ist doch keine so große, wenn etwa 3 Pf. auf das Pfund kommen. Die arme Arbeiterfamilie braucht in der Woche doch kaum ein Pfund Zucker, das macht für den Tag einen halben Pfennig.

Die Arbeiterlöhne der Zuckerfabriken sind doch ein Vortheil für die Arbeiter. Mit der Einführung des Rübenbaues sind die Löhne überall gestiegen; sie würden wieder sinken, wenn die Zuckerindustrie geschwächt wird. Indirekt kommen dabei die Maschinenfabriken und der Kohlenbau in Betracht. Herr Richter beliebte zu sagen, daß mit der steigenden Kultur die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sinken müßten. Dann müßten wir ja in Ästen und Kuckland die größte Kultur haben, weil dort die niedrigsten Preise sind. Herrsch in England die größte Kultur? Vor den Thoren Londons steht man meilenweit keinen Pfug mehr arbeiten, nicht einmal die Viehheerden sieht man (Lachen links). England geht zu grunde in seiner Landwirtschaft. Ueber die Konsumsteuer mache ich mir nicht die geringsten Sorgen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das glauben wir!) Nothwendig ist aber, daß denjenigen Landwirthen, welche bisher nicht zum Rübenbau gekommen sind, der Rübenbau nicht allzu sehr erschwert wird. Der Landwirtschaftsminister hat die Wichtigkeit des Rübenbaues betont; das Rückgrat der Landwirtschaft ist er aber nicht; denn sonst würde Schleswig-Holstein und Ostpreußen gar kein Rückgrat haben. Selbst die unbetheiligten Fabriken würden dem Zuckersteuergesetz zustimmen, wenn ihre Interessen nicht in den Hintergrund gedrängt werden, wenn die Entlastung neuer Fabriken erleichtert würde. Das würde die Annahme des Gesetzes ermöglichen. Es ist wieder von der Siebesgabe gesprochen worden; warum hat man denn aber noch niemals von Siebesgaben gesprochen, wenn der Staat die Kohlen

und Schienen theurer bezahlt als auf dem freien Markte. Redner spricht nochmals die Hoffnung aus, daß die Kommissionsberatung zur Verständigung führen möge. (Beifall rechts.)

Abg. Schippel (Soz.): Die Regierung hat 1891 die Absicht ausgesprochen, die Prämien auf internationalem Wege abzuschaffen. Bei der Beschlußfassung über das damalige Gesetz hatte in der zweiten Lesung der Herr von Hagfeldt eine Resolution vorgeschlagen, die Regierung möchte in erneute Verhandlungen mit den betr. Staaten zwecks Beseitigung der Zuckerprämien eintreten und dem Reichstage einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. Diese Resolution wurde allerdings in der dritten Lesung nicht vorgelegt, aber nicht, weil der Antragsteller sie fallen gelassen hatte, sondern weil zwischen Reichstag und Regierung in dieser Frage allgemains Einverständnis herrschte. Die Regierung wollte es damals versuchen, mit anderen Staaten über die Frage sich zu vereinbaren, aber sie machte die Beseitigung der Prämien nicht von dem Vorgehen der anderen Staaten abhängig. 1887 sagte Herr v. Bennigsen bei der Beratung des Zuckersteuergesetzes, wir wollen die ersten sein mit der Abschaffung der Prämien, ob die anderen Staaten uns folgen, darüber wollen wir später sprechen. Noch im vorigen Jahre sprach Graf Posadowsky die Meinung aus, daß wir auf der Basis des ersten Gesetzes von 1891 zur Abschaffung der Zuckerprämien kommen könnten. Ich frage nun, welche Verhandlungen sind denn seit dem vorigen Winter eingetreten, daß wir jetzt unbedingt Kampfsprämien haben müssen, um auch andere Staaten zur Abschaffung ihrer Prämien zu veranlassen? Ich verlange Gründe vom Herrn Staatssekretär, witzliche Gründe, nicht Jagdgründe! Welche Informationen berechnen die Regierung zu dem Glauben, wir würden mit der Erhöhung unserer Prämien die anderen Staaten zwingen, ihre Prämien herabzusetzen? Der Zentralverein der österreichischen Rübenzuckerindustrie-Vereine hatte im vorigen Jahre, als der Antrag Paasche hier eingebracht wurde, die österreichische Regierung aufgefordert, bei der deutschen Regierung vorzuschlagen, dem Antrage Paasche nicht zu entsprechen. Die deutsche Kampfsprämie würde die ganze österreichisch-ungarische Zuckerindustrie, die sich bis dahin noch von innen heraus habe helfen können, auf das Aeußerste gefährden. Die Gefahr dieser Kampfsprämie für die österreichische Industrie könne nur durch eine Erhöhung der österreichisch-ungarischen Zuckerprämie paralisirt werden. In gleichem Sinne sprach sich auch die Prager Handelskammer aus. In der französischen Fachpresse wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß bei einer Erhöhung der deutschen Prämie deutscher Zucker sogar in Frankreich eindringen könnte und es würde eine Erhöhung des Eingangs-Zolles verlangt. Daraus geht hervor, daß die Kampfsprämie wahrscheinlich garnicht den erwarteten Erfolg haben wird, und trotzdem sollen wir auf das Eis gehen und den Sprung ins Dunkle machen, ohne zu wissen, was daraus wird.

Noch eine andere Legende möchte ich zerstreuen. 1891 hieß es vom Regierungstische, die deutsche Regierung habe die allmähliche Verabreichung der Prämien vorgeschlagen, weil Frankreich und Belgien ihre Prämien herabgesetzt haben. Wo die anderen Staaten sind uns vorangegangen und wir sind ihnen nachgefolgt, nicht umgekehrt. Seitdem haben sich nicht die Grundlagen der Prämien geändert, wohl aber die Medienkunst der Herren am Regierungstisch seit dem vorigen Jahre. Früher sollte Frankreich eine Prämie von 4—5 M. haben. Dann wurden 5—6 M. genannt und gestern oder vorgestern hieß es, sie betrage in Wahrheit 7—9 M. Den größten Schaden würde ungewisshast der Osten von dem Gesetz haben, und ich wundere mich, daß nur der Abg. v. Staudy darauf hingewiesen hat, was für ein Kampf eigentlich unter der Decke dieses Gesetzes geführt wird: es ist der Kampf der alten privilegierten Zuckerdistrikte gegen die neuen Zuckerdistrikte, die sich entwickelt haben und sich noch weiter entwickeln können, der Kampf der mitteldeutschen gegen die ostdeutsche Zuckerindustrie, deren Entwidlung mittels der Kontingentierung todgeschlagen werden soll. Dieser Kampf richtet sich auch gegen die östlichen Kleinbauern. Diese, nicht die Aktionäre haben das größte Interesse an dieser Frage. Während in der Provinz Sachsen nur etwa 25 pCt. Kaufstrüben, in Hannover 21—24 pCt., in Braunschweig 11 bis 14 pCt., in Anhalt 32—37 pCt. Kaufstrüben verarbeitet werden, steigt dieser Prozentsatz im Osten bis zu 99 pCt. Im Osten sind die Rüben liefernden Bauern nicht reich genug, um als selbständige Unternehmer aufzutreten, die Kontingentierung würde sie am härtesten treffen. Durch die Vorlage wird eine ganze Menge neuer Interessentengruppen geschaffen und diese werden sich jedes Jahr von neuem infolge der Kontingentierung wiederholen. Die Raffinerien lehnen sich auf gegen die Melasse-Entzuckerer. Die Chokoladen- und Dauermilch-Fabrikanten lehnen sich auf gegen die Vertheuerung eines Pfosthofes u. s. w. Durch die Hineintragung solcher Konflikte in den Reichstag wird dessen Ansehen nicht erhöht. Die Agrarier und die übrigen Interessenten nehmen gern Staatssubventionen, aber sie gönnen sie keinem anderen. Ich bitte, die Vorlage abzulehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Paasche (natl.): Bezüglich des Weltmarktpreises hat Herr Barth es sich sehr leicht gemacht; er meinte, jeder nimmt, was er kriegen kann; aber bei überfülltem Weltmarkt muß sich jeder mit dem niedrigsten Preise begnügen. Für Zucker ist der Weltmarkt überfüllt und da bestimmt derjenige den Preis, welcher die anderen unterbietet kann. Wir verlangen keine Prämien, sorgen Sie nur dafür, daß die anderen Staaten ihre Prämien beseitigen; so lange das nicht geschieht ist, können wir auf die Prämien nicht verzichten. Weßhalb haben andere Länder Prämien? Weil sie ohne dieselben auf dem Weltmarkt nicht konkurriren können. Herr Barth hat beantragt, daß ich von den Steuerzahlern nichts gesagt hätte. Wenn die Prämien auf den Preis keinen Einfluß haben, dann fühlt man die Steuer nicht. Wie soll die Vorlage dazu beitragen, einen Ring von Fabrikanten zur Ausbeutung der Rübenbauer zu bilden? Ein Widerspruch zwischen diesen Interessentengruppen besteht thatsächlich nicht. Herr Köstke meinte, ein Vörsenmann würde nicht so dumm sein, sich ein solches Gesetz anhängen zu lassen. Das die Börse mich für ihren Feind hält, merke ich allerdings; aber ich glaube, mit Unrecht; denn ich denke nicht daran, die Börse in ihren berechtigten Interessen zu schädigen. In Bromberg soll mir ein sachverständiger Mann entgegengetreten sein. Der Mann war ein Mühlenbesitzer, der eine einzige Mühle einer Zuckerfabrik hatte. Das war seine Sachverständigkeit. Ich habe in Mecklenburg Zuckerfabriken ins Leben gerufen und mehrere Aktien gehabt (Ala! links). Das wird man mir doch nicht zum Vorwurf machen. Ich rühme mich dessen, daß ich den Rübenbau in Mecklenburg gefördert habe. Der Kampf auf dem Weltmarkt muß geführt werden, bis einer siegt oder unterliegt. Ich hoffe, daß wir den Sieg davontagen werden, wenn wir auch vorerst eine schwere Zeit zu überwinden haben werden. Das wird ein großer Erfolg sein für unsere Zuckerindustrie. (Beifall rechts.)

Abg. Barth (Soz.): Das die Prämie den Weltmarktpreis drückt, ist möglich, aber es handelt sich um die Verbrauchsabgabe, die um 6 M. für den Doppelzentner erhöht wird. Das macht 32 Millionen Mark für den deutschen Konsum. Dieses Geld muß bezahlt werden, auch wenn die Prämie nicht um 1 Pf. den Preis erhöht. Für die Preisbildung ist das Angebot und die Nachfrage entscheidend, nicht wer am billigsten produzieren kann. (Zuruf



des Abg. Paasche: Ueberproduktion!) Das ist ganz Nebensache. Wer billiger produziert, nimmt doch die Preise, die er bekommen kann. Der Herr Schachsekretär fragt, wie die Einnahmen aus den Schutzhöfen anderweitig gedeckt werden sollen; er hat dabei die indirekten Steuern mit dem Schutzholl verwechselt, denn die Schutzhöfe sind dann die besten, wenn sie gar keine Einnahmen bringen. England hat gar keine Schutzhöfe, aber sehr hohe Einnahmen aus indirekten Steuern. Was Graf Posadowsky aus einer Rede des Lord Salisbury mitgeteilt hat, waren doch nur allgemeine Wendungen und Verträge, aber Lord Salisbury hat nirgend zu erkennen gegeben, daß er durch irgend welche projektionsmäßige Mittel der Landwirtschaft beizuhelfen will!

Abg. v. Standy (Hl.): Meine Bedenken bezüglich der Konfingierung hat der Staatssekretär nicht widerlegt.

Abg. Schulz-Euphig verzichtet auf das Wort. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.

Abg. Göb v. Olenhusen (persönlich): Ich halte in vollem Umfange das aufrecht, was ich gegen den Bund der Landwirthe gesagt habe, weil der Bund der Landwirthe eine unangenehme Agitation in Hannover ins Werk gesetzt hat. Aber ich kann den Herren nur sagen: Glaubt nicht, wenn Ihr Standal erregt, daß Ihr damit die Welt bewegt. (Heiterkeit.)

Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Zweite Beratung der Novelle zur Gewerbe-Ordnung.)

## Parlamentarisches.

Aus der Justiznovelle-Kommission. Soll das freie Ermessen, soll Willkür des Gerichts darüber befinden, ob und welche Beweise in der Hauptverhandlung zu erheben sind, oder soll im Interesse der Ermittlung der Wahrheit und der Rechte des Angeklagten sich die Beweisaufnahme wenigstens auf sämtliche vorgeladenen Zeugen und Sachverständigen und auf die anderen herbeigeschafften Beweismittel erstrecken? In letzterem Sinne entscheidet das bestehende Gesetz. Die Regierungen verlangen statt dessen in der Justiznovelle die Aufnahme einer Bestimmung, nach der unbehindert um Anträge oder herbeigeschafftes Beweismaterial jedes Gericht, mit Ausnahme des Schwurgerichts und Reichsgerichts, künftig den Umfang der Beweisaufnahme bestimmen kann. Es soll allein von seinem Ermessen, seiner Laune abhängen, inwiefern eine Beweisaufnahme stattfindet. Dieser Vorschlag zum Gesetz erhoben, würde der lächerlichsten Rechtspflege den erheblichsten Vorschub leisten und das Volk aller Willkür der Richter in Strafsachen ausliefern. Der Vorschlag ist deshalb selbst von angesehenen Mitgliedern des Reichsgerichts, wie z. B. vom Reichsgerichtsrath Stenglein, auf das energischste bekämpft worden. Die Regierung hält aber nach ihren Darlegungen in der Kommission solche Bestimmung für absolut notwendig. Nach langer lebhafter Debatte lehnte die Kommission den Antrag, das bestehende Gesetz nach dieser Richtung hin einfach aufrecht zu erhalten, mit 11 gegen 9 Stimmen ab. Für Aufrechterhaltung stimmten Schmidt (Waburg) und Brockmann (Z.), Mundel und Bach (fr. Sp.), v. Wolzlegler (Pole), Frohme und Stadthagen (Soz.), Schröder (fr. Bg.) und Förster (Ant.). Der „treisinnige“ Abgeordnete Benzmann enthielt sich der Abstimmung. Die Zentrums-Abgeordneten Hintelen, Wolkstein und Stephan stimmten mit den Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen gegen Aufrechterhaltung des bestehenden Gesetzes. Den Ultrareaktionären gelang die Durchsetzung des Regierungsprinzips indes doch nicht. Nach vielem Hin und Her gelang es, folgenden Zusatz zum bestehenden Gesetz durchzusetzen: „In den Hauptverhandlungen vor dem Landgericht in erster Instanz kann das Gericht die Erhebung eines einzelnen Beweises ablehnen, falls es die Thatsache, welche dadurch bewiesen werden soll, einstimmig für unerheblich erachtet. Das Gericht hat die Gründe, weshalb die Thatsache unerheblich sei, in dem Ablehnungsbeschluss anzugeben.“ Aus der weiteren Verhandlung der Kommission ist hervorzuheben, daß der Vorschlag, die Schädlichkeit des Dreimännerkollegiums durch das Erfordernis der Einstimmigkeit über die Schuldfrage abzuschwächen, gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt wurde. Die nächste Sitzung findet Freitag Vormittag statt.

Die Wahlprüfungs-Kommission prüfte in ihren letzten beiden Sitzungen zunächst die Wahl des Abg. Roth (S. Breslau). Da ein umfangreicher Protest gegen die Wahl vorliegt, beschloß die Kommission, Erhebungen zu veranlassen und die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl bis auf weiteres auszusetzen. Weiter wurde die Wahl des Abg. Graf v. Dönhoff-Friedrichstein (L. Königsberg) für gültig erklärt und die Erhebungen über die Wahl des Abg. Fuchs (Köln-Land), welche früher bereits für gültig erklärt worden ist, durch das negative Ergebnis der Erhebungen für erledigt erachtet.

Im preussischen Landtage ist ein Nachtrags-Stat von 4000 M. als persönliche Zulage für einen Stellvertreter des Direktors der Staatsarchive eingegangen.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 5. März.  
Stadtverordneten-Vorsteher Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Der neugewählte Stadtbaurath Hofmann dankt in einem Schreiben für seine Ernennung und bittet, sein Amt am 1. Oktober d. J. übernehmen zu können, da er bis dahin noch beim Reichsgerichts-Gebäude beschäftigt sei.

Der verorbene Rentier Simon Blad hat die Stadt Berlin zur Universalerin der Hälfte seines Vermögens und die Städte Mainz und Bingen zu Erben der anderen Hälfte desselben eingesetzt. Das Vermögen beträgt 1 1/2 Millionen Mark.

Der zur Beratung über die fernere Behandlung der Bauplatzsteuer eingehende Ausschuss beantragt folgende Beschlusfassung: Die Versammlung erkennt die Nothwendigkeit an, die Härten, welche sich bei der Veranlagung der Bauplatzsteuer ergeben haben, zu mildern, nimmt aber zur Zeit von einer Aenderung der Bauplatzsteuer-Ordnung Abstand und ermächtigt den Magistrat, die Einziehung der veranlagten und noch zu veranlagenden Bauplatzsteuer bis längstens am 1. Januar 1897 einzustellen.

Stadt. Sach v. verweist die Bauplatzsteuer an sich nicht, meint vielmehr, daß sie einen richtigen Kern enthalte. Nur müsse der Prozentsatz der Steuer erniedrigt werden. Der Ausschuss erkannte an, daß Gründe zur Stillung der Einziehung der Steuer vorhanden seien, wolle es aber in die diskretionäre Macht des Magistrats legen, ob er die Einziehung stillen wolle oder nicht. Redner beantragt, dahin zu beschließen, daß die Einziehung der Steuer stillt werden muß, wenn der Steuerzahler nicht freiwillig bezahlt, sondern Einspruch gegen die Veranlagung erhebt. Die Wertermittelung der zu besteuerten Grundstücke sei nach der Steuerordnung nicht richtig. Es frage sich, ob der Werth in jetziger Zeit veranlagt werden solle, oder der Werth zur Zeit der Festlegung der Baufluchtlinie. Ein Mangel sei ferner, daß die Straßen, an welchen die Bauplätze liegen, nicht regulirt sein brauchen, sondern allein die Feststellung der Baufluchtlinie genüge, um die Steuer zu veranlagern. Das bedeute eine Vermögenskonfiskation.

Stadt. Kreiting beantragt, den Magistrat nicht nur zur Einstellung der Einziehung zu ermächtigen, sondern die Einstellung der Einziehung und Veranlagung der Steuer obligatorisch

zu machen. Die Bauplatzsteuer enthalte einen gesunden Kern und für die Härten könne eigentlich schon jetzt Remedur geschaffen werden. Indessen füge er sich dem Antrag des Ausschusses, wenn nur die Einziehung und Veranlagung der Steuer bis zum 1. Januar unterbliebe.

Stadt. Mommsen meint, daß man jetzt die Steuer wenigstens so ausführen müsse, wie sie sei; das Ober-Verwaltungsgericht könne ja nachher entscheiden, ob die Steuerordnung der Bauplatzsteuer richtig ausgeführt werde oder nicht. Unter den obwaltenden Umständen sei es am besten, den Magistrat zur Einstellung der Einziehung zu ermächtigen; der Magistrat werde auch keinen falschen Gebrauch davon machen.

Stadt. Hirsborn theilt mit, daß schon jetzt die Einziehung stillt werde, wenn Einspruch gegen die Steuerveranlagung erfolge.

Stadt. Esmann beantragt, daß die bereits gezahlten Steuerbeträge vorläufig zurückgezahlt werden. Nach allen Anträgen bleiben immer noch Härten übrig für die, welche schon die Steuer bezahlt haben, umso mehr da die definitive Entscheidung des Gerichts über die Steuer sich sehr lange hinziehen könne.

Stadt. Friedemann widerspricht diesem Antrage schon wegen der technischen Schwierigkeiten der Rückzahlung und stimmt dem Antrag Kreiting zu, der auch dem Magistrat am angenehmsten sein könne, da er ihm eine bestimmte Norm vorschreibe, nach welcher zu verfahren ist.

Stadt. Mommsen spricht sich nach besonders dagegen aus, daß der Antrag Kreiting auch die Veranlagung der Steuer stillen wolle. Dadurch würde die definitive Entscheidung vielleicht noch um zwei Jahre verschoben werden.

Unter Ablehnung aller anderen Anträge wird der Ausschussantrag angenommen.

Der Ausschuss zur Vorberatung der Vorlage, betreffend die Ueberweisung eines städtischen Grundstücks behufs Benutzung als Spiel- und Eisplatz beantragt: Die Versammlung erkläre sich damit einverstanden, daß von dem städtischen Grundstück Paustraße 11/12 und Biesenstraße 49/51 die als Eisbahn benutzte Fläche von 8740 Quadratmetern, sowie von dem angrenzenden Lagerplatz eine Parzelle von ca. 2000 Quadratmeter vom 1. April 1896 ab bis auf weiteres der Deputation für das städtische Turn- und Badewesen zu dem bezeichneten Zwecke unter Vorbehalt des Widerrufs überlassen werde.

Der Ausschussantrag wird ohne Debatte angenommen.

Die Vorlage, betreffend die Herstellung eines Fußgänger-Tunnels unter dem Bahnhöfen der Stettiner Eisenbahn im Zuge der Schwarzlopf- und der Feldstraße, wird einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen, desgleichen die Vorlage, betr. die Erwerbung einer Fläche des Grundstücks Alte Jakobstraße 23 zur Straßenerweiterung.

Schluß 7 1/2 Uhr. Es folgt eine geheime Sitzung.

## Lokales.

Der neueste Entrüstungssturm. Es giebt zwei Arten, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, die rüpelhafte und die zum Augen kometische. Von der letzten Sorte finden wir in der freiberlich von Stumm'schen „Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ ein geradezu erschütterndes Beispiel. Bekanntlich haben in diesen Tagen die Zeitungen einen Aufruf veröffentlicht, der sich mit einem in gesundheitlicher Beziehung schlimmen Mißstände befaßt, unter dem die Verkäuferinnen in Ladengeschäften zu leiden haben. Auch wir brachten den Aufruf in der Nummer vom Mittwoch und wiesen darauf hin, daß er zum Theil Namen enthalte, die auch in der Sozialdemokratie einen guten Klang haben. Dieser Umstand trägt die Schuld, daß wegen einer so harmlosen Sache gewisse einflussreiche Kreise, die sich namentlich des Verdienstes rühmen, eine Sozialreform vor der Hand hintertrieben zu haben, wild geworden sind und nunmehr einen „Entrüstungssturm“ inszeniren, der die zum Schaden reizende Gewalt früherer Stürme ähnlicher Art vielleicht noch hinter sich lassen wird.

Schon die „National-Zeitung“ brachte am Mittwoch einen Artikel, der an dem Aufruf tadelte, es scheine in ihm die Voraussetzung obzuwalten, daß — man höre das Entsetzliche — die Sozialdemokratie als ein berechtigtes Glied innerhalb der bürgerlichen Ordnung anerkannt werde. Doch dies Gesalbader hielt sich noch in Schranken, die wenigstens äußerlich den Schein der Gestinnung trugen. Diefem Vorstoß folgte aber ein zweiter in der soeben herausgegebenen Nr. 15 der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“. Die Leistung ist zu flüchtig, als daß wir dem Versuch widerstehen können, den Artikel ganz abzuändern. Er lautet dem Titel nach „Nothhelfer der Sozialdemokratie“ und hat einen Inhalt, den unsere Gegner gefälligst einmal gründlich auf seine Klassenverehende Wirkung hin prüfen wollen. Hier ist er:

„Den Berliner Zeitungen ist dieser Tage ein Aufruf zugegangen — einige haben ihn abgedruckt, andere, die sich die Sache offenbar gründlicher überlegt haben, nicht. An sich war allerdings der mit dem Aufrufe verfolgte Zweck sehr unversänglich und durfte als wohlthätig sehr zu begrüßen werden. Vereine, insbesondere Frauenvereine wandten sich an die „Käuferinnen“ Berlins, sie in der Forderung, daß die Geschäftsinhaber ihren weiblichen Ladenpersonal für die Zeit, in welcher es keinen Kunden zu bedienen hat, zu ihnen gestatten sollen, zu unterstützen, eine Forderung, die, weil aus gesundheitlichen Gründen gerechtfertigt, aus humanitären Gesichtspunkten begründet erscheint. Die „Käuferinnen“ werden in dem Aufrufe angefordert, nur in solchen Geschäften fern zu kaufen, welche das Siverbot für ihre Verkäuferinnen aufgehoben haben. Schmecht freilich letztere Aufforderung schon ein klein wenig nach Wollst, und wird durch sie die an sich gute Sache dieser Agitation kaum verbessert, so darf man billiger Weise ertraunt sein, wenn Vorstände von zwölf Frauenvereinen den bürgerlichen Blättern der Residenz zumuthen, ihren Aufruf abzuändern, nachdem sie ihre Unterschriften durch die des sozialdemokratischen Parteihauptlings A. Bebel komplettirt haben. Diese Zumuthung prent so dicht an Unversämtheit, daß die bürgerliche Presse wohl gethan hätte, sie einmüthig als solche zurückzuweisen. Natürlich werden sich die Vorsteherinnen der Frauenvereine auf die Einrede zurückziehen, sie verständen nichts von Politik. Letzteres ist gewiß richtig. Indessen giebt es leider Frauen, welche in die Politik hineinzupfuschen sich nicht scheuen, obwohl sie nichts davon verstehen, und da die famose Gesellschaft für ethische Kultur durch Frau Lily von Signdt unter dem Ausfusse vertreten ist, wäre es wohl nicht allzu schwer gewesen, den anderen Damen klar zu machen, daß, wenn man einen Aufruf erläßt, mag der Zweck auch ein noch so berechtigter sein, und man A. Bebel, Mitglied des Reichstages, an der Spitze der Unterschriften paradiesen läßt, man damit einer ganz unpolitischen Sache einen politischen Stempel aufdrückt, der patriotisch empfindenden Leuten gebietet, ihre Sympathie einem Verlangen vorzuenthalten, dem sie um seines humanitären Zweckes willen sich gern zuwenden möchten.

Sollte aber Frau Lily von Signdt nicht politisch genug veranlagt gewesen sein, um an der Unterschrift des A. Bebel Anstoß zu nehmen, so hätte vielleicht der Landtags-Abgeordnete von Schenckendorff oder einer der übrigen Mannner, deren Namen unter dem Aufruf stehen, sicherlich Veranlassung gehabt, die prinzipielle Seite der Frage zur Erörterung zu stellen, bis zu welchem Grade der Verwirrung es führen muß, wenn die Frauen der ersten Männer der Stadt, wie z. B. Frau Bürgermeister Margarethe Kirchner oder Frau Henriette Schrader ihre Namen in einem öffentlichen Aufruf unter den A. Bebel's setzen. Diejenigen, welche den Frauen das Recht bestreiten wollen, in öffentlichen

Angelegenheiten überhaupt mitzuwirken, können aus derartigen Nothhelferei bei den Sozialdemokraten nur in ihrer Meinung bestärkt werden. Die Sozialdemokratie aber, welche den Hauptzweck der sozialrevolutionären Umsturzpartei — vielleicht deshalb, weil er als Verfasser des albernsten Buches „Die Frau“, wie man zu sagen pflegt, „berühmt“ geworden ist — von achtbaren, gebildeten Frauen so geehrt sieht, kann sie an den Ernst des Kampfes glauben, welchen die Mannner jener Frauen ihr verkündigen, jenes Kampfes, zu dem Kaiser Wilhelm II. den gesitteten und gebildeten Theil der Nation aufgerufen hat, und zu dem eben die Bahn frei zu werden anfing, nachdem die antikapitalistischen Schrecken zu verschwinden begannen? Jene Vereine aber, deren Vorsteherinnen diesen faux pas machten und die Unterzeichner des Aufrufs, die vielleicht nicht wußten, daß „A. Bebel“ ihnen als „Kollege“ beigelegt wurde, oder die Bedeutung dieser Kollegialität nicht kannten, werden gut thun, nachdem dieser Aufruf einmal veröffentlicht worden ist, Karzustellen, ob sie wirklich damit einverstanden sind, durch Zusammenkoppelung mit dem ärgsten Feinde des Vaterlandes sozialdemokratische Nothhelfer wider Willen zu sein.“

Es hieße das Behagen stören, mit dem unsere Parteigenossen sich an diesem Aufruf betheiligen werden, wollten wir es eingehend kommentiren. Der hiermit niedriger gehängte Entrüstungsartikel spricht nur zu deutlich für die ergöbliche Furcht und das böse Gewissen derer, die in mahnsinniger Verneinung meinen, eine dem Untergang geweihte Weltordnung müsse ihnen und ihrem Interesse zu liebe mit allen, auch den schädlichsten Mitteln aufrecht erhalten werden. Welch ein Stück überwältigter Stomik liegt in diesem Größenwahn und in dieser Furcht!

Der hieselbst verorbene Rentier Simon Blad hat die Stadtgemeinde Berlin in Gemeinschaft mit den Stadtgemeinden Mainz und Bingen zu Universalerben seines, nach oberflächlicher Schätzung mindestens 1 1/2 Millionen Mark betragenden Nachlasses eingesetzt, dergestalt, daß Berlin die eine Hälfte und Mainz und Bingen die andere Hälfte erhalten sollen. Der Erblasser hat bestimmt, daß der Nachlaß zur Gründung einer Stiftung zwecks Belohnung von hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der Kunst, der Wissenschaft und des Handwerks verwendet werden soll.

Nichts ist erhebender und bernighender für das bürgerliche Gewissen, als wenn man sieht, wie Ehrenmänner, die nach eigener Versicherung nie für sich selber sorgen, sondern stets das öffentliche Wohl ins Auge fassen, sich von dem — man weiß nicht wie — aufgetauchten Verdacht des Eigennutzes und der unlauteren Profitucht reinigen. Die „Vossische Zeitung“, das berufene Organ der bürgerlichen Wohlthätigkeit hatte die drei Mitglieder des Arbeitsausschusses der Berliner Gewerbeausstellung laut und vernehmlich zur Feuerprobe aufgefodert. Und sie kamen, die Reden, ersten Angesichts zwar, aber mit sichern Schritten. Zuerst gaben die Herren Felisch und Goldberger feierlich im Redaktionsbureau der „Vossischen Zeitung“ die Erklärung ab, daß sie in keiner Weise an irgend einer gewinnbringenden Arbeit für die Ausstellung mittelbar oder unmittelbar theilgenommen seien. Das waren zwei, der dritte fehlte aber noch, der Kommerzienrath Kühnemann. Eine feierliche, lange Pause entstand, ähnlich wie in der Oper „Lohengrin“ vor der Ankunft des Ritters hoch und hehr zu schauen. Ein abermaliger Trompetenruf in der „Vossischen Zeitung“, abermalige lange Erwartungspause. Und dann rückt Schwannensritter Kühnemann heran und legt gleichfalls feierlich vor seinen gestrengen Richtern ein umfassendes Reinlichkeits-Bekennniß nieder, das folgendermaßen schließt:

„Ich erkläre endlich, daß ich niemals, weder direkt noch indirekt, weder jetzt noch je in meiner bald dreißigjährigen Thätigkeit im öffentlichen Leben diese Stellung zum Vortheil meines Geschäfts benutzt habe. Nichts liegt mir ferner als Selbstsucht; im Gegentheil, ich habe in meinem öffentlichen Leben stets nur das Gelingen des Werkes im Auge gehabt und oft über Gefahr, Familie und Gesundheit vernachlässigt. Ich weise also jenen angelegenen Verdacht mit Entrüstung im Bewußtsein meines guten Gewissens zurück.“

Daß solches Selbstbekenntniß richtig ist, wissen bekanntlich auch die Berliner Arbeiter von der selbstlosen Opferbereitschaft der Herr Kühnemann am 1. Mai 1890 der Berliner Schutzmannschaft für die Wahrnehmung der Interessen von feinesgleichen darbrachte.

Nach dem solennen Akte von gestern wird hoffentlich nicht nur in der „Vossischen Zeitung“, sondern in der ganzen bürgerlichen Welt Berlins jeder Zweifel an der Lauterkeit der Ausstellungsförderer für jetzt und alle Zeiten befohen sein.

Literarisches Räpeltym. Zwei Vorkommnisse der letzten Zeit lassen deutlich erkennen, wie die Schneidigkeit, jenes widerliche Gemisch von Feigheit, Dummheit und Nothheit, bereits in bürgerlichen Kreisen um sich gefressen hat. Ende Januar vergang. Herr Kerr, der Theaterreferent des Wochenblattes „Die Welt am Montag“ irgend ein gleichgiltiges Stück des Referenten-Unteroffiziers und Lustspiel-Fabrikanten Stowronnek. Dieser liest die Rezension und schickt dann zwei Leute zu Kerr, die den Aufruf haben, den Referenten zu einer Duellkassette einzuladen. Herr Kerr war, wenn wir recht unterrichtet sind, verständig genug, die Abgesandten auszulachen und die Einladung zur Prägelei abzulehnen.

Ueber das zweite Vorkommniß, das sich am Mittwoch Abend im Kassenkur des Schiller-Theaters zugezogen hat, berichtet der „Berliner Börsen-Kurier“:

„Als gegen 8 Uhr abends der Theaterreferent der „Berliner Börsen-Zeitung“ Herr Paul Einsemann in Begleitung eines Kollegen den Raum betrat, kam ihm der Schriftsteller Herr Kent äußerst aufgeregt entgegen und fragte ihn, ob er den Ausdruck „unabhängig“, den Herr Einsemann für einen persönlichen literarischen Angriff von Seite Kent's gebraucht hätte, zurücknehmen wolle. Als Herr Einsemann sich den ungebührlichen Ton verbat und Herrn Kent anheimstellte, ihn auf seiner Redaktion aufzusuchen, zog Kent plötzlich aus den Falten seines Mantels eine verborgen gehaltene Reitpeitsche hervor und versuchte damit, nach Einsemann zu schlagen, der in demselben Augenblicke seinem Angreifer mit dem Spazierstock einen wuchtigen Hieb über den Kopf versetzte. Herr Kent, der zurückgetaumelt war, bellagte sich nun bei den herbeigeeilten Schutzleuten, daß er geschlagen und verleht worden sei — eine Bemerkung, die das peinliche der Szene insofern milderte, als sie eine gewisse Heiterkeit hervorrief. Jedenfalls ist das eine trübselige Logik für einen Mann, der zuerst angegriffen hat.“

Man kann der Meinung sein, daß Leute, deren geistige Fähigkeiten entweder gänzlich unbekannt sind, oder, soweit die Welt von ihnen weiß, auf der kulturellen Höhe des Schauspielhauses stehen, sich nach einer Seite hin beliebt machen wollen, wo die Nothheit ganz besonders wohlgefällige Pflege findet. Wie dem aber auch sei, jedenfalls sieht die Arbeiterschaft deutlich an solchen Vorkommnissen, wie es mit der Bildung moderner deutscher Geisteshelden bestellt ist.

Der Großbetrieb legt sich nunmehr in umfassender Weise auch auf die Zeitungs-Verichterstattung. Das bekannte offiziöse Wolff'sche Telegraphenbureau, das den politischen Nachrichten dienst fast ganz in Händen hat, und, wie das fest vom 18. Januar lehrte, anscheinend auch den Hofbericht als Monopol erhalten soll, verlanbte gestern an die Zeitungen ein Probematerial von — Lokalnachrichten. Es sind meistens Mittheilungen, die aus polizei-amtlicher Quelle stammen müssen. Verallgemeinert sich der Wolff'sche Lokalnachrichtendienst, so sind die unabhängigen Berichtersteller bald überflüssig geworden, wenigstens auf dem Arbeitsgebiet, das sie jetzt anbeten. Wie lange wird es währen und es liegt von der kleinsteu Polizeitheit



bis zur großen politischen Staataktion bald alles im offiziellen Reize: Ein herrliches Ausblicksgebiet für die unabhängige Presse, wie für das Publikum, das gewissenhaft bedient sein will!

**Die Arbeiterfürsorge der Regierung ist kein leerer Wahn.** Man erkennt sie aus dem Bericht, den der „Volkst-Zeitung“ zufolge der Verbandsvorsitzende der Gastwirthe, Herr Th. Müller in einer am Mittwoch abgehaltenen Interessentenversammlung erstattete. Herr Th. Müller beklagte, daß alle Schritte, die Polizeistunde während der Ausstellung allgemein zu verlängern, erfolglos gewesen sind und gab die Worte wieder, die ein höherer Polizeibeamter ihm gegenüber in der Frage geäußert hat:

„Lokal mit weiblicher Bedienung werde diese Erlaubnis nicht zu theil werden, auch nicht vom Ministerium; ebensowenig hätten die Behörden ein Interesse daran, den Destillationen eine längere Konzession zu gewähren. Bis 11 Uhr abends genüge für diese Lokale vollständig; denn in diesen Lokalen verkehrten doch zu meist nur Arbeiter, die durch ein längeres Offenhalten derselben nicht nur um eine Stunde Ruhe, sondern auch um ihr Geld, das sie zu etwas anderem nothwendiger gebrauchen können, kommen würden.“

Ist das nicht rührend? Mit solcher Logik muß man zu dem Schluß kommen, daß die Polizei insgeheim die Geschäfte des — Umsturzes befördert. Duldet sie doch an den bekanntesten Stellen in der Friedrichstraße und Leipzigerstraße, wo gar häufig zum leiblichen Schaden der zahlungsfähigen Bourgeoisprößlinge der unzuchtigen Handel mit Menschenfleisch betrieben wird, daß sie die ganze Nacht geöffnet bleiben! Welchen Zweck hat im Gegensatz zur unsichtigen Arbeiterfürsorge die offenbare Vernachlässigung des sittlichen Wohles der Bourgeoisie?

**Auch ein Beitrag zur staatlichen Hebung des Handwerks.** Aus Spandau wird den „Berl. N. N.“ von dem folgenden Stücker Zuchtthauskonkurrenz berichtet: Die hiesige Garnisonverwaltung hatte kürzlich eine Lieferung von Tischen ausgeschrieben. Reger verschiedenen Tischlermeistern und Holzbearbeitungs-Fabriken reichte auch die Direktion des Zuchtthaus in Rendsburg eine Offerte ein, und zwar von allen die weitest billigte. Sie forderte für einen Tisch 10,60 M., während der Nachh-Mindeforderung, ein Tischlermeister, 19,80 Pf. verlangt. Letzterer hat die Arbeit auf das äußerste berechnet und würde daran nur einen ganz geringen Gewinn haben. Der Zuschlag ist noch nicht erteilt; man glaubt aber, daß wegen des ungemein billigen Preises die Lieferung dem Zuchtthaus übertragen werden wird.

Vor einiger Zeit haben wir an dem Wirken der Vereine für entlassene Strafgefangene dargelegt, wie die Landproletarier, die es in Ostpreußen nicht mehr aushalten konnten und dann in der Großstadt zu Grunde gingen, auf dem Umwege über das Zuchtthaus als reuige Sünder und wahrhaft zufriedene Arbeiter wieder den heimathlichen Jüngern zugeführt wurden. Vielleicht erlangen auch die Zunftmeister noch einmal bei zunehmender Proletarisierung ideale Arbeiter nach ihrem Sinne, Arbeiter, denen im Zuchtthaus das Laster der Begehrlichkeit und Unzufriedenheit abgewöhnt worden ist. Die Herren sollten daher nicht gar zu scheel auf die Strafanstalten blicken.

**Die Bildung eines Bundes Deutscher Lotteriekollektoren und Looschändler** wurde gestern in einer Versammlung beschlossen, welcher über 100 Interessenten aus allen Gegenden Deutschlands beiwohnten. Der Zweck dieser Vereinigung soll sein: der Schutz gegen ungerechtfertigte Maßnahmen und ganz besonders die Herbeiführung in der Verringerung der Besetzung bezüglich des Lotteriewesens. 11 Mitgliedern, darunter 6 Berliner und 5 Auswärtige, wurde die Ausarbeitung der Satzungen übertragen.

**Neue Karten und Straßenzüge.** Kießling's Ueberblickskarte von 800 Quadratmeilen um Berlin 1: 300 000. Mit Ortschaftsverzeichnis. Preis 1 M. Unter diesem Titel giebt der Verlag von A. Kießling in Berlin SW., Kleindendelstr. 26, eine Karte heraus, die sich durch Deutlichkeit und Uebersichtlichkeit auszeichnet. Die Chaussees sind mit Kilometer-einteilung versehen. — Vasta's Straßenzug von Berlin und den Vororten (Preis 75 Pf.) ist vor einigen Tagen im Verlage von W. Vasta, Lindenstr. 18, in dritter Auflage erschienen. Das handliche Büchlein giebt schnelle Auskunft nicht allein beim Aufsuchen jeder Straße, sondern zeigt auch die Lage der einzelnen Häuser an. Zahlreiche Pläne verständigen die Uebersichtlichkeit.

**Den Van einer neuen Gasanstalt** hat die Gemeindevertretung von Ziegel in ihrer letzten Sitzung genehmigt.

**Als Diebe,** die es zu ihrer Spezialität gemacht hatten, nachhaken aus den Lagerräumen größter Stoffgeschäfte, wahrscheinlich von den Fluren und Geschäftseingängen, aber auch mittels Nachschlüssels aus den Räumen selbst zu entwenden, sind die Hehlungslosen, vorbestraften Kaufleute Bruno und Martin Cohn zur Haft gebracht worden. Als Dieb diente der dritte Bruder Eduard Cohn, der die gestohlenen Rollen bei Pfandleihern auf verschiedene Papiere, u. a. auf solche des wegen Tuchdallen-Diebstahls in Haft befindlichen Malers Joens — versetzte; auch Eduard Cohn ist festgenommen. Die Verbrecher haben meist die Mittagszeit zur Begehung ihrer Diebstähle gewählt, wenn nur wenig oder kein Personal in den Geschäfts- und Lagerräumen anwesend war. Bei verschiedenen Pfandleihern sind Stoffballen ermittelt und können Geschädigte im Zimmer 320, 2. Stock des Polizeipräsidialgebäudes in den Vormittagsstunden 9—12 Uhr nähere Auskunft erhalten.

**Zur Affäre Friedmann.** Ein Telegramm aus Hamburg bringt folgende Meldung: Die hiesige Polizei verhaftete Dr. Fritz Friedmann's Privatsekretär von L., welcher bei der Clausen'schen Angelegenheit betheiltigt sein soll.

Nicht bezeichnend für die sittliche Anschauung in gewissen bürgerlichen Kreisen ist folgende Reporternotiz: Anna Werten, die Geliebte Fritz Friedmann's, ist, nachdem anscheinend die französischen Engagements-Verhandlungen sich zerschlagen, mit dem Buffet Français in der Passage brieflich in Unterhandlungen wegen eines Engagements getreten. Sie verlangt die Kleinigkeit von 1000 M. Gage pro Monat und freie Station, außerdem sind 800 Fr. nötig, um sie in Bordeaux „auszulösen“. Ihr Eintreffen in Berlin wird außerdem noch davon abhängig gemacht, ob Friedmann ausgeliefert wird oder nicht, in letzterem Falle würde sie mit Friedmann nach Baltimore gehen.

Anna Werten würde keine 1000 M. Monatsgage verlangen, wenn sie nicht genau wüßte, daß sie in dem Lokal ein Zugmittel allerersten Ranges würde, bei dem der Besizer doppelt auf seine Kosten läßt.

**Ein trauriger Vorfall** ereignete sich am Mittwoch Mittag gegen 12 Uhr auf offener Straße. Auf einem im verflochtenen Winter aufgeworfenen Sandhügel in der Frankfurter Allee, der dicht neben den Pferdebahngleisen gelegen, spielten mehrere Kinder. Unter ihnen befand sich auch die achtjährige Hedwig Hennig aus Friedrichsberg, die auf der Spitze des kleinen Hügel stand. Plötzlich verlor das Kind das Gleichgewicht, es rutschte von dem Sandhügel herunter und unter die Räder eines gerade vorbeifahrenden Pferdebahnwagens der Linie Friedrichsberg-Dönhofsplatz. Die Räder des Gefährtes gingen der Kleinen über die Oberschenkel, die von dem Körper völlig abgeschnitten wurden. Doch lebend wurde das Kind nach dem Krankenhaus Friedrichsberg gebracht, doch ist keine Hoffnung vorhanden, die Schwerverletzte am Leben zu erhalten.

**Auf der Fahrt im Pferdebahnwagen** vom Wedding nach der Bodstraße starb Mittwoch Nachmittag der 13jährige Kaufmann Paul Dräsel infolge eines Schlaganfalles. Der Schaffner des Wagens bemerkte erst den Tod seines Fahrgastes, als er ihn am Ende der Linie zum Aussteigen veranlassen wollte.

**Ein antisemitischer Heldenreich.** Vorgeiern Abend gingen über die Bellevuebrücke drei Italiener, welchen das Gesicht schwarze Augen und schwarze Haare verliehen hat, obgleich sie regelrecht gestauft waren. Sie gingen ganz ruhig spazieren, da sie glaubten sich in einem zivilisirten Lande zu befinden. Plötzlich rumpelte ein Mann mit einem großen Korbe den jüngsten Italiener, der auch die dunkelste Hautfarbe hatte, mit der dummen Frage an: Kennen Sie wohl den Mischel vom Nil, der in diesem Korbe gerettet wurde? Der junge Italiener antwortete mit einem Stoße, der den dummen Frager ins Bankett brachte. Als Leute hinzukamen, rüchtete der Mann mit dem Korbe in ein nades Wirtshaus, aus dem er bald mit 20 bis 25 Gefinnungsgegnern zurückkam, um an den drei Italienern Rache zu nehmen. Die drei Fremden verteidigten sich nach Kräften, da sie aber bloß drei, die antisemitischen Kaufbolde aber mindestens achtmal so stark waren, so zogen sie den kürzeren, sie wurden übel mitgenommen, einer von ihnen wurde schwer am Hinterkopfe verwundet. Als der glorreiche deutsche Sieg erkochten war, brachen die Burschen in Hochrufe auf Ahlwardt aus und stimmten ein Siegeslied an.

**Um 5000 M.** ist ein Geschäftsmann auf folgende Weise betrogen worden. Vor einigen Tagen fuhr, wie der „Konfessionär“ mittheilt, eine Dame vor einem großen Magazin vor, kaufte einen Pelzmantel für 1200 M. und gab einen Check über 5000 M. in Zahlung, auf eine große Bank gezogen. Der Inhaber des Geschäfts gebrauchte die Vorsicht, rasch jemand nach der benachbarten, kaum 10 Minuten entfernten Bank zu schicken, mit der Anfrage, ob der Check in Ordnung sei. Als die Dame etwas lange warten mußte und die Ursache des unwilligen Aufenthaltes erfuhr, wurde sie höchst unwillig. Verlangte ihren Check zurück, erhielt ihn von dem in der Zwischenzeit von der Bank zurückgekehrten jungen Manne und verließ das Geschäft, ohne den Pelzmantel gekauft zu haben. Nach einer Viertelstunde kehrte sie jedoch zurück und kaufte den Pelzmantel, den man ihr selbstverständlich ausliefern sollte, und sie erhielt auf den soeben vorgezeigten Check 3800 M. heraus. Als der Check nun wieder auf der Bank vorgelegt wurde, löste man ihn nicht ein, da die Dame, nachdem der junge Mann zurückgekehrt war, sich inzwischen schon selbst auf die Bank begeben hatte, um den Betrag abzuheben, und dann sofort nach dem betreffenden Geschäft geeilt war, um einen anderen, mit dem ersten vollständig übereinstimmenden Check, der zu diesem Zwecke schon vorbereitet war, in Zahlung zu geben.

**Die beiden Morde an den Kölnischen Wiesen** haben den Einwohnern Nixdorf's Veranlassung gegeben, bei den Behörden eine Maßregel in Anregung zu bringen, deren Ausführung in der That geeignet sein dürfte, dem Treiben des lichtscheuen Gefindels in jener Gegend vielleicht etwas Einhalt zu thun. Man will dahin vorstellig werden, daß das große Wiesengelände, das der Gemeinde und dem Eisenbahnstus gehört, an allen neuen Straßenzügen mit einem hohen Bretterzaun umgeben werde.

**Ein Diebstahl** ist am Sonntag in der evangelischen Kirche zu Nixdorf verübt worden. Die Opferhochbüchse wurde erbrochen und der Inhalt, der etwa 4 M. beträgt, entwendet.

**Eine Gasexplosion** entstand Mittwoch Abend in dem Keller des Hauses Bellevuestr. 8. Die Fördererin des Hauses, die die mit Gas erfüllten Räume mit offenem Lichte revidiren wollte, erlitt bedeutende Brandwunden im Gesicht.

**Ein Epielebner** wurde Mittwoch Abend gegen 10 Uhr Zimmerstr. 78 von der Polizei ausgehoben. Das dort belegene Lokal von A. Rathaus war schon seit längerer Zeit von der Polizei beobachtet worden, da verdächtige Personen dort verkehrten. Geiern wurden die Gäste beim Spiel überrascht und zur Wache gebracht.

**Eine heftige Gasexplosion** hat im Gemeindehause zu Panlow stattgefunden. Der große Sitzungssaal sollte, wie ein hiesiges Blatt berichtet, eben zu den Vorbereitungen für die Biersteuer-Kommission benutzt werden, als plötzlich die Gasöfen in diesem Saale explodirten und sämtliche Fenster Scheiben zertrümmerten. Zum Glück hatte noch niemand den Saal betreten. Die Explosion war so heftig, daß man sie in ganz Pankow und darüber hinaus vernehmen konnte, und die Splitter der Fensterscheiben bis zur andern Seite der Straße hinüberflogen, glücklicherweise, ohne jemand zu verletzen.

#### Witterungsübersicht vom 5. März 1896.

Stationen.	Barometer (hand in mm, revidirt auf d. Meeressp.)	Windrichtung	Windstärke (Stala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° C. = 32° F.)
Swinemünde	744	S	5	halb bedeckt	3
Hamburg	743	SW	5	bedeckt	3
Berlin	745	SW	4	bedeckt	4
Bresbaden	747	SW	2	halb bedeckt	4
München	751	SW	5	bedeckt	3
Wien	752	Still	—	Nebel	4
Saparanda	749	S	6	Schnee	—
Petersburg	—	—	—	—	1
Cort	755	SW	8	heiter	7
Aberdeen	742	SW	5	halb bedeckt	4
Paris	749	SW	3	bedeckt	5

**Wetter-Prognose für Freitag, den 6. März 1896.** Milde, vorherrschend wolfiges Wetter mit geringen Niederschlägen und mäßigen bis frischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

#### Kunst und Wissenschaft.

**Das hiesige Museum für Völkertunde** hat soeben ein Geschenk erhalten, welches den Phonographen im Dienste der Völkertunde nützlich macht und überraschende Resultate zu Tage fördert. Das Geschenk besteht nämlich aus zwölf Phonographen-Zylindern, auf welche festliche Tonweisen eines nordamerikanischen Indianerstammes, der Kwakint, übertragen sind. Die Aufnahme dieser Musik hat Professor Dr. Boas besorgt und die Rollen dem hiesigen Museum geschenkt. Mit ihrer Hilfe ist es jetzt möglich, die seltsame Musik, welche zu Mäntelungen dieses Indianerstammes gespielt wird, hier zu Gehör zu bringen. Auch die Maslen, welche zu diesen Tönen benutzt werden, befinden sich in der amerikanischen Abtheilung des hiesigen Museums für Völkertunde.

**Im Lessing-Theater** kommt nunmehr das fünfaktige Berliner Schauspiel „Fräulein Lizian“ am Sonntag zur ersten Aufführung. Die Hauptrollen werden von Paula Wirth, Euse von Böhmig, Meta Jäger, Willy Misca und Hermine Reichenbach, von Oscar Sauer, Franz Schöndorf, Ferdinand Euse und Karl Waldow dargestellt. Für die zahlreichen episodischen Figuren sind erste Kräfte des Lessing-Theaters wie Frau Guthert und Claudius Werten herangezogen worden. Die nächsten Wiederholungen von „Fräulein Lizian“ sind für Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag der nächsten Woche angesetzt.

**Schiller-Theater.** Von Adolf Müllers Dramen, deren die Direktion Böwensfeld in dieser Saison nunmehr zum dritten Male erinnert hat, wurde am Mittwoch Abend das historische Schauspiel „Der Graf von Hammerstein“ aufgeführt. Das Stück ist zuerst im Vorfrühling 1870 gegeben worden und hält sich im Sinne der romantischen Periode, als deren späterer Vorgänger der junge Dichter auf den ersten Blick erscheint. Viel weiche holdselige Poesie, viel Liebessehn und harte Prüfung, Schwertergeltir und Harnischgeklapper. Aber der Dichter ist mit dem Hergen bei seinem Werk und darum mag

eine kalte Zergliederung desselben unziemlich erscheinen. Mit dem Hergen schien auch das Publikum dabei zu sein, das sich satifam an der Mühe Lust und Leid erquidete. Nur mit der Hergen's-Freudigkeit der Künstler harpette es zuweilen; wir erinnern uns, in letzter Zeit auf dieser Bühne schwierigere Werke in besserer Darstellung gesehen zu haben. Mit vieltem Fleiße zwar waren Fräulein Pauly und Herr Winterlein als ritterlich-romantisches Liebespaar bei ihrer Sache; auch erschien der alte Kaiser des Herrn Pategg als braver Biedermann von Fleisch und Blut. Aber sonst klapperte es in der Darstellung zuweilen recht laut wie dürres Holz aneinander. Trefflich war die Inszenierung des Ritterstückes gerathen.

**Die Negerfänger,** über deren erstes Auftreten im Hotel de Rome wir schon berichtet, traten gestern bei Kroll auf. Bedauerlicherweise fand die Veranstaltung nicht die verdiente Würdigung beim Publikum; wahrscheinlich war die ganz ungenügende Bekanntmachung daran schuld, daß der Saal fast leer war. Dessen dankbarer zeigten sich die Erschienenen, die den ausgezeichneten Leistungen der Sänger lebhaften Beifall spendeten. Besondere Hervorhebung verdienen die Solofänger. Wenn auch die Leistungen aller Sänger lobend anerkannt werden müssen, so verdienen ganz besondere Hervorhebung Mrs. Maggie, L. Porter Coll, Mr. Payne, Mr. Caldwell.

#### Versammlungen.

**Eine von über 700 Werkstätten-Vertrauensmännern** besuchte Versammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes tagte am 4. März in Cohn's Pepsifabrik. Der Vorsitzende Glöde gab einen Bericht über den bis dato verlaufenen Streit. Hiernach sind nach den Meldungen der Vertrauensmänner in 990 Werkstätten mit 3900 Tischlern die Forderungen durchgeföhrt. Es sei aber zu bebauern, daß immer noch ein Theil der Werkstätten, die bewilligt erhalten haben, sich noch nicht gemüthigt gesehen haben dies zu melden. Es sei nothwendig, daß dies nachgeholt würde, um einen Ueberblick über die Gesamtresultate der Bewegung zu erhalten. Ausständig sind noch 190 Kollegen, darunter ein Theil solcher, die schon die dritte Woche streiken; für diese muß es eine Ehrenfrage sein, um auch so lange auszuharren bis die Meister bewilligt hätten. Es wurde sodann beschlossen, den Streit in der Form als beendet zu erklären, daß die jetzt noch Streikenden, gleichviel ob Verbandsmitglieder oder nicht, nach dem bisherigen Modus vom Verband unterhüt werden und für alle Neuzutretenden nach den Vorschriften des Verbandsstatuts die Unterstützung geregelt werden soll. Von nächstem Montag ab soll die Werkstätten-Kontrollkommission wieder in ihre früheren Funktionen als die Werkstätten-Ueberwachende eintreten. Die Höhe der Unterstützung für die Streikenden wurde bei dem für nächste Woche beschlossenen Satz, 18 und 15 M., belassen. Die Streikbeiträgeleistung soll für diese Woche 1 M. betragen, für die nächste Woche 50 Pf. Hierbei wurde darauf hingewiesen, daß der Streik in Berlin verschiedene Städte wie Kottbus, Lübben u. a. in Mitleidenschaft gezogen habe. Aus Kottbus beziehe die hiesige Firma Mittag fast wöchentlich einige Baggons Bauarbeit, die sie sich von ungefähr zwanzig Einsehern einsehen läßt. Die Kollegen in Kottbus haben ebenfalls ihre Forderungen gestellt. In Lübben besitzt die Firma Morgenstern noch eine größere Werkstätte für Luxus- und Galanterie Möbel. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind dort derartig, daß die Kollegen ebenfalls Lohnaufbesserungen fordern. Im Interesse der Berliner Verhältnisse, so betont Glöde, sei es mit Freuden zu begrüßen, daß die Kollegen im Lande die augenblickliche Konjunktur ausnützen und Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnherhöhungen fordern. Dadurch könnte das gewonnene Terrain in Berlin um so besser behauptet werden. Die Auszahlung der Unterstützung an Streikende erfolgt heute Freitag, nachmittags von 8 Uhr ab, auf dem Arbeitsnachweise-Bureau, Künnestr. 16. Beschlossen wurde ferner, daß die Vertrauensmänner-Versammlungen von jetzt ab alle 14 Tage im Centrum stattfinden sollen.

Nach Belohnung verschiedener Werkstätten, in denen die Forderungen noch nicht durchgeföhrt waren, erfolgte der Schluß der Versammlung.

**In der öffentlichen Sattler-Versammlung,** die am Mittwoch in Brodnow's Saal tagte, referirte Börsch über die Mittel und Wege für Aufbesserung der mißlichen Lage der Sattlerei-Arbeiter. Die Hausindustrie, die hauptsächlich unter den Militäreffekten-Arbeitern plaggegriffen habe, müsse auf alle Fälle beseitigt werden. Nachdem die Kriegsministerien, die eigentlichen Arbeitgeber, eine diesbezügliche Petition unbeantwortet gelassen, sei die sozialdemokratische Fraktion ersucht worden, im Reichstage zu gegebener Zeit diese Frage anzuschneiden; hierzu aber gehöre beweiskräftiges Material. Ist dies herbeigeschafft, so könne die Kommission für Arbeiterstatistik nicht umhin, sich mit der Lage der Sattler eingehend zu befassen. Die Versammlung nimmt nach den beifällig aufgenommenen Ausführungen einen Antrag an, nach welchem die Lohn- und Agitationskommission beauftragt wird, an allen Orten, an denen Militäreffekten angefertigt werden, bei den Vertrauenspersonen anzufordern, ob sie gegen eine Konferenz stattfinden zu lassen, in der über die Verbeschaffung des nöthigen Materials berathen werden soll. Unter „Beschriebenem“ wird mitgetheilt, daß die Firma Aug. Loh, Wilhelmstraße, ihren Arbeitern pro Tornierkasten 25 Pf. in Abzug gebracht hat. Des weiteren wird zur Untersuchung der gegen Börsch erhobenen Anschuldigungen eine Kommission von 5 Mitgliedern gewählt.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Unterricht am Freitag, S. Adolfs-Schule, Waldemarstr. 14: Rede-Vortrag Nord-Schule, Müllerstr. 19a: Gedichte. Beginn 9 Uhr, Schluß 10½ Uhr. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials (schon von 8 Uhr an geöffnet).

**Fest-Veranigung der Händler und Händlerinnen** Berlin und Umgebung. Freitag abends 9 Uhr bei Wibel, Koenigstr. 148, Sitzung.

#### Vermishtes.

**Ueber die Betrügereien des verstorbenen Landtags-Abgeordneten Hans Lassen** wird der „Kieler Zeitung“ aus Sonderburg berichtet: Es steht jetzt fest, daß der verstorbene Landtags-Abgeordnete Hans Lassen sich (wie schon gemeldet) einer großen Unterschlagung schuldig gemacht hat. Die Sparkasse zu Lyßabell ist im Jahre 1866 errichtet. Lassen war von Anfang an erster Vorsitzender der Kasse; das Komtoir befand sich in seinem Hause. Bei der Revision wurde ein Fehlbetrag von 284 000 festgesetzt, aus privaten Aufzeichnungen Lassen's war die Höhe des Unterschusses leicht ersichtlich. Die Betrügereien sollen bis ums Jahr 1870 zurückdatiren. Die Unterschüsse wuchsen von Jahr zu Jahr, da die Zinsen nicht bezahlt und feld dem Kapital zugeschlagen wurden. Nur in den letzten Jahren sollen die Zinsen bezahlt sein, sodas der Fehlbetrag nicht anwuchs. Die Verheimlichung bei den jährlichen Revisionen soll in der nicht ungewöhnlichen Weise erfolgt sein, daß zwei verschiedene Listen geführt wurden. Waren die Posten auf der ersten Liste mit den Büchern verglichen, so wurde während einer Frühstücks-pause oder dergleichen die zweite Liste untergeschoben, welche gefälscht war. Wenn dann nach der Pause die Zahlen abdiert wurden, so stimmte die Hauptsumme mit dem Kassenehalt. Bei der Kasse sind rund 533 000 M. belegt, der Garantiefonds bezieht sich indeß nur auf 45 000 M. Es werden erste Versuche gemacht, den Fehlbetrag zu decken. Der Vorstand und die Garanten scheinen willig gewillt zu sein, bedeutende Opfer zu bringen, aber ob es indglichen sein wird, die immerhin recht beträchtliche Summe auszubringen, läßt sich noch nicht sagen. Niemand verleiht, in welcher Weise der große Unterschub entstanden ist, da Hans Lassen sehr einfach lebte. Inzwischen hat dieser neueste Bankrott in ganz Nord-schleswig das größte Aufsehen erregt und man fragt, was denn endlich geschehen kann und muß, um derartigen ungeheuerlichen Vorgängen mit Erfolg vorzubeugen.



Die höheren Töchter, jene Spezialität des bürgerlichen Deutschlands, haben gefährliche Konkurrentinnen bekommen. Seit einer Verfügung der Regierung zu Merseburg ist fortan die bisherige höhere Mädchenschule in Weissenfels als „gehobene Mädchenschule“ zu bezeichnen. Vielleicht übertrumpfen die „gehobenen Mädchen“ die „höheren Töchter“ noch in Geziertheit und Afterbildung.

Ein langjähriger Schwindsüchtiger. Aus Paris, 29. v. M., schreibt man dem „F. B. C.“: Präsident Faure dekorirte auf dem Bahnhof von Barceho den 104jährigen Baillob, welcher noch unter Bonaparte gekämpft und nach der Schlacht von Waterloo wegen hochgradiger Lungenschwindsucht heimgeschickt wurde.

### Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. M. Dieß Verlag) ist soeben das 22. Heft des 14. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Unparlamentarisches und Parlamentarisches. — Gewalt und Oekonomik bei der Herstellung des neuen Deutschen Reichs. Ein nachgelassener Aufsatz von Friedrich Engels. — Die Erblichkeitsfrage. Von Louis Hertler. — (Schluß). — Ein wenig neue Lichter. Von Ed. Bernheim. (Schluß). — Die Vorkämpfer in der Konfessionsindustrie. Von Berthold Demmann. — Familien: Natur. Erzählt aus dem heimischen Leben von Olga Koblantze. (Fortsetzung).

„Sozialer Praxis“, Zentralblatt für Sozialpolitik“ enthält in ihrer neuesten Nr. 25 folgenden lesenswerten Aufsätze: Die Parteien in Selbstbezeichnungen. I. Der Parteitag der älteren Christlich-Sozialen in Frankfurt a. M. Von G. v. Gersdorff. II. Die sozialistische Partei in Italien. Von Professor G. Salvetti. — Aus dem Reichstagen haben wir hervor: Sozialpolitische Gesetzgebung in Amerika 1886. — Natural-Verpflegung-Stationen und Provinzialverwaltung in Belgien. — Projekt einer Arbeiterkolonie in England. — Hamburger Arbeiterfrage. Von Dr. H. Weidner. — Städtisches Beschäftigungsproblem in Wien. — Christentum für die Lohnmann Arbeiter. — Die Reichstags-Verhandlungen im Jahre 1886. — Besprechung der evangelischen Arbeitervereine in Baden. — Reichstags-Bill für Bergarbeiter in England. — Das Selbstbestimmen nach Veranlassung der Eisenbahnen in der Schweiz. Von Stadtrat H. Stad. — Größtenteils aus Kranken-Asylen. — Uebernahme des Selbstbestimmens seitens der Berufsvereine. — Städtische und ländliche Gemeinden in der bayerischen Armen-Verwaltung. — Ueber die Armen in Mainz. — Altersversorgung in England. — Fortbildungsschulen in Preußen und in Hessen. — Volksschule für fessende Schulinder in Brien und Osnabrück.

„Süddeutscher Postillon“, die diesjährige Nummer des „Süddeutschen Postillon“ (Verlag v. Brach, München), wird vorwiegend dem Andenken der Kommune gewidmet sein.

„Neue Revue“, die diesjährige Nummer des „Neuen Revue“ (Verlag v. Brach, München) enthält in der 9. (7. Jahrgang) vom 26. Februar 1886 folgende Aufsätze: Dr. G. Langemann: Der Ausgleich mit Ungarn; G. Franzos: Der letzte Stand. — Das hohe Haus, parlamentarische Kämpfe (Konstantin Noke, Dr. Emanuel Loh, Dr. Gustav Groß); Dr. R. Schüller: Die Kassen eines Schulkindes; Dr. M. v. L.: Echter Ungarn und die Orientfrage; J. Fischer: Konjunktur; Literatur; Winternaturbilder aus der Zeit.

Von der Wiener Wochenschrift „Die Zeit“ ist soeben das 74. Heft erschienen. Aus dem Inhalt derselben heben wir hervor: Das sogenannte böhmische Staatsrecht. Von Professor Dr. Emil Wersche. — Das bürgerliche Gesetzbuch und das deutsche Parlament. Von Dr. J. Reuscher. — Die Wandarbeiter in Oesterreich. Von Dr. Stephan Bauer. — Die Finanzlage in den Vereinigten Staaten. Von Henryillard. — „Röntgenismus“, von

Professor Theodor Semper. — Jan Beschichte. Von Dr. M. Schwan. — Grillparzer als Lyriker. Von Heinrich Sulzbach. — Baden v. Krollen. Von Hermann Bahr. — Die Wache. — Bilder. — Ruine der Reue. — Der Traum eines biederlichen Menschen. Von F. M. Dohojewitz. — Das Bild im Bedröben. Von J. Warden d'Arcyville.

„Seltener Aufsatz an das deutsche Volk“, von Bülow. Braunschweig, Albert Lohmann.

„Praktische Rechtskunde für den Handelsverkehr im In- und Auslande“, von Schimmler. Berlin, Mittler u. Wiedebach.

„Die geschichtlichen Umstände der Amtsenthebung des Amtgerichtsraths Seidler“, von Seidler. Landsberg a. M. Kommissionsverlag von Friedr. Schäfer u. Co.

„Breviarium Juridicum“, von Adolphus Hansen. Verlag von Rosenbaum u. Hart, Berlin.

„Möden“, Modernes Schauspiel in 4 Akten von Max Kempner. Hochschül. Berlin und Leipzig, Trautwein'sche Buchhandlung.

„Kritische Erzählungen“, von Philipp Langmann. Leipzig, Robert Pfeife.

„Solon“, Schauspiel in 4 Aufzügen von Franz Schäfer. Karlsruhe, Buchverlag G. O. Meyer.

„Den Männern in's Ohr“, von Karl Konrad Wild. St. Gallen, Selbstverlag.

„Stuttgarter Epigramme“, von E. M. D. F. Berlin, Puffinger's Buchhandlung.

„Stellung der Privatdozenten“, von Jaström. Berlin, Rosenbaum u. Hart. Preis 1 M.

„Die deutsche Frau und das bürgerliche Gesetzbuch“, von Sulling. Berlin, Rosenbaum u. Hart.

„Sozialreform in Oesterreich“, von Dr. Leo Verkauf. Wien 1886, Erste Wiener Volksbuchhandlung (Jana Brand).

„Einleitung zur Geschichte der Mark-, Hof-, Dorf- und Stadt-Verfassung und der öffentlichen Gewalt“, von Georg Ludwig von Meurer. Wien 1886, Erste Wiener Volksbuchhandlung (Jana Brand).

### Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Vermutung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie vernachlässigt aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben Identifiziert zu werden.

### Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallerbeiter.

(G. S. Nr. 29 Hamburg.)

Am Sonntag den 1. März hielten die Beamten der 3., 4., 5. und 6. Wahl-Abtheilung im Röllig'schen Saale zu Berlin eine Versammlung ab, um Stellung zur diesjährigen General-Versammlung zu nehmen. Das Ergebnis derselben war: Nachstehenden Kurus an die Mitglieder zu erlassen:

Mitglieder! Nur wenige Monate trennen uns von der diesjährigen Generalversammlung, deshalb erscheint es notwendig, daß wir Klarheit unter uns schaffen, in welcher Form die Delegirten auf derselben zu wirken haben. Insbesondere wird es der § 10 Abs. 6 des Statuts sein, welcher seit seinem Entstehen zu lebhaften Klagen Veranlassung gegeben hat und deshalb einer eingehenden Diskussion werth erscheint. Wohl keiner der Delegirten, welche in Wachsenburg für den Zusatzantrag des Vorstandes stimmten, haben geahnt, daß er in so scharfer Weise seitens des Vorstandes gehandhabt

werden würde. Die rückwirkende Kraft dieses Paragraphen ist in unserem Zeitalter unhaltbar und giebt zu juristischen Fingirtheiten Anlaß. Die Folge davon ist eine große Rechtsunsicherheit unter uns Mitgliedern. Wir verlangen deshalb eine klare Form, da das Statut unser Gesetz ist. Allerdings werden durch Erfüllung der gesetzlichen Bestimmungen bezüglich des Reservefonds große Anforderungen an die Kasse gestellt und muß das Augenmerk des Vorstandes darauf gerichtet sein, die aufgetragenen Beiträge zweckentsprechend zu verwenden; aber keineswegs dürfen wir dulden, daß ein Ausgleich der Finanzen auf Kosten unserer langjährigen Mitglieder stattfindet. Daß dies geschehen, kann durch eine Anzahl von Fällen bewiesen werden. Aber nicht nur in unseren Wahl-Abtheilungen, sondern auch in den übrigen ist eine Mißstimmung über die dehnbare Anwendung des § 10 Abs. 6 des Statuts vorhanden. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, Euch aufzufordern, den gewählten Delegirten das hierauf bezügliche Material mitzugeben, damit eine rege Aussprache und eine durch Meinungen geklärte Beschlußfassung stattfinden kann.

Die Lösung unserer Vertreter auf der diesjährigen Generalversammlung muß sein: Fort mit dem Zusatzantrag des Abs. 6 zu § 10 des Statuts.

Mit Gruß!  
Die Beamten der obigen Wahl-Abtheilungen.  
J. A. A. Meyer, Uferstr. 21, Berlin N.  
Alle arbeiterfreundliche Blätter werden ersucht, vorstehenden Kurus abzufragen.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Schilke (zwei Buchstaben oder eine Post anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll).

Die juristische Sprechstunde findet am Montag Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6-7 Uhr statt.

M. P., Frankfurt a. M. Die Firma ist betreffs der Inspektion vorgemerkt worden. Weiteres können wir in diesem Falle nicht thun.

W. T. Rein. — M. L. 311. 1, 2 und 3: Rein. 4. Strafantrag und Klagen. Das Recht zum Besuch der Sprechstunde steht jedem Abonnenten ohne vorherige Anmeldung frei. — M. F. 19. Zum Verkauf des Bieres an einen Fremden ist der Wirth nicht verpflichtet. In der Art der Weigerung kann aber eine Beleidigung erblickt werden. — Max Wöllner. 1. Nichten Sie das Gesuch um Aufnahme in den preussischen Staatsverband an den Polizeipräsidenten. 2. Rein. — E., Fürstentum 2. 1. Rein. 2. Das hängt von der bei Beginn des Arbeitsvertrages geschlossenen Vereinbarung ab. — R. T. Ch. 14. An das Bezirkskommando. — G. C. Rein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Freitag, den 6. März.

Opernhaus. Der Dampf.

Schauspielhaus. 1812.

Deutsches Theater. Don Carlos.

Lesing-Theater. Comtesse Guicci.

Berliner Theater. Freund Fritz.

Neues Theater. Der Erdbeber.

Residenz-Theater. Hotel zum Freis.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Hungerleider.

Schiller-Theater. Ein toller Einfalt.

Theater hinter den Linden. Die schöne Helena.

Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.

Central-Theater. Eine tolle Nacht.

Salle - Alliance - Theater. Wöfe haben.

Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Lämmer. Vorher: Pitts.

National-Theater. König Heinrich.

American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

### National-Theater.

Große Frankfurterstrasse 132.  
Direktion: Max Samst.

Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.

König Heinrich

Tragödie in 5 Akten und einem Vorspiel von Friedrich Heibig.  
Regie: Max Samst.  
Morgen: Dasselbe Vorstellung.

### Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten von Brandon Thomaß. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.

Vorher: Die Bajazzi.

Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von G. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Dasselbe Vorstellung.

### Central-Theater.

Alle Jakobstr. 30.

Freitag, d. 6. März 1886:

Emil Thomas als Gast.

Sum 181. Male:

Eine tolle Nacht.

Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern, von Jul. Freund und Wilh. Mannstädt.

Musik von Jul. Einödhofer.

Anfang 1/2 8 Uhr.

Morgen Sonnabend u. folgende Tage: Eine tolle Nacht.

### Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)

Freitag, abends 8 Uhr: Ein toller Einfalt.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Graf v. Hammerstein.

### Alexanderplatz-Theater.

Heute 8 Uhr: Zum 138. Male: Die kleinen Lämmer.

Von der gesammten hiesigen Presse als die beste Novität der Saison anerkannt.

Vorher: Pitts.

Operette von Löwenfeld.

### Apollo-Theater

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glöck.

Eugenie

FOUGÈRE,

die unerreichte franz. Excentrique.

Fritzi Ferry,

die pikante Wiener Excentrique.

Eugenie Laugé,

Phänomonale Instrumentalstin und

30 Künstler I. Ranges.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

### Eden-Theater.

Vogler's Welt-Restaurant

97. Dresdenerstr. 97.

Im vorderen Saal täglich: Weltberühmte Tyroler - Sänger - Gesellschaft

Almenrausch u. Edelweiss.

Direktion: Alois Ebner.

Entrees vollständig frei!

Im Theater-Saal: Sensationelles März-Programm! Bestes Ensemble Berlins! Auftreten sämtlicher neu engagierter Spezialitäten. Nur hochkomische Nummern! Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr.

### Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater.

Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).

Neu! Neu!

Familie Schenk — (5 Personen).  
Troppe Marvell — (6 Personen),  
darunter d. kleinste u. jüngste Clown der Welt — Alexis —  
Geschw. Stuzky — sächs. Orig. —  
Jug-Duett.

Neu! Neu!

Schnapphahn, Pinke u. Schraube!  
Posse in 1 Akt v. H. Anno.

Entree: Wochent. 10 Pf., Anf. 8 U.  
Sonntags 30 „

R. Winkler.

### Urania

Anstalt für volkstümliche Naturkunde.

Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).

Geöffnet von 5-10 Uhr.

Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.

Näheres die Anschlagzettel.

### I. Rennen in Carlshorst

Jeden Abend das urkomische Purzelbaum-Jockey-Rennen

Kaufmann's Variété-Theater

Königsstrasse, Colonnaden.

Das neue Programm hat gelacht.

Der singende Hahn C. C. XX-Strahlen

von Stephanis & Behrens.

Hokus, Pokus von Joe Marro.

Charley's Tante v. Max Menzel.

Das Unikum Schindler.

1000 Köpfe hat Räuschie.

### Passage - Panopticum.

Letzte Woche! Affentheater und Circus.

Ohne Extra-Entree.

Soldaten und Kinder 25 Pf.

Vorfr. 5 1/2 und 8, Sonntags 4, 6, 8 Uhr

### Parodie-Theater.

Oranienstrasse No. 52 am Morichplatz.

Freitag, den 6. März:

1. König Heinrich. Bildromant. Schauspiel von Ernst v. Sanftenbruch.

2. Gräfin Ilse, Das wilde ober der Trompeter von Wils. Nach Dr. Frh. Friedmann's Kriminal-Drama.

3. Zschewe, das Waldmädchen.

Anfang 7 1/2 Uhr. Wochentags 8 Uhr.

### Castan's Panopticum.

Neu!! Neu!! Neu!!

Die getigerten 3 Grazien!!

aus Central-Afrika, die neuesten Weltwunder!

### Neuer Circus.

Circus Busch (Bahnhof Börse).

Freitag, 6. März, abds. 7 1/2 Uhr:

Gr. humoristische Vorstellung.

Sensationeller Erfolg: Die Jagd nach d. Glück.

Zum Schluß: Ein wirklicher Schiffsuntergang in 20 Fass Wasser.

Außerdem: Die amerikan. Freunde, höchst komische Episode. Bros. Dux, die lustigen Chinesen. Der Clown Mr. Voldemann u. f. verunglückten Hut. 8 non dress. Fuchshongste u. equestr. Arrangement v. 100 Hengsten, vorgef. v. Direktor Busch. Die Troika, dress. u. ger. v. Herrn Footit-Burghardt. The Rudolf's, die besten Reckturner d. Welt.

Sonnabend: Die Jagd nach dem Glück.

Sonntag, Nachm. 4 Uhr: Auf altem Wunsch: Zschewe, das Waldmädchen.

Abends 7 1/2 Uhr: Die Jagd nach dem Glück.

### Victoria-Brauerei

Lützowstrasse III/112.

Heute Freitag:

Stettiner Sänger

(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)

Neu! Neu!

Cavalleria schufticana.

(Die Ehre des Schabbejacks.)

Romantisch diabolisch infernalisches Oper von Ferd. Meysellino.

Anf. präg. 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (f. Platze).

Sonnabend: Friedrichshagen. „Zur goldenen Krone.“

### Arbeiter-Festlichkeiten.

Empfehle zu Partei- und Vereins-Festlichkeiten mein großes Lager von Complots, Soloflenen, Männerchören, Liedern, Duets, Terzets, Ensembles, lebenden Bildern und Theaterstücken, politischen, ernsten und humoristischen Inhalts (circa 100 eigene Verlagsnummern), Kataloge auf Wunsch gratis und franko! Ansehenssendungen bereitwillig! Neu erschienen: Durj's Telephon, Preis 1,50 M., Porto 5 Pf. Tassalle im Polizeigewahrnsam, Humor-Ensemble für 11 Herren mit Gesang (auch Männerchor), Preis 2,80 M., Porto 10 Pf. Der Agitator, soziales Bild in 2 Aufzügen von G. Pfeiffer, Preis 40, Porto 5 Pf., 10 Wäcker als Rollen mit Porto 3,60 M., 6 Herren, 3 Damen (Dekor. Zimmer).

A. Hoffmann's Verlag, Berlin O., Blumenstr. 14. Fernsprech-Amt VII, No. 39/8.

### Seifen-, Licht- u. Sodafabrik

18 Detail-Geschäfte. M. Reich & Co., Gr. Frankfurterstr. 43.

vertreten fast in allen Pössgen der Berliner Markthalen, sowie Alte Jakobstr. 45, Gr. Frankfurterstr. 43, Krautstr. 48, Badstr. 12.

Spezialitäten eigener Fabrikation zu sehr billigen Preisen: 45002

2 Pfd. Haselöl für 25 Pf., 1 Pfd. 18 Pf.  
2 Pfd. Terpentin, f. 35 Pf., 1 Pfd. 18 Pf.  
1 Pfd. gelbe Schälseife . . . 17 Pf.  
1 Pfd. Hausseife für 30, 35, 40, 45 Pf.  
Transparent, Seife zu sehr bill. Preisen.

Anerkannt gute Toiletteseifen.  
Glycerinseife in Kiesel . . . 18 Pf.  
Glycerinseife . . . 4 Stück 50 Pf.  
Familienseife . . . 3 Stück 40 Pf.  
Salm.-Terp.-Seifenpulv. 1 Pfd. 18 Pf., giebt blendend weisse Wäsche.

Künstl. Zähne 2 M. Schmerzloses Zahnziehen u. Nervödten 1 M. Plomb. 1,50. Rep. sof. Theilzahlg. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-7 Uhr

### Möbel, Spiegel und Polsterwaren,

Empfehle allen Genossen meine (45372\*) G. Röseler, Brandenburgerstr. 25.



## Abgeordnetenhaus.

35. Sitzung vom 5. März, 11 Uhr.

Am Ministerliche Kultusminister Dr. Voffe und Kommissarien.

Eingegangen ist ein Nachtrags-Etat betr. die pensionsfähige Zulage (4000 M.) für einen Geh. Staatsarchivar als zweiten Direktor.

Die Beratung des Kultus-Etats wird bei dem Kapitel „Katholische Geistliche und Kirchen“ fortgesetzt.

Bei dem Kapitel 113a (für den altkatholischen Bischof) erklärt

Abg. Danzenberg (Z.): daß die schroff ablehnende Haltung des Ministers während der fünfjährigen Debatte das Vertrauen des Zentrums nicht nur erschüttert habe, sondern dasselbe vollständig verloren gegangen sei. — Redner legt dann an einzelnen Beispielen dar, daß die Aufwendungen für katholische Geistliche ungemein knapp bemessen seien.

Minister Dr. Voffe: Sie sollten doch bedenken, daß durch ein zu weitgehendes Entgegenkommen meinerseits gegenüber den Wünschen der Katholiken  $\frac{2}{3}$  der Bevölkerung, alle Evangelischen sich verkehrt fühlen. (Sehr richtig!) Streitige Ansprüche auf Kosten der Steuerzahler zu erledigen, halte ich für unrecht. Ich thue meine Schuldigkeit ohne Rücksicht auf Ihre Vertrauen oder Mißtrauen. Ich fürchte nur zwei Dinge: Gott und mein Gewissen, und dafür sollten Sie (im Zentrum) doch auch einiges Verständnis haben. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Danzenberg (Z.): Es handelt sich in den angeführten Fällen gar nicht um freitragende Ansprüche, sondern um solche, die aus der staatlichen Anerkennung der Gemeinde folgen. Es handelte sich um Kirchenbauten für arme Gemeinden.

Regierungs-Kommissar Geheimrath Vartsch: Das Bedürfnis war in dem betreffenden Falle von der Regierung vereint worden.

Abg. Graf Strachwitz (Z.) bekämpft die Ausgabe für den altkatholischen Bischof. Der Staat müsse logischerweise die freireligiöse Bewegung dann auch unterstützen, denn diese hat für die evangelische Kirche die gleiche Bedeutung, wie die Alt Katholiken für die Römisch-Katholischen. Er beantragt Streichung der Position, da ein Bedürfnis für dieselbe nicht vorliege.

Minister Dr. Voffe: In den kirchlichen Konflikt zwischen der katholischen Kirche und den Alt Katholiken mischt sich die Regierung heute so wenig wie früher.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) stimmt dem Minister bei.

Abg. Dr. Vorsch (Z.): Der Kirchengebrauch durch Alt Katholiken ist nicht berechtigt.

Minister Dr. Voffe: Wir bemühen uns besondere Räume für den altkatholischen Gottesdienst zu finden. Den gleichen Eid, wie ihn die katholischen Bischöfe leisten, können wir von dem altkatholischen Bischof nicht fordern, denn es wird darin Gehorsam gegen den Papst gelobt.

Abg. Graf Limburg-Sturum (L.) will einige formelle Zugeständnisse bei dem Titel machen, um die Empfindungen der Katholiken nicht zu verletzen.

Der Titel wird gegen die Stimmen des Zentrums bewilligt.

Abg. Kratwinkel (ul.) wünscht Vermehrung und Besserstellung der Provinzial-Schulräthe.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Stander: Eine Aufbesserung dieser Beamten ist bereits vor einiger Zeit erfolgt; eine weitere Aufbesserung würde bei der Mangellage der Beamten zur Zeit nicht durchführbar sein.

Abg. v. Cohnen (natl.) tritt für die Aufbesserung ein.

Bei dem Kapitel „Universitäten“ wünscht

Abg. Dr. Friedberg (natl.) Alterszulagen für die Professoren, Beschleunigung der Universitätsreform und Förderung der Kuratorensache. Redner erörtert sodann die sogenannten Straßprofessuren, anschließend die Bonner Vorlesungsinstitute. Hier habe der Minister durch Berufung eines Konkurrenten gegenüber zwei mißliebigen Professoren eine bedauerliche Schwäche gezeigt. In Marburg ist ein orthodoxer Pastor eines kleinen Ortes als Professor berufen unter Uebergehung sämtlicher Dozenten. Das ist bereits der vierte derartige Fall, wo das Recht der Fakultäten, ihre Mitglieder frei zu wählen, unbeachtet bleibt. Der Berufene gehört der streng lutherischen Richtung an, die Universität Marburg ist reformirt. Will der Minister in streng orthodoxen Universitäten, z. B. in Greifswald, die freie Richtung zulassen?

Minister Dr. Voffe: Straßprofessuren giebt es bei uns nicht; es ist das ein sehr unglücklicher Ausdruck. Unsere Professuren werden lediglich nach dem wissenschaftlichen Bedürfnisse besetzt. Das ist auch in Bonn und Marburg geschehen. Ich bin ein ausgesprochener Vertreter der akademischen Lehrfreiheit, auch der theologischen; aber ich muß für den genügenden Nachwuchs der verschiedenen kirchlichen Richtungen sorgen. Das ist kein Eingriff, sondern eine notwendige Ergänzung der Lehrfreiheit. In Bonn war ein Mangel an Lehrkräften positiver Richtung eingetreten. Die kritische Richtung überwiegt. Die Folge war ein auffälliger Rückgang in der Frequenz der theologischen Fakultät und da benutzte ich die Gelegenheit, um die Befetzung einer Professur mit einem Professor rechtgläubiger Richtung vorzunehmen, dem es auch gelungen ist, das volle Vertrauen seiner Schüler zu erlangen. Das Recht der Professoren-Berufung liegt bei Ordinariaten dem Könige, bei Extra-Ordinariaten mir ob und das ist ein Glück, denn die freie Entschliebung der Fakultäten würde leicht Folgen haben, die Herr Friedberg am wenigsten gefallen würden. Nicht nach Willkür, sondern nach festen Grundsätzen wird die Berufung gehandhabt. Uebrigens sind zu allen Zeiten Professoren gegen den Willen der Fakultäten berufen, so zum Beispiel Tholud, Helmholz, Ranke und viele andere. Die Bezeichnung Marburg als reformirte Universität ist mindestens bedenklich. Einseitige Entwicklungen der Fakultäten sind mit der Freiheit der Wissenschaft unverträglich und deshalb halte ich es für meine Aufgabe, in solchen Fällen dagegen einzuschreiten.

Abg. Weyerbusch (fr.) billigt das Verhalten des Ministers.

Abg. Rückhoff (fr.) stimmt ebenfalls dem Minister bei.

Abg. Dr. Virchow (fr. Sp.): Der Minister braucht ja nicht immer die Vorschläge der Fakultäten zu genehmigen, aber als Regel solle das doch gelten. Friedrich Wilhelm I. ernannte eine völlig ungeeignete Person zum Mediziner und wenn der Minister einmal gegen einen ähnlichen Willen anzukämpfen haben sollte, so wird ihm das nicht leicht werden. Preussische Tradition ist das aber nicht, ebenso wenig wie die vom Altreichskanzler durchgeführte Ernennung eines wenig beliebten Medizinalprofessors.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Althoff: Im allgemeinen wird ja nach Virchow's Vorschlägen verfahren. Finanziell schlecht gestellt sind die Universitäten nicht; so erspart ja auch Herr Virchow jährlich mehrere tausend Mark bei dem von ihm verwalteten pathologischen Institut, wofür wir ihm sehr dankbar sind. (Heiterkeit.)

Abg. Damin (L.) bittet den Minister, auf dem betretenen Weg fortzufahren.

Das Haus vertagt sich, nachdem dem Vorschlage des Präsidenten gemäß der eingangs erwähnte Nachtrags-Etat widerprüchlos ohne besondere erste Lesung an die Budgetkommission verwiesen war.

Der Präsident kündigte für Montag und Dienstag Abend-Sitzungen an, wenn die Beratung kein schnelleres Tempo annimmt.

Morgen 11 Uhr: Fortsetzung der Beratung.

Schluß 4 Uhr.

## Soziale Uebersicht.

### Rechnungsergebnisse des Reichs-Versicherungsamts.

Im Jahre 1895 betrug nach einer vorläufigen Ermittlung die Zahl aller bei den Berufs-Versicherungsämtern, Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden zur Anmeldung gelangten Unfälle 309 468, die der Entscheidung bedürftigen Unfälle 75 954, von denen 6290 den Tod, 2129 eine dauernde, völlige, 42 447 eine dauernde theilweise Erwerbsunfähigkeit und 25 068 eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten. Die im Jahre 1895 verausgabten Entschädigungen (Renten etc.) betragen nach einer vorläufigen Ermittlung 50 172 082 M. Im Jahre 1894 betragen die Entschädigungen 44 281 786, 1893: 38 163 770, 1892: 32 340 178, 1891: 26 426 377, 1890: 20 315 320, 1889: 14 464 303, 1888: 9 681 447, 1887: 5 932 930, 1886: 1 915 366 M. Entschädigungen (Renten etc.) wurden im Jahre 1895 gezahlt oder angewiesen an: 277 133 Verletzte, 29 071 Wittwen-Geldbezieher, 54 356 Kinder-Geldbezieher, 1052 Abgonderten-Geldbezieher; daneben erhielten ferner im Jahre 1895: 1507 Ehefrauen, 17 437 Kinder und 218 Abgonderten als Angehörige von Verletzten, die in Krankenhäusern untergebracht waren, die gesetzlichen Unterstüzungen gezahlt oder angewiesen, so daß im Berichtsjahre zusammen 383 184 Personen der Wohlthaten der Unfallversicherung theilhaftig geworden sind.

### Gegen die Kellnerinnen richtete sich eine Versammlung Leipziger Kellner, die, wie es scheint, auf Betreiben der sogenannten „Inneren Mission“ einberufen war. Der Referent sowohl als auch der nachfolgende Redner, ein Pastor Koch, plädieren für die Befreiung der Kellnerinnen aus „sittlichen“ Gründen. Namentlich wandte man sich gegen die Beschäftigung von Kellnerinnen auf der nächstjährigen Industrie-Ausstellung in Leipzig. Die Versammlung beschloß, sich petitionirend an den Rath der Stadt zu wenden und zu verlangen, daß bei Schließfesten und Ausstellungen Kellnerinnen zur Bedienung der Gäste nicht mehr zugelassen seien. — Wenn auch das Kellnerinnenwesen, wenigstens soweit Norddeutschland in Betracht kommt, zum großen Theil auf unsittlicher Basis beruhen mag, so ist der im vorstehenden bezeichnete Weg doch keineswegs der richtige. Das Vorgehen der Leipziger Kellner scheint übrigens weniger von sittlichen Bedenken, als vielmehr vom gewöhnlichsten Egoismus diktiert zu sein.

### Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Fürsorge für erkrankte Dienstboten ist der braunschweigischen Landesvertretung zugegangen. Er lautet:

§ 1. Durch Orts- oder Kreisstatut kann bestimmt werden, daß Dienstboten, welche gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt werden und deren Beschäftigung nicht durch den Dienstvertrag auf einen Zeitraum von weniger als eine Woche beschränkt ist, soweit sie nicht bereits nach dem Gesetz vom 29. Mai 1890 Nr. 20 krankenversicherungspflichtig sind, der Krankenversicherungspflicht nach Maßgabe des Reichs-Krankenversicherungsgesetzes unterliegen.

§ 2. Hinsichtlich aller krankenversicherungspflichtigen Dienstboten besteht eine Verpflichtung der Dienstherrschaft zur Kranken- und Uebernahme der Kosten für Arzt und Arzneien, sowie zur Zahlung von Lohn und Gewährung von Kost während der Dauer der Erwerbsunfähigkeit, nicht.

§ 3. Nicht krankenversicherungspflichtigen erkrankten Dienstboten hat die Dienstherrschaft bis zur Beendigung der Dienstzeit, längstens jedoch auf die Dauer von 4 Wochen vom Tage der Erwerbsunfähigkeit an, bei Fortzahlung des Lohnes freie Verpflegung (einschließlich ärztlicher Behandlung und Lieferung der Arznei) zu gewähren.

§ 4. Die entgegenstehenden Bestimmungen der Gesunde-Ordnung werden aufgehoben.

Das Ministerium bemerkt zu diesem Gesetzentwurf: „Wir hatten zunächst eine gesetzliche Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf alle Dienstboten beabsichtigt, haben in dessen hiervon insbesondere mit Rücksicht auf den Wunsch des hiesigen (Braunschweiger) Stadtmagistrats Abstand genommen, welcher in Uebereinstimmung mit der herzoglichen Polizeidirektion für die hiesige Stadt ein Bedürfnis zu solcher Maßregel nicht anerkennen zu können glaubte.“

Diese Nachgiebigkeit des Ministeriums liegt um so weniger im Interesse der Dienstboten, als die „Gerrichten“ nach dem Gesetzentwurf nicht länger als 4 Wochen verpflichtet sind, ihnen freie Verpflegung, Arzt und Medizin zu gewähren. Abgesehen davon, gebührt dem Ministerium Anerkennung, daß es die Fürsorge für erkrankte Dienstboten gesetzlich zu regeln sucht.

### Ein Gewerbegericht soll nun auch in Ludwigslburg (Warttemberg) ins Leben gerufen werden, nachdem die Arbeiter sich beschwerdeführend an die Kreis-Regierung wandten. In ihrer letzten Sitzung beschloßen die bürgerlichen Kollegien, ein Ortsstatut für ein Gewerbegericht ausarbeiten zu lassen. Des weiteren wurde die Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes beschloßen. — Es bestehen jetzt in Württemberg Gewerbegerichte in allen Städten mit über 15 000 Einwohnern.

### Arbeitszeit der städtischen Arbeiter in Paris.

Die französische Regierung hat kürzlich den Beschluß des Gemeinderathes von Paris vom 18. Juli 1895 betreffend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter genehmigt. Darnach werden dieselben monatlich angestellt und aller 14 Tage bezahlt. Für die Handwerker beträgt die tägliche Maximalarbeitszeit 10, für die Arbeiter, Zährbeiter, Wächter u. s. w. 11 Stunden. Außer einem Ruhetag in der Woche haben alle ständig Beschäftigten je 10 Tage Ferien im Jahr unter Fortbezug des vollen Lohnes. Im Krankheitsfall bezieht der Arbeiter den vollen Lohn während eines ganzen Jahres. Dauert die Krankheit länger, so wird untersucht, ob er noch weiter den ganzen Lohn oder einen Theil desselben erhalten oder pensionirt werden soll.

## Gewerkschaftliches.

### Achtung, Zimmerer Berlins und der Umgegend! Auf der Liste der Firmen, die nicht bewilligten, sind noch zu streichen: Fichel, Danzigerstraße; Fritzsche, Dönhofsstr. 140; Goebel, Lothringersstr. 73; Heinschke, Schwanenstr. 9; Hoppe, Dunderstraße 2; Kuffin u. Co., Beusselstr. 39; Paul, Elbingerstraße 10; Schubert, Groß-Wörchenstr. 21; Trinkauf, Sennfelderstr. 41; Wagentrecht und Göddke, Nimmelsburg.

Der Zimmermeister Reinhardt, Thurnstr. 61, hat sein Wort schon wieder gebrochen, indem er die in allen Geschäften, auch im Winter am Sonnabend übliche einständige Mittagspause in eine halbstündige unwandeln wollte; seine sämtlichen

Zimmerer haben deshalb die Arbeit wieder niedergelegt. Wir bitten, dieses zu beachten. Die Lohnkommission der Berliner Zimmerleute.

### Die Stellmacher Berlins haben sich jetzt aufgerafft, um zu versuchen, ob sie ihre Lage verbessern können. Die letzte sehr gut beachtete Versammlung hat gezeigt, daß die große Mehrzahl gewillt ist, für eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung einzutreten. Der Beschluß der Versammlung, bei der gewählten Kommission Gelder zum Zweck einer Lohnbewegung zu sammeln, ist auch recht rege befolgt worden; wir haben in der ersten Woche ein gutes Resultat zu verzeichnen. Zwar fehlen noch einige Werkstätten, aber wir hoffen bestimmt, daß auch diese Einnahmen sich noch einstellen werden. Es gilt jetzt, die günstige Konjunktur, die uns die Gewerbe-Ausstellung bietet, auszunutzen; allen Anzeichen nach zu urtheilen, werden wir nach kurzem Kampfe den Sieg erringen. Nöthig ist dazu, daß diejenigen auswärtigen Kollegen, die gewillt sind, jetzt nach Berlin zu kommen, sich das überlegen. Möge ein jeder von ihnen seine Schuldigkeit thun. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Die Lohnkommission. J. K.: Friedrich Michels, Sebastianstr. 1, 4 Tr.

### Für den Kongress aller auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Handlungsgehilfen und Gehilfen, der am 5. und 6. April in Berlin in der Berliner Ressource, Stallschreiberstraße 43, tagt, ist die Tagesordnung vorläufig wie folgt festgesetzt: I. Geschäftsbericht der Agitations-Kommission. II. Unsere Taktik. III. Unsere Forderungen: 1. Unsere Stellung zur Versicherungs-Gesetzgebung. 2. Sonntagsruhe. 3. Einführung einer einheitlichen Geschäftsschlußstunde. 4. Stellung der Handlungsgehilfen unter die Gewerbe-Ordnung. 5. Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die Handlungsgehilfen. 6. Weiterer Ausbau der Kranken- und Unfallversicherung auf alle Handlungsgehilfen. 7. Die Beurlaubungsfrage. 8. Einführung einer Minimal-Kündigungsfrist. 9. Unterthänigung bezw. Versicherung gegen Stellenlosigkeit. IV. Unsere Presse.

Im Anschluß an diese Mittheilung ersucht die Agitations-Kommission der Handlungsgehilfen Deutschlands alle Kollegen, die bis jetzt zur Wahl von Delegirten noch nicht geschritten sind, dies schleunigst nachzuholen. Die Wahlen sind entweder in öffentlichen Versammlungen vorzunehmen oder durch Sammlungen von Unterschriften zu bewerkstelligen (in keinem Falle dürfen Delegirte in Vereinsversammlungen gewählt werden). Die Namen der gewählten Delegirten sind dem Kollegen August Penn, Berlin NO., Friedenstr. 46, mitzutheilen; an ihn sind auch alle dem Kongress betreffende Anfragen zu richten. Dergleichen wird gebeten, Anträge und Resolutionen möglichst bis 10. März an dieselbe Adresse zu senden.

## Soziale Rechtspflege.

### Die Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts.

Im Jahre 1895 wurden beim Reichs-Versicherungsamt in Sachen der Unfallversicherung 7806 Refurssachen anhängig, wozu noch 3327 unerledigt aus dem Vorjahr übernommene kamen, sodas im ganzen 11 133 Refurssachen zu bearbeiten waren. Von diesen waren eingelegt von den Versicherten 9151, von den Berufs-Versicherungsämtern und Ausführungsbehörden 1982. Von den Refurssachen wurden erledigt durch Urtheil 7351, durch Beschluß wegen formeller Mängel 767, auf andere Art (Zurücknahme, Vergleich etc.) 235, zusammen 8353, sodas 2780 unerledigt blieben. Bei den durch Urtheil erledigten 7351 Sachen wurde in 5420 Fällen der Refurss, der in 4642 Fällen von den Versicherten und in 788 Fällen von den Berufs-Versicherungsämtern eingelegt war, zurückgewiesen; stattgegeben wurde dem Refurss der Versicherten in 1820 Fällen, der Berufs-Versicherungsämtern in 601 Fällen, zusammen in 1921 Fällen. Unter der Gesamtzahl der eingelegten Refurss befinden sich 2355 landwirthschaftliche Refurss, von denen 1717 erledigt wurden. An ausschließlich dem Reichs-Versicherungsamt nachgeordneten Schiedsgerichten waren im Jahre 1895 1266 vorhanden, bei denen im ganzen 33 553 Berufungen anhängig wurden. Diefem gegenüber stehen 81 177 berufungsgerichtliche (ausführungsbehördliche) Bescheide, durch welche erstmalig Renten festgesetzt oder abgelehnt, und 62 606 Bescheide, durch welche laufende Renten abgeändert worden sind, zusammen 143 783 Bescheide.

### In Sachen der Invaliditäts- und Altersversicherung beträgt die Zahl der im Jahre 1895 bei dem Reichs-Versicherungsamt anhängig gewordenen Revisionen 3606, von denen 2092 in Invalidenrenten-Sachen, 1493 in Altersrenten-Sachen und 21 in Beitragverfallungs-Sachen eingelegt wurden. Unerledigt aus dem Jahre 1894 übernommen sind 500 Invaliden- und 401 Altersrenten-Sachen, so daß im ganzen 4507 Sachen zu bearbeiten waren. Von den 3606 neu eingelegten Revisionen wurden eingelegt von den Versicherten 2643, von den Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen 780, von den Staatskommissaren 174. Von den Revisionen wurden erledigt durch Urtheil nach mündlicher Verhandlung 2734, durch Urtheil ohne mündliche Verhandlung wurden zurückgewiesen 477, auf andere Art (durch Zurücknahme, Vergleich u. s. w.) wurden erledigt 215, zusammen 3426, so daß unerledigt blieben 1081 Revisionen. Von den durch Urtheil nach mündlicher Verhandlung erledigten 2734 Revisionen wurden 1826 Revisionen zurückgewiesen; stattgegeben wurde den Revisionen der Versicherten in 840 Fällen, der Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen in 480 und der Staatskommissare in 88, zusammen in 908 Fällen.

### In den ersten Monaten des Jahres 1896 befanden im Reich 624 auf grund des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes errichtete Schiedsgerichte, von denen 604 auf die 31 Versicherungsanstalten, 20 auf die 9 besonderen Kasseneinrichtungen entfallen. Die Zahl der letzteren Schiedsgerichte ist durch die Reorganisation der preussischen Staatseisenbahn-Verwaltung um 9 vermehrt worden. Ebenso trat am 1. Juli 1895 in Preußen in den Bezirken zahlreicher Schiedsgerichte der Versicherungsanstalten insofern eine Aenderung ein, als, während bisher fast für jeden Kreis ein Schiedsgericht bestand, mehrere Kreise, insbesondere Stadt- und Landkreise oder benachbarte Kreise, zu einem Schiedsgerichtsbezirk vereinigt wurden. Infolge dessen beträgt die Zahl der Schiedsgerichte im Reich seit dem 1. Juli 1895 528, von denen 499 auf die 31 Versicherungsanstalten, 29 auf die 9 besonderen Kasseneinrichtungen entfallen.

### Während im ganzen Jahre 1895 insgesamt 34 847 Ansprüche auf Altersrente erhoben worden sind, von denen, einschließlich der aus dem Vorjahre unerledigt übernommenen 3268 Altersrenten-Ansprüche, 27 586 von den Versicherungsanstalten etc. anerkannt, 7598 zurückgewiesen, 1571 anderweitig erledigt und 3360 unerledigt auf das Jahr 1896 übernommen wurden, und während ferner im ganzen 73 710 Ansprüche auf Invalidenrente geltend gemacht worden sind, von denen — einschließlich der aus dem Vorjahre unerledigt übernommenen 7399 Invalidenrenten-Ansprüche — 54 424 von den Versicherungsanstalten etc. anerkannt, 14 454 zurückgewiesen, 3611 anderweitig erledigt und 8620 unerledigt auf das Jahr 1896 übernommen wurden, sind bei den Schiedsgerichten 18 819 Berufungen anhängig geworden, und zwar in Invalidenrenten-Sachen 11 873, in



Alterrenten-Sachen 6449 und wegen Erstattung von Beiträgen gemäß §§ 80 und 81 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes 497 Verurteilungen. Von den Versicherten oder deren Hinterbliebenen sind erhoben 18 262, von dem Staatskommissar 537, von beiden Seiten 20 Verurteilungen.

Von der Gesamtzahl der anhängig gewordenen 18 819 und der aus dem Vorjahre unerledigt übernommenen 4756 Verurteilungen sind erledigt: durch rechtskräftigen Ablehnungsbescheid des Vorstehenden 1311, durch Vergleich oder Zurücknahme der Verurteilung 2985, durch Entscheidung des Schiedsgerichts 13 287 und auf andere Weise 860 Verurteilungen. Unerledigt blieben 6212 Sachen.

**Gegen den königlich preussischen Eisenbahn-Fiskus,** vertreten durch die Eisenbahn-Direktion Berlin, klagten die Hinterbliebenen des Streckenarbeiters Franke auf Gewährung einer Rente. Die Kläger sehen darin einen Betriebsunfall, daß ihr Ernährer am 3. Januar 1895, auf dem Heimwege vom Friedrichshagen Bahnhof nach seinem Wohnorte Köpenick begriffen, von einem Schnellzuge zermalmt wurde. Die Eisenbahn-Direktion und auch die Berufungsinstanz hatten durch Abweisung der Ansprüche aber ihre gegentheilige Auffassung ausgedrückt. In der Begründung des Bescheides wurde besonders hervorgehoben, daß der Verunglückte verbotswidrig Weise das Bahnplanum auf dem Heimwege benutzte und schon dadurch sich außerhalb des Betriebsbannes gesetzt habe. Das Rektorsgericht glaubte durch Veranlassung einer Beweiserhebung der Behauptung der Kläger Rechnung tragen zu müssen, daß Franke ohne Benutzung des Bahnplanums nicht hätte nach Hause kommen können. Es wurde festgestellt, daß die Chauffee von Friedrichshagen nach Köpenick vom Bahnhof Friedrichshagen aus, auf dem Franke am fraglichen Tage mit dem Enternen von Schnee beschäftigt worden war, leicht zu erreichen ist. Ferner wurde dargelegt, daß die Instruktionsordnung, der die Streckenarbeiter unterworfen sind, die Benutzung des Bahnkörpers zur Verkürzung des Heimweges verbietet. Zeugenaussagen ergaben, daß der Verstorbenen erst mit einem Kollegen zusammen den nördlich vom Bahndamm unterhalb desselben hinlaufenden Fußsteig benutzt hatte und, als der jähplötzliche Untergang dies nicht mehr gestattete, die Strecke selbst betrat, um einen ähnlichen Steig auf der Südseite anzufuchen. Dieser war jedoch nicht gleich anzufinden, und irreführend durch die Blendlichter eines vor ihnen haltenden Zuges — es herrschte Schneesturm — betrat die beiden wieder die Nordseite des Damms, ohne den heranbrausenden Berliner Schnellzug im Gefolge der Elemente zu bemerken. Franke's Begleiter wurde nur beiseite geschleudert und kam mit dem Leben davon. Das Reichs-Versicherungsamt wies den Unfall sei passiv, als die Grenzen des Betriebes überschritten waren. Die Betriebsstätte sei hier der Bahnhof Friedrichshagen gewesen, mit dem Verlassen desselben habe für den Verunglückten der Betrieb seinen Abschluß erreicht, wenn auch die Grenzen des Eisenbahnbetriebes nicht zu eng zu ziehen seien. Im vorliegenden Falle sei aber die Grenze des Betriebes in dem Verbot scharf markiert worden, daß die Benutzung des Bahnplanums nach Feierabend zu unterlassen sei.

## Gerihts-Beitung.

**Ein Majestätsbeleidigungs-Dennuziant.** Das Schwurgericht des Landgerichts I verhandelte gestern gegen den Schauspieler Otto August Krause, welcher des Meineids beschuldigt war. Der Angeklagte reist mit einem sogenannten „Lungenbräuer“ umher, ein Apparat, durch den man die Stärke seiner Lunge soll erfahren können, wenn man in denselben hineinbläst. Am 19. Dezember v. J. trat Krause als einziger Belastungszeuge gegen den Arbeiter Propper auf, den er wegen Majestätsbeleidigung angezeigt hatte. Da Propper, ein vollständig unbefehlter Mann, seine Unschuld behauptete und behauptete, daß Krause ihn nur aus Rache angezeigt habe, so wurde der letztere aufs eindringlichste zur Wahrheit ermahnt und in erster Linie nach seinen Vorbestrafungen befragt. Krause erklärte, daß er einmal wegen Sittlichkeitsvergehen mit einem Jahre Gefängnis bestraft worden sei. Auf die weitere Frage des Besitzers, Landgerichtsraths Dr. Felisch: „Sind das alle Ihre Vorstrafen?“ erwiderte der Angeklagte: „Jawohl“. Das ganze Auftreten des Krause machte aber auf den Gerichtshof einen so wenig Vertrauen erweckenden Eindruck, daß man dessen Akten herbeiholen ließ. Hieraus wurde nun festgestellt, daß Krause außer wegen Sittlichkeitsverbrechen nicht weniger als 19 Vorstrafen wegen anderer Vergehen erlitten hatte. Die Folge davon war, daß Propper freigesprochen wurde, der damalige Zeuge Krause mußte wegen Verdachts des Meineids ins Untersuchungsgefängnis wandern. Er legte vor dem ihn vernehmenden Richter auch ein umfassendes Geständnis ab und gab an, daß er seine vielfachen Vorstrafen verschwiegen habe, weil er sich nicht vor dem damaligen Angeklagten Propper habe blamieren wollen. Im Termine vor dem Schwurgerichte widerrief er sein Geständnis, er behauptete, die an ihn gerichtete Frage so verstanden zu haben, daß er nur seine letzte Bestrafung nennen sollte. Der damalige Vorsitzende sowie zwei Beisitzer wurden vernommen, sie hielten einen Irrthum des Angeklagten für ausgeschlossen. Der Staatsanwalt plädierte für Schuldig im Sinne der Anklage, während der Verteidiger ausführte, daß doch immerhin die Möglichkeit eines Mißverständnisses nicht ausgeschlossen sei und deshalb nur eine Fahrlässigkeit vorliege. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf Schuldig des wissentlichen Meineides, worauf der Gerichtshof den Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren verurtheilte.

**Wegen Verkaufes gefälschter Butter** (Dieselbe enthielt 55 pCt. Margarine) wurde der Kaufmann Ernst Thiele in Steglitz gestern vom Schöffengericht des Amtsgerichts II zu 10 M. verurtheilt.

**Kneipfreiheit in der Neujahrnacht.** Ein Berichterstatter meldet: Ein für die Gastwirthe interessanter Fall betreffend die Offenhaltung der Lokale in der Neujahrnacht ist vor einigen Tagen vom Schöffengericht des Amtsgerichts II entschieden worden. In dem „Gesellschaftshause“ zu Friedenau waren in der Neujahrnacht um 1/2 Uhr morgens noch mehrere Gäste und darunter auch die beiden Gendarmen des Ortes anwesend, als der Gemeinde-Wachtmeister Meyer hereintrat und die Schließung des Lokals verlangte. Einer der Gendarmen erklärte dem Wachtmeister, daß in Friedenau die Neujahrnacht seit 16 Jahren schon für das Schankgewerbe eine freie Nacht sei. Der Wachtmeister bestritt dies jedoch und brachte den Wirth zur Anzeige, worauf dieser wegen Konzeptions-Überschreitung mit einer Strafvorfugung von 6 M. bedacht wurde. Er beantragte jedoch gerichtliche Entscheidung, und in der Verhandlung wurde nur der schon erwähnte Gendarm als Zeuge vernommen, welcher bekundete, daß seit 16 Jahren alle Gastwirthe von Friedenau in der Neujahrnacht ihr Lokal so lange, wie sie wollten, offen gehalten hätten, und daß auch der Amtsvorsteher die Beamten nicht angewiesen habe, auf Innehaltung der Polizeistunden zu achten. Auf weitere Beweiserhebung verzichtete der Gerichtshof, und der Amtsanwalt beantragte selbst die Freisprechung, weil, wie ihm bekannt, die Neujahrnacht allgemein für das Schankgewerbe freigegeben sei. Demgemäß hob das Gericht die Strafe auf und wies die Kosten der Staatskasse zu.

**Zu der Privatklage des Pastors Nauh zu Gladow** gegen den Redakteur der „Konserativen Korrespondenz“ H. C. Lar stand gestern wiederum ein Verhandlungstermin vor dem hiesigen Schöffengericht an. Pastor Nauh gehört zu de-

Geistlichen, die eine soziale Tätigkeit entfalten und hat einige Artikel in der „Sozialen Praxis“ und einen Aufsatz in Maxier Raumann's „Hilfe“ veröffentlicht. Er fühlt sich durch zwei Artikel der „Konf. Korr.“ in seiner Ehre als Geistlicher verletzt. In den Artikeln wurde gegen ihn der Vorwurf erhoben, er gehe mit zu denjenigen Geistlichen, welche sozialpolitischen Bestrebungen nachgingen, um „Gelehrlichkeit zu erwerben und Klaffenhaß zu predigen“. Er fühlt sich weiter durch den Vorwurf beleidigt, sein und anderer in dem Artikel bezeichneter Geistlichen Verhalten sei ein „lediglich den Klaffenhaß schärfendes und Anfeindendes Vorgehen“ und „diese friedensstörende Thätigkeit beruht einzig auf der verwerflichen Absicht, die Arbeiter zu umschmeicheln und sich — nach Art der Sozialdemokraten — einen möglichst zahlreichen Anhang von Anzuerkennenden zu schaffen“. Der Vergleich mit den bösen Sozialdemokraten wurde dann noch weiter fortgesponnen. — In einem früheren Termin war beschlossen worden, die Parteien Zeit zu Vergleichsverhandlungen zu gewähren, die letzteren sind aber gescheitert und das Verfahren nahm deshalb seinen Fortgang. Im gestrigen Termin waren Rechtsanwalt Dr. Schwandt als Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt V. o. n. l. für den Verklagten zur Stelle. Der Vorsitzende stellte aber fest, daß das persönliche Erscheinen des Privatklägers angeordnet gewesen war. Da dieser nicht erschienen war, so wurde auf Einstellung des Verfahrens erkannt.

## Verfassungen.

**Die Buchdrucker Berlins** waren am Mittwoch Abend wieder in Keller's Saal versammelt, um sich über die Antwort des Bundes der Berliner Buchdruckerbesitzer auf die in der Versammlung am Sonntag gefassten Beschlüsse zu entscheiden. Wohl selten war eine Versammlung so außergewöhnlich stark besucht, wie diese. Der große Saal, in dem gegen 4000 Personen dicht gedrängt zusammenstanden, wurde schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung wegen Ueberfüllung abgesperrt. Immer neue Scharen strömten noch hinzu, die seinen Einlaß mehr fanden, sobald sich schließlich eine tausendköpfige Menge in der Koppensstraße und auf dem Hofe des Keller'schen Lokals angeammelt hatte, die von zahlreichen Schutzleuten zum Weitergehen veranlaßt wurde. Mit gespannter Aufmerksamkeit und lebhaftem Interesse folgten die im Saale und auf den Galerien anwesenden Berufsgenossen dem einleitenden Referat Massini's, der die am Sonntag gefassten Beschlüsse kurz besprach, die bekanntlich am Montag dem Vorsitzenden des Bundes der Berliner Buchdruckerbesitzer zugegangen sind, worauf die in Nr. 54 des „Vorwärts“ enthaltene Antwort erfolgt ist. Mit dieser Antwort — so führt Massini aus — konnten sich die Berliner Buchdruckerbesitzer einverstanden erklären. Die Prinzipale hätten darin ihre Bereitwilligkeit ausgedrückt, am 10. März mit den Verhandlungen über den Tarif betreffs Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Grundpositionen zu beginnen. Was die Gehilfenschaft in der Sonntags-Resolution verlangt hat, sei somit bewilligt, und könne man nun den weiteren Verlauf der Dinge ruhig abwarten. Wenn die Berliner Gehilfenschaft — wie es vielleicht mancher Kollege wünsche — schon morgen mit ihren Forderungen an die Prinzipale herantreten und deren Bewilligung verlangen würde, so sei gar kein Zweifel, daß die Prinzipale, veranlaßt durch den gegenwärtigen stottern Geschäftsgang, einem solchen Verlangen nachgeben müßten. Es frage sich aber, wie lange solche durch einen Streit erzwungene Verprechungen gehalten würden. Nicht um einen Augenblickserfolg löme es den Kollegen zu thun sein, sondern es handle sich darum, eine dauernde, alle Beteiligten befriedigende Besserung der Verhältnisse zu erreichen, und zwar nicht nur für Berlin, sondern für die gesammte deutsche Gehilfenschaft. Die Berliner Kollegen dürften nicht gesondert in dieser Bewegung vorgehen. Das wäre eine Gefahr für den großen deutschen Buchdruckerverband. Da die deutsche Kollegenchaft und auch der Deutsche Buchdrucker-Verein sich für Einleitung der Verhandlungen am 10. März erklärt haben, so müßten auch die Berliner Kollegen diesen Beschlüssen Rechnung tragen und sich den Wünschen der großen Mehrheit fügen. Auch auf die öffentliche Meinung würde es einen günstigen Eindruck machen, wenn man sich bei der Antwort der Prinzipale beruhige. Zwar sei die öffentliche Meinung, soweit sie in der bürgerlichen Presse zum Ausdruck komme, der Buchdruckerbewegung nicht günstig gestimmt. Während diese Blätter von unbedeutenden Ereignissen das größte Aufsehen machen, sei die imposante Versammlung vom Sonntag in den meisten Zeitungen mit Stillschweigen übergegangen. Diese Haltung erlaube sich allerdings dadurch, daß die Zeitungsbesitzer durch die Buchdruckerbewegung ihr Unternehmerinteresse gefährdet glauben. Gegenüber den Kollegen, die an der Unrichtigkeit der von den Prinzipalen gegebenen Zusicherungen zweifeln, meint der Redner, das sein Grund vorliege, anzunehmen, die Prinzipale würden ihr Wort nicht halten. Die Prinzipale wählten ganz genau, daß sie in diesem Falle auf den kräftigsten Widerstand der gesammten Gehilfenschaft stoßen würden, und daß ihnen dann ein harter Kampf in Aussicht stehe, den zu vermeiden sie alle Ursache hätten. Wenn die Kollegen noch die wenigen Tage bis zum 10. März warteten, hätten sie nichts zu verlieren, aber alles zu gewinnen. Hinsichtlich der im Gutenbergbund organisierten Kollegen erklärt der Redner, daß sich aus diesen Kreisen einige gesunde haben, die in einem Flugblatt den übrigen Mitgliedern abrathen, sich der Bewegung anzuschließen. Die Mehrheit der Gutenbergbündler werde aber diesem unschönen Vorgehen allem Anschein nach nicht folgen, und zirka 100 von ihnen hätten sich infolgedessen sogar zum Eintritt in den Verband gemeldet. Der Referent betonte zum Schluß nochmals, daß man es nicht auf einen Kampf ankommen lassen solle, sondern sich mit der Antwort, die der Vorstand des Bundes der Berliner Buchdruckerbesitzer der Gehilfenschaft gegeben, begnügen solle. Der zweite Referent, Döblin, Vorsitzender des Verbandes der deutschen Buchdrucker, vertrat in sehr sachlicher Weise denselben Standpunkt, wie der Vorredner. Auch er hält es für selbstverständlich, daß die Berliner Kollegen nicht gesondert vorgehen und etwa schon morgen losschlagen. Er habe nach Rücksprache mit dem Vorstande des Deutschen Buchdrucker-Vereins die Gewißheit erlangt, daß eine Verschleppung der Tarifberatung nicht zu befürchten sei. Am 10. März finde die Zusammenkunft der Prinzipals-Vertreter statt, am 11. März würden diese mit den Vertretern des Verbandes über die Grundlagen, auf denen die Verhandlungen zu führen sind, sich beraten, und unmittelbar darauf finde die Wahl der Tarifkommission und die Beratung des Tarifs statt. Ferner sei ihm zugestanden worden, daß der Gehilfenschaft bezüglich der Wahl ihrer Vertreter keine Vorschriften von seiten der Prinzipale gemacht werden sollten. Somit seien die Vorbedingungen eines gedeihlichen Zusammenwirkens von Prinzipalen und Gehilfen geschaffen, und der Erfolg der Bewegung gesichert. Eine Ergrünnung ohne Kampf, allein durch friedliche, wohlwollende Unterhandlungen erlangt, sei wertvoller und von größerer Dauer, als im harten Kampf erriktene Vortheile. Der Redner betont schließlich, daß nur durch einmütiges Zusammengehen der gesammten deutschen Gehilfenschaft ein Erfolg der gegenwärtigen Bewegung mit Sicherheit zu erwarten sei. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen der beiden Referenten.

In der Diskussion erklärte Sterentz, daß die Stereotypen diesmal nicht wieder, wie es leider 1891 geschehen sei, dem Vorgehen der Buchdrucker entgegenarbeiten würden, sondern gemeinsam mit ihnen vorgehen gewillt seien. Dergleichen bekundete Mörke im Namen der organisierten

Maschinenmeister, daß auch diese sich dem Vorgehen unbedingt anschließen. Wie am Sonntag, so waren auch in dieser Versammlung mehrere Redner dafür, daß die Gehilfen sogleich ihre Forderungen stellen und bei Verweigerung derselben den Streit erklären sollten. Von Hofmann und anderen wurden auch dahin gehende Anträge gestellt. Es w. erklärt, daß eine große Anzahl der Mitglieder des Gutenberg-Bundes mit dem schmächtlichen Flugblatt des Vorstandes nicht einverstanden seien (Bravo!), daß sie sich vielmehr mit der Kollegenchaft solidarisch erklären und daß sie morgen Donnerstag eine Versammlung abhalten wollen, in der sie beabsichtigen, den bisherigen Vorstand abzusetzen und einen anderen provisorischen Vorstand zu wählen. (Beifall.) — Von mehreren Seiten wurde den in der Antwort des Bundes der Berliner Buchdruckerbesitzer gemachten Zusicherungen Mißtrauen entgegen gebracht, auch stimmte ein Theil der Versammlung durch Zwischenrufe und Beifallstundgebungen den in diesem Sinne gehaltenen Reden zu. Andere Redner vertraten den Standpunkt der Referenten. Anfangs konnte man über die Stimmung der Mehrheit in Zweifel sein. Die Kollegen Massini und Döblin empfahlen schließlich nochmals die in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ bereits abgedruckte Resolution, die wir hier wiederholen:

„Nachdem der Bund der Berliner Buchdruckerbesitzer erklärt hat, daß Verlangen der deutschen Buchdruckerbesitzer nach einer Tarifrevision unterstützen zu wollen, erklärt sich die am 4. März stattfindende allgemeine Versammlung der Berliner Buchdrucker mit den zwischen dem Vorstande des Verbandes deutscher Buchdrucker und der Leitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins getroffenen Vereinbarungen einverstanden und macht ihre weitere Stellungnahme von dem Ausgang der Verhandlungen abhängig.“

Die genannten Redner betonten nachdrücklich die Nothwendigkeit eines geschlossenen, einheitlichen und einmütigen Vorgehens der gesammten deutschen Gehilfenschaft im Sinne dieser Resolution. Nur auf diese Weise könne die Lage der gesammten Gehilfenschaft Deutschlands und des Buchdruckgewerbes gefördert werden. Die erwähnte Resolution wurde darauf fast einstimmig — nur etwa 6—10 Hände erhoben sich dagegen — angenommen. Aufsehender Beifall folgte diesem Resultat, worauf nach einigen warm empfundenen Worten des Vorsitzenden Fraber, der zum treuen Festhalten an der Organisation und zur Theilnahme an deren gedeihlicher Weiterentwicklung aufmunterte, die imposante Versammlung mit einem brandenden Hoch auf die Buchdruckerbewegung auseinander ging.

Den Verhandlungen wohnten auch eine große Anzahl Buchdruckerbesitzer und Faktore bei.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.** Eine gut besuchte Braucherversammlung der Parquetbodenleger, die am 2. März stattfand, beschäftigte sich mit dem von der Werkstat-Kontrollkommission und den Vertrauensmännern ausgearbeiteten, neu einzuführenden Lohnstarif. Es wurde beschlossen, für das Verlegen von Stabfußboden eine Grundtaxe von 90 Pf. pro Quadratmeter einzuführen, außerdem soll für jeden Stab, welcher auf den Quadratmeter verarbeitet wird, ein Zuschlag von 1 Pf. gefordert werden. Die Kommission gab darauf eine Uebersicht, wie hoch sich der Preis für das Verlegen von einzelnen Dimensionen nach dem neuen Tarif stellt. Es würden, wenn Stäbe von 50 Zentimeter Länge, 10 Zentimeter Breite zur Verwendung gelangen, auf den Quadratmeter 20 Stäbe erforderlich sein, demnach betrüge die Grundtaxe 90 Pf., Zuschlag für 20 Stäbe auf den Quadratmeter, à Stab 1 Pf. = 20 Pf., Gesamtpreis mithin 1,10 M. Bei Stäben von 40 Zentimeter Länge und 8 Zentimeter Breite würden auf den Quadratmeter 32 Stäbe erforderlich sein, stellt sich mithin der Preis hier auf 1,22 M. u. s. w. Wird der Stabfußboden in den Fries verlegt, so wird ein Zuschlag von 10 Pf. pro Quadratmeter berechnet, einen gleichen Zuschlag erfordert auch das Verlegen von Mauerboden. Für das Verlegen massiver und furnirter Parkets wird pro Quadratmeter 85 Pf. berechnet, sind jedoch die Frieße zu beschneiden und zu nützen u. s. w., wird pro Quadratmeter 5 Pf. mehr berechnet. Bei Arbeiten, welche nicht im Akkord ausgeführt werden, soll der bisherige Satz von 6 M. pro Tag beibehalten werden. Außerdem wird beschlossen, daß die Lieferung der Nägel sowie die Führen der Arbeitgeber zu tragen hat. Weiter soll die Anerkennung des in Händen der Arbeiter befindlichen Arbeitsnachweises gefordert werden. Sämtliche Vertrauensmänner hoben hervor, daß in den Firmen diese Forderungen wohl durchführbar seien und verpflichteten sich, bis zur Einführung des Tarifs dahin zu wirken, daß alle indifferenten Arbeiter der Organisation beitreten.

**Die Musikinstrumenten-Arbeiter** hielten am Mittwoch, den 4. d. M., im Louisenstädtischen Konzerthause eine öffentliche Versammlung ab zwecks Stellungnahme zu der Arbeits-einstellung und den Lohnfreitigkeiten bei der Firma Hausen. Tabe schildert die Entstehung des Ausstandes, die lediglich in der selbstverständlichen Forderung bestehe, die Arbeit des Holz- und Brettertragens, die mindestens viermal im Jahre je einen Tag Zeit in Anspruch nähme, mit 50 Pf. pro Stunde zu bezahlen. Da der Fabrikant in seinem Betriebe verboten hätte, gelegentlich einmal ein „Achtel“ aufzulegen, so könnten sich die Kollegen auch den für das Brettertragen üblichen Zahlungsmodus, der aus Beiträgen bestehe, nicht länger gefallen lassen. Außerdem sei auch in den meisten Werkstätten diese Unsitte längst abgeschafft. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß alle Kollegen diese Arbeitseinstellung gut heißen. In der Diskussion wurde die von Herrn Hansen im „Vorwärts“ veröffentlichte „Verichtigung“ von Anfang bis zu Ende als unwahr hingestellt. Gleichzeitig wurde mit Unwillen die Mittheilung entgegengenommen, daß von Herrn Hansen ein gänzlich unbetheiligter Hausdiener als zu den Streitenden gehörig entlassen wurde. Wüstrow und Niediger empfahlen, unbedingt auf den vom Unternehmer angebotenen Einigungsversuch vor dem Gewerbegericht einzugehen, da die Entscheidung hier zweifellos zu gunsten der Streitenden ausfallen müsse. Der Einigungstermin sei auf Mittwoch Mittag anberaumt. Von anderen Rednern, Kleinlein u. s. w., wird eindringlichst gewarnt, bei jeder Gelegenheit, wo offenbar das Recht auf Seite der Arbeiter sei, nach dem Gewerbegericht zu laufen, mit diesem Manöver beabsichtige Herr H. nur die Organisation und die Kontrollkommission bei Seite zu schieben. Das Eingreifen des Gewerbegerichts bei den jetzigen Streiks schädige nur das Ansehen und den Einfluß der Arbeiterorganisationen und dem müsse Einhalt geboten werden. Ein Antrag, das Verhältnis der Organisation zum Einigungsamt besonders in einer öffentlichen Versammlung zu debattieren, gelangt zur Annahme, desgleichen eine Sympathie-Erklärung für die Streitenden, sowie das Versprechen, für ausreichende Unterstützung zu sorgen. Durch Beschluß der Versammlung wird die Fortführung des Streiks dem Verein der Musikinstrumenten-Arbeiter überwiesen. Im Punkt Verschleppens erstattet Westermann Bericht über die Bewegung der Beschäftigten in den Arbeiter, welche die Forderungen der übrigen Berliner Tischler aufgestellt hatten. Trotz des Zugewinnes des Herrn Rath Beckstein, das er seinen 500 Arbeitern in der Ausstellungs-Zeitung ausgestellt habe, worin es heißt: in seiner Fabrik seien über 500 der intelligentesten Arbeiter beschäftigt, habe derselbe die Forderung auf einen Minimallohn von 21 M. rundweg abgeschlagen und nur 2—3 pCt. den Abzuehern bewilligt. Leider haben sich die Kollegen dort nicht verständigen können, ihre Forderungen trotz der günstigen Konjunktur durchzusetzen. Durch das Verhalten eines Theils derselben habe man sich veranlaßt gesehen, die Angelegenheit auf später zu vertagen. In der Diskussion herrscht bei allen Rednern völlige Uebereinstimmung darüber, daß zur Abstellung der Uebelstände in der Beckstein'schen Fabrik energische Schritte gethan



werden sollen und eine weitere Versammlung darüber entscheiden wird.

Die öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, welche am 4. d. M. bei Rabe, Kolbergerstraße, tagte, beschäftigte sich mit der Frage: „Welche Vorteile haben die Arbeiter von Schaffer u. Dehmann durch ihr Vorgehen erreicht?“ Diese Frage beantwortet in einfachster Weise das Schriftstück, welches die Firma der nunmehr anerkannten Siebener-Kommission ausfertigt hat. Dasselbe lautet:

Den Arbeitnehmern der Firma Schaffer u. Dehmann wird seitens der Inhaber und Meister eine anständige Behandlung zugesichert, so lange die Arbeitnehmer selbst in anständiger Weise auftreten. Die Akkordpreise werden den Arbeitnehmern für die Folge durch die Meister mitgeteilt resp. steht den Arbeitnehmern das Recht zu, sich über den Akkordpreis zu informieren. d. h. die Meister sind verpflichtet, den Preis vorher anzugeben. Etwaige Lohn- und Akkorddifferenzen ordnet eine Kommission, zur Zeit bestehend aus den Gesellen Kinne, Sowe, Platom, Schulz III, Karel II, Siegmund und Jonquid, sowie sämtlichen Meistern. Die Wahl dieser Siebener-Kommission bleibt den Arbeitnehmern überlassen. Jugendliche ungelernete Arbeiter im Alter von 16 bis 18 Jahren erhalten 20 Pf. Stundenlohn, von 19 Jahren ab 25 Pf., nach 6 Wochen 30 Pf.; Hilfsarbeiter in der Dieberei 30 Pf., Hilfsarbeiter in der Dreherei, wie Revolverarbeiter 20 Pf., nach 6 Wochen 35 Pf.; Schleifer 35 Pf., ungelernete Schleifer 30 Pf., nach 6 Wochen 35 Pf.; Schlosser 35 Pf.; Fraiser 25 Pf., nach 6 Wochen 30 Pf.; Dreher und Gürtler 35 Pf., nach 6 Wochen 40 Pf. Der Akkorddienst darf nicht unter dem Lohnsatz sein. Ueberstunden fallen mit Ausnahme von Reparaturen fort. Unterzeichnet Schaffer u. Dehmann. Diese durch die Solidarität der Arbeiter erzielten Erfolge sind, wie in der Diskussion betont wurde, ganz annehmbar. Die Lohn-erhöhung beträgt 5 bis 18 Pf. pro Stunde, abgesehen von anderen erreichten Vorteilen. Den Arbeitern der Fabrik von Schaffer u. Dehmann wurde nahegelegt, den guten Geist der Solidarität weiter zu pflegen, um später mehr zu erreichen, was heute noch nicht möglich gewesen sei. Vor allem wurde denselben auch nahe gelegt, für die Feier des 1. Mai zu wirken. Ein 1. Mai sei es gewesen, welcher die Metallarbeiter unter das „schwarze Kabinett“ in der Gartenstraße gebracht habe, ein 1. Mai müsse dieselben auch wieder hochbringen. Den Metallarbeitern im allgemeinen wurde an diesem Beispiel gezeigt, was zu erreichen sei durch Solidarität und Organisation, denn von den 140 beschäftigten Arbeitern seien bereits 115 organisiert. Um das Erzeugnisse hochhalten zu können, sei es Pflicht dieser, auch fernhin nicht nur in der Zeit des Kampfes, treu zur Organisation zu stehen, für dieselbe zu wirken und nicht eher zu rasen, bis sich alle Arbeiter der Fabrik, bis sich alle Metallarbeiter der Organisation angeschlossen hätten. Die Versammelten bekundeten ihren Willen hierzu durch ein kräftiges Hoch auf die Arbeiterbewegung, mit dem die Versammlung ihr Ende erreichte.

Die Zustände in der Fabrik von Chrenstein u. Koppel zu Tempelhof beschäftigten am 4. März eine gutbesuchte, in Kennesfahrts Salon abgehaltene öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, zu welcher außer den Arbeitern gemaunter Firma die Arbeiter einiger anderen Firmen eingeladen waren. O. Raether referierte. Bei der Aufzählung der Schönheiten des Betriebes von Chrenstein u. Koppel begann er mit der Arbeitszeit. Dieselbe sei in der Arbeitsordnung auf 10 Stunden normiert, jedoch lasse eine andere Bestimmung ihrer Ausdehnung den allerweitesten Spielraum: die Arbeiter werden verpflichtet, bei dringenden Arbeiten auch zu jeder anderen Zeit als der festgesetzten Arbeitszeit zu arbeiten. Tatsächlich blide denn auch

die nichtreguläre Arbeitszeit die Regel. Wer gegebenen Falles nicht länger arbeiten wolle, fliehe hinaus. Die Löhne seien ungenügender. Der Durchschnittslohn sog. qualifizierter Arbeiter betrage für die Stunde etwa 33 Pf., und sog. Hilfsarbeiter würden mit 20 Pf. pro Stunde angestellt. Nun werde man sagen, das sei aber nur der Lohnsatz, und fragen, wie es denn mit dem Nachschuß aus den Kolonnenakkorden, dem allgemeinen bei D. und K. durchgeführten Arbeitssystem, sei. Nach der Arbeitsordnung solle bei jedem Kolonnenakkord die Berechnung des Ueberzuschusses jedes einzelnen Beteiligten nach dem Verhältnis der Zeit, welche er dabei zubrachte, und dem jeden gewährten Lohnsatz unter besonderer Berücksichtigung des Kolonnenführers (bekommt erhöhten Satz) erfolgen. Der Kolonnenführer, auf diese Weise interessiert an der möglichst schnellen Vorkommen der Arbeit, treibe nun die Arbeiter an, welchen ebenfalls der Mund damit wässrig gemacht werde, daß sie den zu erwartenden Ueberzuschuß je eher verdienten, je mehr sie hinterberücksteten. Die Preise seien nun zum Teil so gestellt, daß von einem Ueberzuschuß vielfach wenig oder nichts gespürt werde und das bei angestrengter Arbeit. Der Kolonnenführer verdiene seine 33 bis 35 Mark und die übrigen Arbeiter müßten froh sein, wenn sie mit 21 und 24 Mark nach Hause gehen. Das schönste sei, daß den Arbeitern der Lohn nur alle 14 Tage ausbezahlt und ihnen nicht einmal eine spezialisierte Abrechnung gegeben werde. Eigentlich wüßten sie nie, woran sie seien. Dazu komme dann noch, daß jeder an jedem Abend entlassen werden könne, ohne daß den Entlassenen irgendwie ihr Anteil an dem event. Akkordüberschuß gesichert sei. — Schutzvorrichtungen gebe es nicht in der Fabrik und Ventilation werde auch für überflüssig erachtet. Die Schmiede, welche außerhalb der Werkstätte beschäftigt würden, erhielten nicht mehr, wie die in der Werkstätte. Ein Arbeiterausschuß existiere nicht. Wäscheeinrichtungen suche man vergeblich in der Fabrik. Die Arbeiter hätten sich dadurch zu helfen gewußt, daß sie sich einen Eimer Wasser aus dem Kesselhaufe holten, um nicht mit dem Arbeitsamt nach Hause gehen zu müssen. Auch das wolle man nicht mal dulden; einem dabei betroffenen Arbeiter sei es strengstens verboten worden. Wer fünf Minuten zu spät komme, müsse 20 Pf. Strafe zahlen. Ueber den Verbleib der Strafgeelder wüßten die Arbeiter nur, daß es auf einem vorhandenen Sparschreibebuch angelegt werde; über die Verwendung des Geldes seien die Arbeiter niemals im einzelnen Rechnung gelegt worden. Mit einer energischen Aufforderung an die Versammelten, sich zu organisieren, um den geschilderten Missetänden abhelfen zu können, schloß Redner unter stürmischem Beifall sein Referat. — Nachdem ein Redner feststellte, daß bei der Firma Dr. Aron für 50 Minuten Verspätkommen 50 Pf. Strafe genommen würden, nahm Herr Weiz, Buchhalter bei dieser Firma, das Wort, um dieselbe gegen Ausführungen Raethers in einer früheren Versammlung in Schutz zu nehmen. Zunächst betonte er, daß bei Aron über die Verwendung der Strafgeelder genau Buch geführt werde und daß dieselben bedürftigen Arbeitern des Instituts zu gute kämen. Daß der Arbeiterausschuß, welche die Gelder zu zahlen habe, jedoch eine genaue Abrechnung nicht geboten werde, vermochte der Herr nicht zu bestritten. Des weiteren vernahmte er die Firma gegen die angebl. von Raether behauptete Behauptung, daß dieselbe „Hungerlöhne“ zahle. Er will Raether ein Schriftstück überreichen, worin sich 120 Arbeiter mit den gezahlten Löhnen „durchaus zufrieden“ erklären. Raether kennzeichnet darauf unter großem Beifall die Unterzeichnung derartiger Machwerke als Handlungen, die nicht aus eigenem Willen, sondern dem Zwange folgend vorgenommen würden. — Kleinschmidt: Der Meister Okerlöb bei Orenslein u. Koppel belege die Arbeiter häufig mit Ausdrücken, die er bei Reist oder

Dehlan gelernt haben müsse. Ein Muster sei die Tempelhof'sche Schmiede der Firma. Sie sei nur 9,75 m breit, 15 m lang und 3 m hoch, und in diesem Raum befänden sich vier Feuer. Es sei schon vorgekommen, daß Kolonnen statt eines Ueberzuschusses ein Minus trotz forcher Arbeit zu verzeichnen hatten. Ingenieur Runge von O. u. K. trat hierauf für die Interessen seiner Firma ein. Die Strafgeelder flößen in eine Fabrikunfallklasse, welcher auch der Ueberzuschuß der Kantine einverleibt werde. Daraus seien vom Januar bis Mitte Februar an hilfsbedürftige Arbeiter ca. 60 M. verabsolgt worden. Redner stellt eine neue Arbeitsordnung in Aussicht, worin auch die Verwaltung dieser Kasse geregelt werden solle. Jahr Ueberstunden werde in Zukunft ein Drittel des gewöhnlichen Lohnsatzes mehr bezahlt werden. Er betont, im letzten Jahre wären nicht so sehr viel Ueberstunden gemacht. Die Unzulänglichkeit der bisherigen Kofseteinrichtungen giebt er zu; es seien auch schon zwei neue Kofset gebaut worden und es würden weitere Verbesserungen folgen. Kreuz konstatiert, daß bei Orenslein u. Koppel im vergangenen Jahre während der großen Hitze nur 1/2 Stunde Mittag gemacht und abends bis 8 Uhr gearbeitet werden mußte. — Raether konnte in seinem Schlusswort feststellen, daß seine Angaben in ihrem Grundgehalt nicht widerlegt worden seien, worauf einstimmig eine Resolution angenommen wurde, in welcher die Versammelten die Nothwendigkeit anerkannten, alle Metallarbeiter der Organisation zuzuführen, und sich verpflichteten, alle kämpfenden und in den Kampf noch eintretenden Kollegen moralisch und materiell zu unterstützen.

Die in der Kürschnerlei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatten für Mittwoch Abend eine öffentliche Versammlung einberufen, die auch entsprechend der übergroßen Anzahl weiblicher Arbeiter in der Branche von Arbeiterinnen gut besucht war. Da wegen Mangel an Mitteln der „Verband deutscher Kürschner“ sich im Februar d. J. auflöste und auch das Organ eingehen mußte, war es einer dazu beauftragten Kommission überlassen worden, wenigstens für Berlin eine neue Organisation zu gründen. In diesem Sinne referierte Genosse Jahn über Zweck und Ziele der Organisation. In der Diskussion wurde von Peters und Regge betont, daß man es gerade der früheren Organisation zu verdanken habe, wenn die Arbeitszeit von 12 auf 10-9 1/2 Stunden verläßt sei. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde hierauf die Neugründung einer Organisation beschlossen und die bereits bestehende Jünger-Kommission: Wittig, Hoppe, Friedrich, Stoldt und Weinstock mit den weiteren Schritten betraut; Vorstandswahl erfolgt in einer etwa in 14 Tagen stattfindenden Versammlung. Gegen 100 Mitglieder ließen sich sofort aufnehmen. Der Vorsitzende Peter verlas am Schlusse der Versammlung ein Schreiben der Kollegen aus Wien, worin die Arbeitszeit von 40 Arbeiterinnen in einer Pelzwarenfabrik mitgeteilt und um die Unterstützung der Berliner ersucht wurde.

Kummelsburg. Genosse Mehner sprach hier am 29. Februar über die Bethätigung an den Kommunalwahlen. Die lebhafteste Befürwortung des Redners zur Bethätigung an der Wahl fand in der Diskussion allgemeine Zustimmung und wurde Genosse Alfcher einstimmig als Kandidat der dritten Wählerklasse aufgestellt. Zu wählen ist im ersten Bezirk; dazu gehören: Neue Prinz-Albertstraße, Wilhelmstraße, Fischerstraße, Prinz-Albertstraße, Liebigstraße, Portlandstraße und Hauptstraße bis zu Kappler, Köpenicker-Chaussee. Die Wahlagitation wurde einer Kommission übertragen, der die Genossen Weise, Schulz, Schirmer, Ritter und Habermann angehören.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (Filiale Berlin 3.)  
**Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung**  
am Sonnabend, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr,  
im Lokale des Herrn Eiswald, Manteuffelstraße 40.  
Tages-Ordnung:  
1. Kassenbericht. 2. Aufstellung von Kandidaten zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes.  
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. [1166] Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Kistenmacher. Achtung!**  
Sonnabend, den 7. März, bei Joël, Andreasstraße 21:  
**Gr. Wiener Maskenball.**  
Billets à 50 Pf. sind bei allen Vorstandsmitgliedern sowie im Arbeitsnachweis, Wallnertheaterstraße 20, zu haben.  
94.16 Gaste sehr willkommen.

Sonnabend, den 7. März, in Köhler's Festsälen, Teltowerstr. 38:  
**Grosser Wiener Maskenball**  
veranstaltet von Mitgliedern der „Central-Krankenkasse der Tischler“. (Filiale C.)  
Zum Besten der Invaliden der Kasse.  
Während der Kaffeepause humoristische Vorträge.  
Billets sind in den Zahlstellen und bei den Komiteemitgliedern: Pritsch, Mittenwalderstr. 43 v. 1; Kolbin, Alvenslebenstr. 10 v. II, zu haben. 182/7  
Anfang 8 Uhr. Das Komitee.

Hackescher Markt 4, **J. Brünn**, Am Stadtbahnhof „Börse“  
Ecke Neue Promenade  
**Inventur - Ausverkauf!**  
Teppiche! Gardinen! Portièren!  
Steppdecken! Leinenwaaren!  
Fertige Wäsche!  
zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

**Kaufen Sie nicht**  
bevor Sie sich nicht überzeugt haben, dass bei mir die billigste Bezugsquelle für Hüte ist  
Hörnhüte, Stoff u. weich à 2,- 2,50 3,- 3,50  
do. R. Haarfilz à 5,- 6,- 7,-  
Kleiderhüte u. Konfektionshüte à 0,75 1,- 1,25 1,50 1,75 2 2,50  
Cylinderhüte à 4,- 6,- 7,50 9,- 11,-  
Lodenhüte, Reisehüte, Turnhüte, weiche Damenhüte und Mädchenhüte etc.  
bei Oscar Arnold, Hut-Engroslager  
**Dresdenerstr. 116** am Oranienplatz (Kala Laden)  
Controlmarken - Hüte sehr billig! Diese beziehen nachweislich nur aus der Genossenschafts-Hutfabrik.

Unbem. Musikanterr. „R.“ Postamt 79.  
**Achtung!**  
Künstl. Zähne v. 3 M. an, Teilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Revoltieren bei Bestellung umsonst.  
Gudiel, Bauherplatz 2, Gasserstr. 12.

**Echt chinesische Mandarinendünen**  
das Pfund M. 2,85  
Überlassen an Haltbarkeit und grob-artiger Härte alle indischen Dünnen; in Farbe ähnlich den über-dünnen, garantiert neu und befeht gereinigt; 3 Pfund zum größten Ueber-dünnen reichend. Kaufende von Ueber-trennungsfähigen. Verwendung wird nicht bestraft. Versand unter 3 Pfund gegen Rücknahme von der ersten Versuchsprobe mit extra-terreillem Service.  
Gustav Lustig, Berlin S.  
Weinmühlengasse 46.

**Schönhäuser Allee 150** 3 3. m. St. 2 3. m. St. 1 St. 1 St. m. St. 1 St. 1 St. 2744b

**Hofwohnungen** von ein oder zwei Zimmer mit eigenem Korridor zum 1. April zu vermieten Große Frankfurterstr. 48 oder 58.

**Frankfurter Allee 1616a** am Ringbahnhof: Vorderwohnungen, 2-4 Zimmer, Bad u. Hinter-Wohnungen, 1 und 2 Stuben etc. äußerst billig. Elegante Stallungen u. Remisen, große Lagerkeller. 93b

**Maxstr. 17** Stall zur Molkerei, gr. Kellerei, auch j. jed. and. Zweck z. verm.  
**Ringbahnstr. 5**, Wilmersdorf, direkt am Bahnhof, 2 Stuben u. Küche 270 M., 1 Stube und Küche 150 M. 125b

**Achtung!**  
**Stadthagen's Arbeiterrecht**  
in Prachtband gebunden 3,50 M. liefert gegen Baar- oder Theilzahlung  
**Ludwig's Buchhandlung**, 45386  
Grimmstr. 37.

**Arbeitsmarkt.**  
Porzellanmaler, tüchtig im Decor., [sof. verl. H. Hartmann, Arcustr. 14.]  
**Farbige-macher**, tüchtig, verlangt **Gehälter**, Wasserhorstr. 46. 118b  
**Grundruder u. Grundkoder** such. **Deutsch & Lachmann**, Goldbleichenfabrik, Dresdenstr. 97. 118b  
Ein **Mädchen** für Küche u. sonstige Arbeiten wird verl. im Lokal **Richard Thats**, Dresdenstr. 110. 122b

**Stereotypeure**  
u. Galvanoplastiker Berlins u. Umgegend  
**Sonntag, den 8. März, vormittags 11 Uhr,**  
im **Louisenstädtischen Konzerthaus**,  
Alte Jakobstraße 37:  
**Oeffentl. Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme der Berliner Stereotypeure zu der Buchdruckerbewegung. Ref.: Alb. Massini.  
2. Diskussion.  
Pflicht eines jeden Kollegen ist, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Einberufer.

**Berein der Einseher (Tischler)**  
Berlins und Umgegend.  
**Sonntag, den 8. März, vormittags 11 Uhr, Neue Friedrichstr. 44:**  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen **R. Millard** über: Der Bauschwinkel und seine Beseitigung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten.  
Der Arbeitsnachweis findet täglich abends von 8-9 Uhr und Sonntags von 10-11 Uhr vormittags Neue Friedrichstr. 44 statt.  
Am Sonnabend, den 14. März, veranstaltet der Verein im Lokale des Herrn Keller, Kopenstr. 29, einen **Wiener Maskenball**, wozu jeder hiermit freundlichst eingeladen wird. 59/10 Der Vorstand.

**Stiftungsfest**  
des **Centralvereins der Bureau-Angestellten**  
am **Sonnabend, den 7. März**  
im **Schweizergarten**, am Königsdörf.  
Prolog, Feste, Concert (Civil-Orchestermusik), Theater, lebendes Bild, Ball.  
Anfang 9 Uhr. Entree: Herren einsohl. Tanz 50 Pf., Damen 30 Pf.  
45.1 Der Vorstand.

**Verein „Patentschutz“**  
Berlin SW. 29, Mittenwalderstr. 26.  
Erwicklung, Erhaltung und Verwertung von Patenten, Gebrauchsmustern etc.  
Mitglieder jeden Berufes und Standes.  
Zweck des Vereins: Gewährung seiner Mitglieder vor gewissen-loser Ausbeutung, billige Ausarbeitung und Einreichung für Inland und Ausland. Rath und Prüfung kostenlos.  
**Minderbemittelte Ausnahmepreise.**  
Eigenes technisches Bureau. Eigenes chemisches Laboratorium. 64b



# Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonntag, den 8. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Julius Henke, Raunynstraße Nr. 27:

## Werkstatt-Delegierten-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn F. Hofmann über: Die Thätigkeit der Werkstatt-Delegierten in der Organisation. 2. Vereinsangelegenheiten. Beiträge werden entgegen genommen. Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Vortrag um 10 Uhr beginnt. Um zahlreiche Beteiligte, auch der Mitglieder, ersucht.  
143/19

Der Vorstand.

Freitag, den 13. März 1896, abends 8 1/2 Uhr, bei Louis Keller, Koppenstraße 29 (oberer Saal):

## Großer Vortrag über die Röntgen'schen X-Strahlen mit interessanten Experimenten.

Entree 20 Pf. Entree 20 Pf.

# Zentral-Verband deutscher Maurer.

Zahlstelle Berlin I (Bügel).

Sonntag, den 8. März, vormittags 11 Uhr, in Cohn's Festsälen, Genthstraße Nr. 20:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Unsere Stellung zur bevorstehenden Saison und das Verhalten einzelner Kolonnen den Kollegen gegenüber. 2. Verbandsangelegenheiten und Gewähl eines Kommissionsmitgliedes für den Südosten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet.  
134/14

Der Bevollmächtigte.

NB. Die Kommissionsmitglieder werden ersucht, Sonntag, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Kleber, Seydel- und Alte Jakobstraße-Ecke, pünktlich zu erscheinen.

# Berein der Bananschlager Berlins und Umgegend.

Sonntag, 8. März, vorm. 10 1/2 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung des Vergütungskomitees. 3. Wahl des Vergütungskomitees, der Kontrollen und Festsetzung der Vergütigen 1896/97. 4. Statutenberathung. 5. Verschiedenes und Fragelasten.  
83/19

Der Vorstand.

# Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. H. 29, Hamburg). Filiale Berlin VI.

Sonntag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Marten, Adlerstraße 123 (Gartensaal):

## Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Statutenberathung. 2. Aufstellung der Kandidaten zur diesjährigen General-Versammlung. 3. Wahl von vier Beisitzern. 4. Verschiedene Kasseeangelegenheiten.  
NB. Die Zahlstelle in der Brunnenstraße bleibt an diesem Abend geschlossen.

Beiträge werden in der Versammlung entgegen genommen.  
119/3

Die Ortsverwaltung.

# Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. H. 29, Hamburg). Filiale Berlin VII.

Sonntag, den 8. März, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Schops, Gerichtstraße 10:

## Große Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kasseebericht. 2. Geschäftsbericht. 3. Aufstellung des resp. der Kandidaten zur diesjährigen General-Versammlung. 4. Wahl der Beisitzer zum Wahlkomitee. 5. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.  
119

Die Ortsverwaltung.

# Achtung! Möbelpolierer.

Nachstehende Werkstellen haben unsere Forderungen noch nicht bewilligt: Mathuse, Admiralstraße 18. Gäncke (Brich), Bürgerstraße 16. Anfrau, Brunnenstr. 98. Lucat u. Weisberg, Cuvrystr. 46. Krüger u. Comp., Eisenbahnstr. 86 b. Fischer, Forsterstr. 4. Salzmann, Frankfurter Allee 143. Wolle, Gerichtstr. 72. Unger, Königsbergerstr. 7. Herford, Heinersdorfer Weg 3. Gerstenkorn, Grüner Weg 105. Werner, Langestr. 91. Rose, Rantaustraße 57. Cuihan, Maibachufer 3. Laborenz (Rixdorf), Knefbeckstraße. Igen (Weißensee), Prenzlauer Allee 12. P. Dyan, Müdersdorferstr. 47. Baumgart (Weißensee), Charlottenstr. 81. Höfener, Weinstraße 6. Berendt, Wienerstr. 31. Kleinow, Volkmerstr. 27a. Görschner, Wienerstr. 44. Seibel, Wienerstr. 57a. Fischer, Or. Frankfurterstr. 123. Böffel, Königsbergerstr. 30. Anders, Königsbergerstr. 29. Tirol, Langestr. 35. Schop, Mariannenstr. 31/32. Schneider, Reichenbergerstr. 125. Koch, Bacigalupo Grassigna, Schönhauser Allee 78. Freienstein (Weißensee), Königs-Chaussee 65. Frister u. Roshmann, Staltgerstr. 184/185.

Die Kollegen werden ersucht, obige Werkstellen zu beachten!  
147/15

Sonntag, den 8. März, vorm. 10 Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29:

## Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wie stellen sich die Kollegen zur Aufhebung des Streiks? 2. Wahl von Revisoren. 3. Verlesung derjenigen Werkstellen, in denen die Kollegen den Streikfonds vergessen haben. 4. Verschiedenes.  
Die Kollegen, welche Listen entnommen haben, werden gebeten, dieselben abzurechnen.  
159/1

Die Kommission.

# Stellmacher.

Am Sonntag, den 8. März, vormittags 9 Uhr, im Lokale von Nioft, Werberstraße 17:

## Große öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung der Lohnkommission und weitere Beschlussfassung. 2. Diskussion.  
Wegen der Wichtigkeit der Tages-Ordnung ersucht um pünktliches Erscheinen.  
159/1

Die Lohnkommission.

# Achtung! Schäftebrauche!

Sonntag, den 7. d. M., abends 9 Uhr, findet im Lokale Rosenthalerstr. 57: Versammlung mit Vortrag statt.  
Zahlreiches Erscheinen erforderlich.  
NB. Billets zum Rasenball sind daselbst zu haben.  
173/17

# Achtung! Schäftebrauche!

Sonntag, den 7. d. M., abends 9 Uhr, findet im Lokale Rosenthalerstr. 57: Versammlung mit Vortrag statt.  
Zahlreiches Erscheinen erforderlich.  
NB. Billets zum Rasenball sind daselbst zu haben.  
173/17

# Achtung! Schäftebrauche!

Sonntag, den 7. d. M., abends 9 Uhr, findet im Lokale Rosenthalerstr. 57: Versammlung mit Vortrag statt.  
Zahlreiches Erscheinen erforderlich.  
NB. Billets zum Rasenball sind daselbst zu haben.  
173/17

# Achtung! Schäftebrauche!

Sonntag, den 7. d. M., abends 9 Uhr, findet im Lokale Rosenthalerstr. 57: Versammlung mit Vortrag statt.  
Zahlreiches Erscheinen erforderlich.  
NB. Billets zum Rasenball sind daselbst zu haben.  
173/17

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

# Orts-Krankenkasse

## der Buchbinder u. s. w.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Jahresbericht pro 1895 erschienen ist und im Kassenlokal Luisen-Ufer 11 ausgegeben wird.  
25/11  
H. Lindstädt, Rendant.

Am 4. März entschlief nach langer Krankheit der Buchdrucker  
117b

## Waldemar Seydell

im 25. Lebensjahre, tief beklauert von den Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet am Sonntag Nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Werder'schen Kirchhofes, Bergmannstraße, aus statt.  
112b

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Bruder u. Schwager, der Wäcker  
112b

## Carl Schmidt,

nach schwerem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Marius-Kirchhofes, Wilhelmstraße, statt. Um stillen Beiseid bitten  
112b

## Die Hinterbliebenen.

Für innige Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes  
4596E

## Emil Strub

sage ich allen Kollegen u. Verwandten meinen tiefgefühlten Dank.  
4596E  
Ww. Strutz nebst Kindern.

Allen Genossen u. Bekannten empfehle mein  
124b

## Bier- u. Destillations-Lokal.

## Max Schayer,

Reichenbergerstr. 54, Ecke Lauscherstr. Große Zimmer (40-60 Personen) für Kassee etc. zu haben. Fernspr.-Anschl.  
114b

## Stimmbegabte Herren und Damen

werden aufgenommen im Gesangsverein (gem. Chor) Jugendlust jeden Freitag v. 9-11 b. Rudolph, Grüner Weg 20.  
114b

## Wer hilft?

Das Rechtsbureau Prinzenstr. 91, Moritzplatz, Gesuche, Eingaben, Briefe u. jurist. Rath nur 1,50 M. 115b

## Für Restaurateure!

Ein flottgehendes Klubhaus mit Festsaal u. 3 gr. Kegelbahnen, ist unständhalber an einen tüchtigen Restaurateur zu vermieten. Die Einrichtung muß übernommen werden. Meldungen bei Reich, Or. Frankfurterstraße 43. \*

Die weltbekannte **Bettfedern-Fabrik** Gustav Luffig, Berlin S., Brinjenstr. 46, verleiht gegen Kaution (nicht unter 10 M.) gerant. und sorgf. **Wolfe Bettfedern**, b. 55 Pf. Ostbannend. 50 St. 1,25. h. weiße Halbbaunen, s. 50 St. 1,75. vorzügliche Daunee, s. 50 St. 2,25. Von diesen Daunen genügen 3 Pfund zum größten Oberbett. Verzweiflung muß nicht brechen!

## Emallirte Milchkübel,

Rannen und Gemäß fertigt 4482E Otto Lindner, Gartenstr. 158.1

Täglich, auch Sonntags vorm. von 7-9 Uhr: 4041E

## Verkauf von gekochtem Rind- u. Schweinefleisch

à 30-40 Pf. per Pfd. Rücken fett à 45 Pf. per Pfd. Verwaltung der Kochanstalt Central-Viehhof.

## Sophastoff-Keite

in Rips, Damast, Crèpe, Phantase, Gobelin und Plüsch spottbillig! Proben franko! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.  
Läuferstoffe  
Emil Lefevre, Berlin S., Oranienstraße 158.

## Rohrtabak.

Größte Auswahl! Billigste Preise. Sämtliche Fabrikations-Artikeln.  
Heinrich Franck, Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

## Milchkübel,

Kannen, Satten, Dezimal- u. Tafelwagen Jordan, Kleine Markus-Strasse Nr. 28

## Sophastoff-Keite

zu Bezügen ausreichend in Phantase, Rips, Damast, Crèpe, Gobelin, Moquette und Plüsch sowie Sattel-taschen spottbillig.  
J. Adler Teppich-Fabrik, Spandauerstraße 30 gegenüber dem Rathhause. Reichillust. Preisliste gratis u. franko

## Sophastoff-Keite

zu Bezügen ausreichend in Phantase, Rips, Damast, Crèpe, Gobelin, Moquette und Plüsch sowie Sattel-taschen spottbillig.  
J. Adler Teppich-Fabrik, Spandauerstraße 30 gegenüber dem Rathhause. Reichillust. Preisliste gratis u. franko

## Sophastoff-Keite

zu Bezügen ausreichend in Phantase, Rips, Damast, Crèpe, Gobelin, Moquette und Plüsch sowie Sattel-taschen spottbillig.  
J. Adler Teppich-Fabrik, Spandauerstraße 30 gegenüber dem Rathhause. Reichillust. Preisliste gratis u. franko

# Metallarbeiter!

Sonntag, den 8. März, vormittags 10 Uhr, in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29:

## Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die gegenwärtigen Lohnbewegungen der Metallarbeiter. 2. Stellungnahme zum 1. Mai. 3. Wahl von Revisoren. 4. Wahl eines Delegierten zur Gewerkschaftskommission. Kollegen! Da ein geeignetes Lokal im Zentrum nicht zur Verfügung stand, findet diese Versammlung bei Keller, Koppenstr. 29, statt. Wir hoffen jedoch von allen Kollegen, daß dieselben für regen Besuch Sorge tragen werden, da die Versammlung wichtige Beschlüsse zu fassen hat.  
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.  
Otto Kaether, N., Kallamerstraße 44.  
118/11

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Rixdorf.

Sonntag, den 8. März, vorm. 11 Uhr, in den Viktoria-Sälen (kleiner Saal), Hermannstr. 49:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion über den diesjährigen Gewerkschafts-Kongress und Wahl eines Kandidaten zur Delegierten-Wahl. 3. Anschluß der Rixdorfer Verwaltungsstelle an Berlin. 4. Wahl eines Bibliothekars. 5. Verschiedenes und Verbandsangelegenheiten.  
121/3  
Gäste willkommen. Die Ortsverwaltung.

# Achtung! Feilenhauer und Berufsg.

Sonntag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Scheps, Gerichtstr. 10 (Hochplatz):

## Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Arbeitsniederlegung in den Feilenfabriken der Firma Magdo-frau-Berlin, Gerichtstrasse und Pankow. Sämtliche Feilenhauer und Berufsgenossen werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
118/4

Der Einberufer.

# Fachverein der Klempner

Berlins und Umgegend.

89/15

Sonntag, den 8. März, vorm. 10 Uhr, bei Grochow, Sebastianstr. 83:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Was lehrt uns die jetzige Bewegung unter den Klempnern? 2. Wie stellen wir uns zu den Forderungen, die am 27. Februar in öffentlicher Versammlung bekannt gegeben und beschlossen wurden? 3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.  
Gäste haben Zutritt. Ganz besonders sind die Werkstatt-Vertrauens-Kollegen hierzu eingeladen.  
Der Vorstand.

# Zimmerer

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 8. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale von Boltz, Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal):

## Große Versammlung

des Zentralverbandes deutscher Zimmerleute (Zahlst. Berlin).

Tages-Ordnung:

1. Unsere Lohnbewegung. 2. Neuwahl sämtlicher Bezirksleiter. 3. Wahl der Delegierten zum Provinzial-Verbandsstage. Erscheinen der Mitglieder aus den umliegenden Zahlstellen ist notwendig. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.  
254/17

Der Vorstand.

NB. Die Bibliothek ist an diesem Tage geöffnet; sämtliche ausgegebenen Bücher sind mitzubringen.  
D. O.

# Verband d. Banarbeiter

und Berufsgenossen Deutschlands (Zahlstelle Berlin).

Sonntag, den 8. März, vormittags 11 Uhr, im Etablissement Süd-Ost, Waldemarstr. 75:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Konsum- und Produktivgenossenschaft. Ref. Gen. Fr. Hofmann. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden dort aufgenommen.  
32/10

Die Ortsverwaltung.

# Tischler-Verein.

Sonntag, den 7. März, abends 9 Uhr, Meidiorstr. 15:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Wurm über: „Die Pflege der Augen“ mit Demonstrationen. 2. Abrechnung vom diesjährigen Maskenball und Vereinsangelegenheiten. Damen und Gäste haben Zutritt. Die Mitglieder werden auf § 3 des Statuts aufmerksam gemacht.  
129/1

Der Vorstand.

# Achtung! Steinarbeiter Berlins u. Umgegend.

Freitag, den 6. März, abends 7 1/2 Uhr, Alexanderstr. 270 (Englischer Garten):

## Große Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung über die Verhandlungen der streikenden Kollegen in Buzylan und den umliegenden Bräcken und Beschlussfassung. 2. Verschiedenes.  
207/1

Der Vertrauensmann.

# Nordhäuser

Liter-Flasche 80 Pf., 90 Pf., 1 Mark mit H. Korn (verschied. gemischt) 45 Pf. ohne H. L. L. Cognac, Rum, Ungarweine etc.  
33b Carl Schindler, Chaussee 55.



## Rede des Genossen Singer, gehalten bei der Beratung des Etats pro 1896/97 in der Stadtverordneten- Versammlung.

Meine Herren, in der ersten Beratung des Etats, werde ich die einzelnen Posten, die aus dem Etat ersichtlich sind, Ihnen hier nicht vortragen. Ich bin eher der Meinung, daß es richtig ist, daß die Stadtverordneten-Versammlung, bevor sie in die Beratung des Etats eintritt, ähnlich, wie der Etat es selbst macht, eine Bilanz über das, was in der städtischen Verwaltung geschieht, wie über das, was nicht geschieht, aufzustellen hat. Ich werde mir deshalb erlauben, eine Reihe von Gesichtspunkten zu erörtern, die in den Vorträgen der Herren Vorredner nicht zum Ausdruck gekommen sind. Ich habe deshalb auch keinen Anlaß, wie der Vorredner zu klagen, daß die Herren mir das Material vorweg genommen haben.

Ich möchte zunächst dem Herrn Kammerer gegenüber das Bedauern aussprechen, daß wir den Etat diesmal später bekommen haben als im vorigen Jahre. Es herrscht seit einer Reihe von Jahren Klage darüber, daß durch die späte Herübergabe des Etats die Etatsberatungen der Versammlung dadurch beeinträchtigt werden, daß wir nun, um zum bestimmten Termin mit dem Etat fertig zu werden, die Beratungen außerordentlich beschleunigen müssen. Geschiehter Weise ist das im vorigen Jahre geändert worden; aber ich fürchte, wenn wir nicht heute die Gelegenheit benützen, um den Magistrat zu ersuchen, diese verspätete Herübergabe des Etats wirklich nur als eine Ausnahme und als etwas einmaliges Vorkommendes zu betrachten, daß wir dann in dieselbe Situation wieder kommen, und das würde ich für sehr bedauerlich halten. Ich darf dreist behaupten, daß es nicht nötig ist, daß der Etat so spät an die Versammlung kommt. Soll die Versammlung ihre Pflicht bei der Etatsberatung so erfüllen, wie sie es muß, dann muß sie Zeit zur Beratung haben, und wir werden an den Herrn Kammerer die Bitte richten müssen, dafür zu sorgen, daß die Versammlung spätestens zu Anfang Februar in den Besitz des Etats komme.

Meine Herren, die Ansicht, die der Herr Kammerer in bezug auf die Bauplatzsteuer ausgesprochen hat, kann ich im großen und ganzen, soweit es sich um das faktische Ergebnis handelt, theilen. Ich bin auch der Meinung, daß bei der Unsicherheit, die augenblicklich über dieser Steuer schwebt, es vielleicht richtig ist, mit der Erhebung der Bauplatzsteuer so lange zu warten, bis auf Grund einer Judikatur die Rechtsgrundlagen, nach denen diese Steuer erhoben wird, festgestellt sind. Aber, meine Herren, es hätte zur Verteidigung dieses Antrags des Magistrats nicht des, wie soll ich sagen, sentimentalen Bedauerns bedurft, dem auch der Herr Kammerer gewissermaßen Ausdruck gegeben hat, und das sofort ein Echo bei einem der Herren Vorredner gefunden hat. Meine Herren, ich stehe heute nach wie vor auf dem Standpunkte, daß die Bauplatzsteuer auf sich eine durchaus gesunde und gerechte Kommunalsteuer ist; und wenn es uns gelingt, die wüste Spekulation einzudämmen, die sich an den Umstand knüpft, daß, wenn jemand im Besitze eines Terrains ist, er es nur ein paar Jahre liegen zu lassen braucht, um einen Mehrertrag zu erzielen, — wenn wir dieses durch die Bauplatzsteuer beschränken, so thun wir etwas Gutes im Interesse der Bürgerschaft und der gesamten Bevölkerung. Für das Gellage über die Belastung des Grundbesitzes habe ich gar nicht das Maß von Entgegenkommen, wie es in vielen Kreisen dieser Versammlung zum Ausdruck kommt, — allerdings nicht unverwundlich, denn die Hälfte der Mitglieder dieser Versammlung besteht ja aus Grundbesitzern, und es hieße Uebermensliches verlangen, wenn man erwarten wollte, daß der Grundbesitz gegen seine materiellen Interessen gerichtete Steuern gutheißt.

Die Ausführungen, die die Herren Redner der Versammlung im einzelnen gemacht haben, geben mir keine Veranlassung, darauf einzugehen, abgesehen von einigen Punkten, auf die ich noch im Laufe meiner Ausführungen zurückkommen werde.

Ich sagte vorher, man soll auch bei der Etatsberatung an das denken, was nicht geschieht. Das führt mich auf ein Gebiet, welches sich ja der Fürsorge aller Herren in der Versammlung und im Magistrat erfreut: das ist das Gebiet der Schulen, auf dem aber, wie ich glaube, doch noch außerordentlich viel zu thun übrig bleibt — ohne damit die günstigen Leistungen unserer städtischen Schulen in Zweifel zu ziehen.

Meine Herren, es wurde vorher von einem Schmerzenden dieser Versammlung gesprochen. Ich komme dabei auf ein Schmerzenden meiner Freunde, auf den Antrag, den wir wiederholt gestellt haben, der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel. Dafür sind im Etat 40 000 M. angelegt; verbraucht sind, wenn ich nicht irre, etwa 22 000 M. Man könnte vielleicht aus diesem Umstande schließen, daß die Summe ausreichend sei, daß man also über die Sache hinweggehen könne. Ganz abgesehen davon aber muß ich mich prinzipiell dagegen aussprechen, daß diese Summe unter dem Rubrum „Schulmittel für bedürftige Kinder“ geführt wird. Und vor allen Dingen kann der Vortheil, der in der Unentgeltlichkeit der Schulmittel liegt, nicht zum Ausdruck kommen, wenn nicht der Rodus, nach dem die Lehrmittel vertheilt werden, verändert wird. Heute werden die Lehrmittel vertheilt nach einer Untersuchung durch die Bezirks-Schulkommissionen. Ohne daß diese Untersuchung durch die Schulkommissionen die Folgen hat, daß die Hergebe der Lehrmittel als eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln angesehen wird, ist doch die Thatsache, daß die Verhältnisse der Eltern erst untersucht werden, ein Umstand, der eine ganze Menge Leute, die es sehr gern sehen würden, und deren Verhältnisse es durchaus angemessen erscheinen möchte, ihnen die Lehrmittel zu liefern, davon zurückhält, sich der Unannehmlichkeit auszusetzen, von Leuten, die in ihrem Bezirk wohnen, mit denen sie sonst ab und zu Verkehr haben, ihre Verhältnisse untersuchen zu lassen, ob sie der Wohlthat der unentgeltlichen Lehrmittel bedürftig sind. Wenn man sich nicht dazu auftrauen kann, die Lehrmittel als ein Korrelat des unentgeltlichen Gemeindefachunterrichts zu liefern, dann sollte man doch wenigstens dem Lehrkollegium oder dem Rektor die Entscheidung darüber überlassen, welches Kind mit unentgeltlichen Lehrmitteln auszustatten ist, nicht aber den Apparat der Schulkommission in Anspruch nehmen, bei dem das Degradirende einer Untersuchung nicht zu vermeiden ist.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch ein anderes Moment zur Sprache bringen und die Schulverwaltung bitten, dafür zu sorgen, einem Uebelstande abzuhelfen, der im Winter von ziemlich großer Bedeutung ist. Unsere Schulen werden jetzt um  $\frac{1}{4}$  Uhr geöffnet. Wer aber durch seine Geschäfte oder durch den Wunsch, diese Dinge aus eigener Anschauung kennen zu lernen, in den Frühstunden des Winters vor die Gemeindefachschulen sich begibt, findet, daß eine Menge Kinder vor der Schule warten bis zu dem Zeitpunkt, wo das Thor geöffnet wird. Die Thatsache, daß eine Anzahl Kinder früher zur Schule kommt, rührt von der sozialen Lage her, in der sich die Eltern vielfach befinden; der Vater muß früh an die Arbeit, die Mutter ist vielfach außer dem Hause beschäftigt, die Kinder werden frühzeitig aus dem Hause geschickt, und so mag es kommen, daß viele Kinder sich früher vor dem Schulkollegium versammeln, als es notwendig wäre. Daß das im Winter für die

Gesundheit der Kinder mit Uebelständen verknüpft ist, liegt auf der Hand, und die Schulverwaltung könnte dagegen Fürsorge treffen in der Weise, daß wenigstens ein Zimmer in der Schule geöffnet ist, um den Kindern den Aufenthalt auf der Straße zu ersparen.

Eine wichtige Frage, die in hygienischer Beziehung außerordentlich bedeutungsvoll ist, ist die Frage, die hier auch schon mehrfach behandelt worden ist, die vermehrte Reinigung der Schulklassen. Die Gesellschaft für Gesundheitspflege hat neulich eine Resolution gefaßt, worin die sachverständigen Herren es für notwendig erachteten, daß jede Klasse mindestens täglich nach aufgewischt wird, um die gesundheitschädlichen Zustände, die sich bei Nichtbefolgung dieser Vorschrift entwickeln können, zu verhindern. Ich hoffe, daß es nicht mehr so lange dauert, daß im Magistrat diese Auffassung zur Geltung kommt.

Meine Herren, bei dem Schulwesen habe ich einer Frage Erwähnung zu thun, die durch unsern Etat uns nahe gelegt wird. Die Vorlage des Magistrats sagt darüber, daß infolge der Abänderung der Gewerbe-Ordnung von 1891 für das Fortbildungs-Schulwesen ein gewisser Rückgang zu verzeichnen sei, und theilt mit, daß eine Reihe von Sonntagsschulen eingezogen werden müssen infolge der Bestimmung, die für den Sonntagunterricht in der Fortbildungsschule gegeben ist. Meine Herren, so werthvoll ich den Fortbildungsschulunterricht halte, und so sehr ich bemüht bin, nach allen Kräften dafür zu sorgen, daß diesem Fortbildungsschulunterricht möglichst Ausdehnung gegeben wird, so wenig bin ich in der Lage, diesen Umstand zu bedauern, weil ich ihn als einen Stimulus dafür ansehe, daß endlich der Antrag, den wir wiederholt hier eingebracht haben, zur Annahme gelangt, nämlich, von dem Recht des § 120 der Gewerbe-Ordnung Gebrauch zu machen und durch Ortsstatut zu bestimmen, daß die Arbeitgeber verpflichtet werden, ihren Arbeitern unter 18 Jahren die notwendige Zeit zum Fortbildungsschulunterricht in der Woche frei zu geben. Wenn der Fortfall des Sonntagsschulunterrichts diese Folge haben sollte, würde ich sehr erntet sein, und bei dem Interesse, welches auch hier die Stadt dem Fortbildungs-Schulunterricht und dem gewerblichen Unterricht widmet, glaube ich, hoffen zu dürfen, daß diese von der Etatsvorlage des Magistrats als schlimm gefundene Sachlage dazu führen wird, diejenigen Einrichtungen zu treffen, die getroffen werden müssen, wenn der Fortbildungs-Schulunterricht überhaupt Wirksamkeit haben soll. Ich möchte die Schulverwaltung, der ja auch dieses Gebiet unterliegt, bitten, nach der Richtung hin möglichst zeitig mit organisatorischen Vorbereitungen voranzugehen.

Meine Herren, das große Gebiet der Gesundheitspflege, welches für die Wohlfahrt unserer Stadt von enormem Interesse ist, wird nach meiner Ueberzeugung viel zu wenig beachtet. Ich will nur jetzt eins herausgreifen. Wir lassen uns auf dem Gebiet der Gesundheitspflege durch kleinere Städte überflügeln. Wir haben wiederholt hier den Antrag gestellt, man möge Sanitären anstellen, um den Gesundheitszustand der Schulkinder unter dauernder Kontrolle zu haben. Meine Herren, kleine Städte wie Offenbach und Wiesbaden haben sich dieser Verpflichtung nicht entzogen. Wie notwendig die Einführung von Schulärzten auch bei uns ist, erleben die Herren, wenn sie sich den Bericht unserer Kaiserverwaltung durchsehen, der außerordentlich instruktiv dafür ist, daß es unbedingt notwendig ist, die Schulkinder in bezug auf ihren Gesundheitszustand — ich erinnere namentlich an die Kurzsichtigkeit — dauernd unter Kontrolle zu haben und Einrichtungen zu treffen, um Zustände zu verhindern, die dem späteren Fortkommen unserer Gemeindefachschüler außerordentlich schädlich sein können.

Aber wir leben in Berlin in bezug auf die städtische Gesundheitspflege in ganz eigentümlichen Verhältnissen, nämlich in dem Verhältnis, daß dieses überaus wichtige Ressort so nebenbei von der Armenverwaltung resortirt. Ich bitte um die Erlaubnis, nur einen Satz aus dem Bericht der Armenverwaltung vorlesen zu dürfen, aus dem klar hervorgeht, welche unendlichen Aufgaben auf diesem Gebiete von der Stadt gar nicht berücksichtigt sind. Denn naturgemäß beschäftigt sich die Armenverwaltung doch nur mit den Leuten, die ihrem Ressort unterstehen. Der Bericht der Armenverwaltung vom 1. April 1894 bis 1. April 1895 spricht sich darüber folgendermaßen aus: Nachdem mittheilt wird, daß gegen früher verbesserte Einrichtungen zur Erforschung der Verhältnisse der Armenkranken geschaffen sind, heißt es:

Ueber die hygienischen Verhältnisse der Wohnungen wird in den Berichten mehrfach geflagt, so z. B. im 1. Medizinalbezirk (Altstadt) über alte überdörferte Häuser, mehrfach Familienhäuser, namentlich wird eine ehemalige Kaserne und ein Waisenhaus namhaft gemacht; ferner wird geflagt über feuchte, dumpfige Keller im 29. (Breitauer-, Fruchtstraße), 28 (wo eine Kellerwohnung als menschenunwürdig polizeilich geschlossen wurde), 29. (Grenadier-, Auguststraße), 58. (Wedding und Gesundbrunnen), 78. (Bernauer-, Streifenstraße u. s. w.) Medizinalbezirk. Die Beschaffenheit der Wohnungen, heißt es in letzterem Bericht, läßt viel zu wünschen übrig; es ist nichts Seltenes, daß auf einem Korridor vier bis fünf Parteien mit ihren Schlafleuten wohnen; oft bestehen die Wohnungen der Armenkranken aus einem Zimmer, in dem gewohnt, geschlafen und gekocht wird, häufig von fünf bis sechs Personen. Ein anderer Uebelstand besteht vielfach darin, daß für eine große Anzahl von Personen nur 2 bis 3 auf dem Hof belegene Klosets vorhanden sind, der sich für die Armenkranken, denen es oft an dem nöthigen Wartepersonal fehlt, besonders fühlbar macht.

Zu einem Bezirk wurde eine Diphtheritis-Epidemie, welche im Winter 1894/95 zahlreiche Opfer forderte, durch das enge Zusammenwohnen sehr begünstigt; dieselbe ist allerdings inzwischen erloschen. Dank dem Umstand, daß der größte Theil der Kinder behufs der Serumtherapie, gemäß Anweisung der Armenverwaltung, gleich am ersten Tage dem Krankenhaus überwiesen wurde.

Meine Herren, diese — ich möchte sagen — in ihrem trockenen Bureaualte um so erschütternderen Mittheilungen sprechen natürlich nur von dem, was sich den Armenärzten in ihrer Armenpraxis zeigt. Daß aber ähnliche Verhältnisse in vielen, vielen Fällen in unserer Stadt auch noch vorkommen, darüber wird bei keinem der Herren ein Zweifel obwalten; und ich meine, dieser Bericht der Armenverwaltung spricht dringender, als irgend ein Redner es könnte, dafür, endlich einmal die Forderung zu erfüllen, die im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt, der Hygiene gestellt werden muß, nämlich die Schaffung eines städtischen Gesundheitsamtes, von dem aus alle die Fragen ressortiren, die sowohl die Wohnungsfrage als die Lebensbedingungen und was dahin fällt, betreffen. So lange Sie nicht diese große Zentralisation schaffen und im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege einen Brennpunkt etablieren, von dem aus alle Maßnahmen vorgeschlagen und geleitet werden, so lang werden Sie die in dem Bericht der Armenverwaltung geschilderten Erscheinungen nicht aus der Welt schaffen können, und die eine eminente Gefahr für die Gesundheit der Stadt, nicht nur für die Armen und Kranken, sondern durch Berührung mit diesen Personen auch für die gesamte Bürgerschaft, für die gesamte Stadt bilden.

Es liegt ja nahe, daß ich bei dieser Gelegenheit ebenfalls auf einen Vorschlag zurückkomme, der auch von uns bereits häufig ventilirt worden ist, nämlich auf das Verlangen der un-

entgeltlichen Desinfektion. Es ist mir überhaupt zweifelhaft, ob diese Anstalten so eingerichtet sind, sei es ihrer Größe nach, sei es ihrem Personal nach, daß sie die Anforderungen, die man an sie stellt, erfüllen können. Wenn wir uns den Bericht der Verwaltung, der diese Anstalten unterliegen — auch merkwürdigerweise wieder die Armenverwaltung, Abteilung für Arbeitshaus — ansehen, so lesen wir, daß im Verwaltungsjahre etwa in 200 Fällen desinfizirt worden ist. Ja, meine Herren, ich bin Laie, aber so viel weiß ich auch, daß das nicht im entferntesten die Ziffer ist, wo vermöge ansteckender Krankheiten in der Familie eine Desinfektion notwendig gewesen wäre. Es ist ganz unmöglich, daß die Abteilung für das Obdach und das städtische Arbeitshaus diese großen Aufgaben übernimmt. Auch da muß durch ein städtisches Gesundheitsamt eine Organisation geschaffen werden, die sachverständig ist und der die Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, um die großen Gefahren nach Möglichkeit von unserer Stadt fernzuhalten.

Meine Herren, noch mehr als die eben angeregten Fragen erhebt mir als ein Mangel unserer Stadt, der im Vergleich mit anderen Städten Berlin auch nicht zum Vorteil gereicht, das Fehlen der sozialen Fürsorge, die nach meiner Ueberzeugung notwendig ist, — um so notwendiger, je größer die Stadt ist. Meine Herren, es hat etwas Beschämendes für denjenigen, der die Erscheinungen auf diesem Gebiete aufmerksam verfolgt, wenn er sowohl mit dem Auslande, als mit einer Reihe von Städten des Inlandes Vergleiche darüber anstellt, was in dieser Beziehung in Berlin geschaffen ist und wie es nach der Richtung hin wo anders aussieht.

Meine Herren, ich freue mich, in einem Punkte mit dem Herrn Kollegen Katsch übereinstimmen zu können, nämlich in der Anerkennung, die er der Thätigkeit des hiesigen Gewerbegerichts ausgesprochen hat. Ich bin auch mit ihm der Meinung, daß unser Gewerbegericht die sozialpolitische Aufgabe, zu deren Erfüllung es gegründet ist, erfüllt hat, und ich darf es uns speziell zur Ehre anrechnen, daß wir die ersten waren, die hier in der Stadtverordneten-Versammlung den Antrag gestellt haben auf Errichtung des Gewerbegerichts, eine Verpflichtung, der ja die Stadt Berlin erst nachgekommen ist, als sie durch das Reichsgesetz dazu gezwungen wurde, während andere Städte, Leipzig und sächsische Städte, diese Einrichtung schon längst gehabt haben, ehe Berlin sich berufen geworden ist, daß es auch ein Gewerbegericht haben muß. (Zuruf.) Herr Kollege, sehen Sie, bitte, die Akten nach; Sie werden sich daraus überzeugen, daß ich nicht nötig habe, auch nur ein Wort von dem, was ich gesagt habe, zurückzunehmen.

Die Thätigkeit, meine Herren, der auch wir Anerkennung zollen, beweist aber aufs neue, wie notwendig auch nach dieser Richtung die Errichtung einer Stelle ist, die zentralisierend das ganze Gebiet der sozialen Fürsorge für die arbeitenden Klassen ihrer Thätigkeit unterzieht. Meine Herren, heute haben wir die Gewerbe-Deputation; sie ist das einzige Organ, das in der Stadt Berlin dafür existirt. Ich will in diesem Augenblick die Sache nicht zu weit ausspannen; wer sich aber der Thätigkeit — nicht der Gewerbe-Deputation, das wäre unecht, das zu sagen —, aber der Thätigkeit eines Mitgliedes der Gewerbe-Deputation, des Magistratskommissars für die Orts- und Krankenklassen Berlins erinnert, der weiß, daß die Gewerbe-Deputation wirklich nicht das Organ ist, dem man mit ruhigem Gewissen die Vertretung dieser Interessen für die übergroße Anzahl unserer Mitbürger anvertrauen sollte. Ich bemerke dies im Hinblick auf die Kontroversen, die in bezug auf die freie Arztwahl sich entsponnen haben, wo allerdings der Magistratskommissar eine Stellung eingenommen hat, die schon um deswillen nicht als richtig bezeichnet werden kann, weil es das Naturgemäße ist, den Orts- und Betriebskranken die Wahl derjenigen Ärzte zu überlassen, zu denen sie das Vertrauen haben, sich von ihnen behandeln zu lassen.

Es ist aber nicht diese Frage allein, die die Errichtung eines Arbeitsamtes nötig macht. Wir müssen ein Arbeitsamt haben, die Regelung des Arbeitsnachweises in gerechter Weise für die ganze Stadt vorzunehmen, und ich möchte wünschen, daß der Zeitpunkt nahe ist, wo der Magistrat von seiner Aufassung abkommt, daß er seine Pflicht in dieser Richtung erfüllt, indem er irgend einem Privatverein 5000 oder 10 000 M. Beitrag giebt. Das ist eine Aufgabe, die die Stadt selbst zu erfüllen hat, und sie muß sie um so mehr erfüllen, als sie auch in ihrem finanziellen Interesse liegt. Denn je mehr Einrichtungen Sie schaffen, je besser Sie den Arbeitsnachweis regeln, desto mehr machen Sie auch die Arbeitslosen wieder fähig; Sie erhalten sie bei der Arbeit und schützen sie davor, der öffentlichen Armenpflege zur Last zu fallen; Sie entlasten also die öffentliche Armenpflege durch Einrichtungen, die geeignet sind, in vernünftiger Weise die Thätigkeit auf diesem Gebiete zu regeln.

Dann, meine Herren, ein weiterer, außerordentlich fühlbarer Mangel ist die geringe Fürsorge, die nach meiner Meinung die Stadt den städtischen Arbeitern, die direkt oder indirekt, sei es im eigenen städtischen Betriebe oder bei Unternehmern, die von der Stadt beschäftigt werden, in bezug auf die Versicherungs-Versicherung angedeihen läßt. Unser Antrag, der neulich hier verhandelt worden ist, ist dem Magistrat mit dem Ersuchen überwiesen, die tatsächlichen Verhältnisse festzustellen, und es wird sich herausstellen, daß nicht wenige Arbeiter, die direkt oder indirekt im städtischen Dienst beschäftigt sind, der Vorteile der Unfallversicherung entbehren. Auch in bezug auf die Alters- und Invaliditätsversicherung liegen schwere Mängel vor. Ja, meine Herren, ein Vorgang, der zu meiner Kenntnis gekommen ist, erweckt fast den Ruf, als ob man im Magistrat in den einzelnen Verwaltungen, namentlich der Bauverwaltung, überhaupt prinzipiell der Ansicht sei, daß es nützlich wäre, wenn die Stadt nach Möglichkeit die Versicherungsspflicht dadurch von sich abwälze, daß man Privatunternehmer in die Stelle setzt, an der früher die städtische Verwaltung selbst gestanden hat. Mir ist ein Vorfall zur Kenntnis gekommen, der die fogenannten Straßenwalzen, die zur Planirung der Wege und Chaussees benutzt werden, betrifft. Es wird behauptet, daß während früher die Dampfwalzen in städtischer Verwaltung unter städtischer Aufsicht betrieben worden sind, in der letzten Zeit diese Walzen an Privatunternehmer vergeben sind, weil — diese Behauptung wird gemacht; ob sie richtig ist, wird sich feststellen lassen — ein Herr unserer Bauverwaltung gedankt habe, es empfehle sich dieser Rodus, um dem etwaigen Risiko bei der Unfallversicherung aus dem Wege zu gehen. Ich halte das für einen großen Uebelstand; vielleicht werden wir im Staatsauschuss Gelegenheit haben, authentische Aufklärungen über diesen Fall zu bekommen. Auch finanziell hat es eine außerordentliche Wirkung, falls es sich bewahrheitet, weil in diesem Falle, wie mir mitgeteilt worden ist, der Arbeiter unter der städtischen Verwaltung mit 40 Pf. entlohnt worden ist, der Unternehmer dagegen, dem die Sache übergeben ist, pro Stunde 1 M. berechnet. Meine Herren, Sie sehen, daß die Sache auch finanziell von der weitgehendsten Bedeutung wäre.

Aber, meine Herren, ich meine, daß das Gebiet der sozialen Fürsorge, welches ein so außerordentlich weites ist, viel mehr gefördert werden muß, als das heute der Fall ist. Meine Herren, Sie erinnern sich, daß wir es als eine Aufgabe der Stadt von jeher, solange wir in dieser Versammlung sind, bezeichnet haben, daß die Stadt da, wo sie als Arbeitgeber auftritt, wenigstens



die Verpflichtung anerkennt, daß den von der Stadt beschäftigten Unternehmern bestimmte Bedingungen vorgeschrieben werden, sowohl in bezug auf den Lohn als die Arbeitszeit der Arbeiter. Auf diesem Gebiete muß ich leider konstatieren, daß eine Reihe anderer Städte Berlin weit überholt haben. Wie weit die Fürsorge auf diesem Gebiete von anderen Städten angefaßt wird, das können Sie aus dem Umstand ersehen, daß nicht etwa nur von sozialdemokratischen Schriftstellern, sondern auch aus bürgerlichen Parteien heraus die Anschauung vertreten wird, daß es Aufgabe der Städte sei, dafür zu sorgen, daß alles das, was ich Ihnen vorgetragen habe, im Interesse der Arbeiter, so wie wir fordern, geregelt wird. Es heißt hier in einem mit vorliegendem Vortrage: der Schutz gegenüber Arbeitslosigkeit der Arbeiter sei die beste Armenunterstützung; es sei sehr zu überlegen, ob nicht den Submittenten ein Minimallohn und eine Maximalarbeitszeit für ihre Arbeiter zur Pflicht gemacht werden soll; man müsse sehr überlegen, ob nicht Einrichtungen geschaffen werden müssen durch Hilfe der Städte, die ihre Lieferungen nur unter Bedingungen vergeben, die die Arbeiter befähigen, in bessere Verhältnisse zu kommen.

Meine Herren, daß auf diesem Gebiete bereits tatsächlich Einrichtungen, wie wir sie wollen, in anderen Städten bestehen, darüber nur zwei ganz kleine Mittheilungen. Seit Mitte Januar 1894 ist in Amsterdam eine Einrichtung in Kraft, wonach die städtischen Unternehmer verpflichtet werden, ihren Arbeitern nicht geringere Löhne, als durch Vertrag mit der Stadt festgesetzt ist, zu zahlen, und wodurch die Maximalarbeitszeit für die Unternehmer festgesetzt ist.

Meine Herren, der County Council in London, über dessen Einrichtungen ich Ihnen wiederholt Mittheilungen gemacht habe, hat unter dem 4. Februar d. J. einen Beschluß gefaßt, den ich Ihnen mit Erlaubniß des Herrn Vorsethers zur Kenntniß bringen möchte, weil er ganz charakteristisch ist für die Auffassung, die sich im Londoner Grafschaftsrath durchgerungen hat, daß es eine soziale Pflicht der großen Kommunen sei, Vorrichtungen zu treffen, durch die die Millionen von Arbeitern in Verhältnisse kommen, die sie befähigen, menschenwürdig zu leben und sie vor allen Dingen befähigen, ihre Pflicht als Bürger erfüllen zu können.

In der Sitzung des Londoner County Council vom 4. Februar kam wieder die Frage der „Foir Wages“ zur Diskussion. Die diesbezüglichen gefaßten Beschlüsse zeigen, daß der Grafschaftsrath gewillt ist, auf der von fortschrittlichen Mitgliedern der Gemeindevvertretung eingeschlagenen Bahn weiterzuschreiten. Den „Standing Orders“ des County Council zufolge müssen die Unternehmer, an welche Gemeinde-Bauarbeiten vergeben werden, ihren hierbei beschäftigten Arbeitern die von den Gewerksvereinen festgesetzten Löhne zahlen, und zwar gilt diese bindende Verpflichtung für alle im Umkreis von 20 englischen Meilen befindliche Arbeitsstätten. In der erwähnten Sitzung nun gelangte ein Antrag, daß der Fairwages-Kaufel unterworfenen Terrain auf das Gebiet im Radius von 12 Meilen einzuziehen, zur Verhandlung. Der Antrag wurde jedoch mit 61 gegen 48 Stimmen abgelehnt.

Es heißt dann zum Schluß weiter:

Dagegen beschloß das County Council, daß jeder Unternehmer einer kommunalen Arbeit, der seine Arbeiter länger arbeiten läßt, als es im Lieferungsvertrag bedingt ist, einer Geldstrafe von 5 Schilling per Arbeiter und Uebertunde verfallt; des weiteren ist der Unternehmer verpflichtet, dem inspizierenden Beamten jederzeit seine Arbeitszeit und Lohnlisten behufs Kontrolle vorzuweisen und verfallt im Weigerungsfalle einer Geldstrafe von 3 Pfund Sterling.

Meine Herren, es ist nicht London allein, wo solche Einrichtungen bestehen. Ich weise auf Paris hin, wo seit einer Reihe von Jahren der Gemeinderath seine städtischen Arbeiten nur auf Grund von Kontratten vergiebt, in denen Arbeitszeit und Löhne festgesetzt sind, Löhne, die denjenigen Vereinbarungen entsprechen, die die Gewerkschaften mit den Unternehmern festgestellt haben. Sie sehen also, daß wirklich hier das Sprichwort Anwendung finden kann: wo ein Wille ist, findet sich der Weg. Ich meine, wir sollten uns bemühen, diesem Beispiele zu folgen, und je eher, desto besser wird es sein für den Ruf der Metropole des Deutschen Reiches.

Meine Herren, die Auffassung, die in der städtischen Verwaltung bisher geltend war, muß, entsprechend dem sozialen Zuge unserer Zeit, einer anderen Auffassung Platz machen. Auch die städtische Verwaltung von Berlin muß begreifen, daß sie sozialpolitische Aufgaben zu erfüllen hat, wenn der Haupttheil der Berliner Bevölkerung in gesundheitlich und wirtschaftlich vernünftige Verhältnisse kommen soll. Den Herren, die sich für die Dinge interessieren, möchte ich sehr empfehlen, die Aufsätze über „Die Aufgaben städtischer Sozialpolitik“, erschienen im Verlage des Hamburgischen Korrespondenten, einer Prüfung zu unterziehen. Sie werden daraus ersehen, daß die sozialpolitischen Aufgaben einer großen Stadt darin bestehen zu regeln die Lohnfrage, Wohnungsfrage, städtische Betriebe, Bodenpolitik, Selbsthilfe, Gesundheitspflege, Arbeitsnachweis und Armenpflege. Meine Herren, es wäre in der That sehr notwendig, daß wir durch die Errichtung eines Arbeitsamtes in die Lage kämen, alle diese Fragen eingehend zu behandeln, und Sie werden sich die Ihnen unangenehmen Reden nach dieser Richtung hin am leichtesten dadurch ersparen, daß Sie unseren Forderungen auf diesem Gebiete mehr Sympathie entgegenbringen, als es bisher leider geschehen ist.

Meine Herren, ich habe gemeint, daß es die Aufgabe eines Stadtvorstandes ist, nicht nur die Zahlen, die im Etat stehen, einer Beleuchtung zu unterziehen — dazu haben wir im Etatsanschluß und bei der zweiten Beratung Zeit —, sondern auch die Aufmerksamkeit der Versammlung auf diejenigen Aufgaben zu lenken, die meiner Ueberzeugung nach erfüllt werden müssen im Interesse der allen Wohlstand schaffenden Arbeiterklasse und bei deren Erfüllung die Ehre unserer Stadt im Spiele ist. (Bravo)

### Londoner Brief.

Unser englischer Korrespondent sandte uns am 23. v. M. die folgende Korrespondenz, die wir leider wegen Stoffüberflusses erst heute publiciren können.

Zwei Nachwahlen haben gestern den Liberalen Trost in ihrem jetzigen Glend gebracht. Im District Montrose (Schottland) ist einer ihrer Führer, John Morley, an stelle eines Liberalen, der sein Mandat niedergelegt, mit bedeutend erhöhter Majorität gewählt worden, und in Southampton ist es ihnen gelungen, den Konservativen einen Sitz zu entreißen. Einzelwahlen werden durch so viel lokale und andere Nebenwirkungen beeinflusst, daß es grundverfehlt wäre, diesen Wahlen eine größere symptomatische Bedeutung beizulegen, aber eine gewisse Rückwirkung auf die politische Situation dürfte sie jedenfalls haben. Sie lassen die Lage der liberalen Partei als etwas weniger hoffnungslos erscheinen, als sie bisher gegolten und erhöhen damit in entsprechendem Maße das Gewicht ihrer Kritik. Was zunächst noch immer nicht viel sagen will.

In Southampton stand neben den beiden bürgerlichen Kandidaten auch ein Sozialist, Genosse Gibson von der sozialdemokratischen Föderation, zur Wahl. Er erhielt 274 von insgesamt 1158 abgegebenen Stimmen. Das ist bei einer zum großen Theil aus Arbeitern bestehenden Wählerchaft wenig genug, und es würde traurig sein, wenn dieses Verhältnis als der Ausdruck der Stärke des sozialistischen Gedankens in der besagten Hafenstadt betrachtet werden müßte. Dem ist indessen nicht so. Die geringe Stimmenzahl ist meines Erachtens die Folge eines großen taktischen Fehlers seitens unserer Genossen von der

sozialdemokratischen Föderation. Bei der Hauptwahl im vorigen Jahre hatte die Independent Labour Party ihr Mitglied V. R. Macdonald in Southampton aufgestellt, und, trotzdem die Föderation denselben bekämpfte, 868 Stimmen für ihn erzielt. Das war noch nicht sehr viel, aber für die hiesigen Verhältnisse eine prästentable Zahl, ein Achtung gebietender Anfang. Da stellt, wie es bekannt wird, daß eine Nachwahl nöthig wird, die Föderation, ohne sich mit der Independent Labour Party vorher zu verständigen, Gibson auf, um gegebenenfalls auch gegen Macdonald zu kandidiren. Letzterer war vernünftig genug, unter diesen Umständen vom Kampf zurückzutreten, aber die Menschen müßten nicht Menschen sein, wenn danach die Mitglieder der Independent Labour Party große Begeisterung für die Kandidatur Gibson entfalteten. Sie werden sich wahrscheinlich der Stimme enthalten haben. Die Moral des ganzen Spiels liegt so klar auf der Hand, daß ich mir jede weitere Bemerkung ersparen kann. Nicht der sozialistische Gedanke hat eine Niederlage erlitten, sondern der unsozialistische Sektenegeist.

In Montrose wollte die dort vertretene Ind. Labour Party anfänglich Herrn Morley, der bekanntlich Gegner des geflüchteten Aristokratentages ist, einen Gegenkandidaten gegenüberstellen, nach genauer Sondirung des Schlosfeldes kam sie aber zur Ueberzeugung, daß die zu erwartende Stimmenzahl das Wahlergebn nicht ändern würde, und beschloß daher, für diesmal lieber die Wahlkosten zu sparen und bis auf weiteres die Mittel lieber zum Ausbau der Organisation im Kreise zu verwenden. Kein heroischer aber nach Lage der Dinge wohl der vernünftigste Beschluß. Keine Kandidaturen bedeuten beim bestehenden Wahlgeseß meist herausgeworfene Arbeit und Kosten. Sie lassen die Partei meist als schwächer erscheinen als sie wirklich ist, weil der Kandidat gewöhnlich nur die Stimmen der engeren Gesinnungsgenossen auf sich vereinigt. Die große Masse stimmt für denjenigen der um die Majorität ringenden Kandidaten, dessen Programm ihren Wünschen und Bestrebungen am nächsten kommt. Wo fast jeder äußere Druck fehlt, kann das Gravitationsgeseß sich um so mehr geltend machen.

Die Wahl John Morley's verfiel im Lager der liberalen Abgeordneten die gegen die Führerschaft Rosebery's ankämpfende Richtung und es ist angefangen worden, daß Sir William Harcourt nach erfolgter Wahl Morley's entgeltlich erklären werde, daß er es ablehne, noch fürderhin Rosebery als Parteiführer anzuerkennen. Herr Harcourt hat von Anfang an Rosebery als Usurpator betrachtet und ihm, wo er nur konnte, Knüttel in den Weg gelegt. Ihn unterstützte dabei der bekannte Radikale Henry Labouchere, der in seinem Wochenblatt „Truth“ ebenso unermüdlich und mit eben denselben Mitteln gegen Rosebery loszog, wie sonst gegen die königliche Familie, und die Demagogie vom Schlage des „Reynolds Newspaper“ blies in das gleiche Horn. Dieser innere Freibzug hat meines Tafühaltens mehr zur Niederlage der liberalen Partei im vorigen Sommer beigetragen, als alle Auseinandersetzungen und während Labouchere und Genossen alle Wahlverluste der Partei Rosebery auf Konto stellen. Jetzt soll also der entscheidende Schlag geführt werden, und es ist auch kaum angängig ihn weiter hinaus zu schieben. Selbst die Freunde Rosebery's müssen eine Beendigung des jetzigen Zustandes wünschen, denn niemand wird unter ihm mehr kompromittirt als ihr Held. Ein König ohne wirkliche Gewalt ist wenigstens eine Art Staatsstück, ein Parteiführer ohne wirkliche Macht aber, aber mit der Verantwortung für die Maßnahmen der Partei, ist eine Jammergestalt. Und so viel muß man den Gegnern der Führerschaft Rosebery's zugestehen, daß ein Mann, der als Peer nicht Mitglied des Hauses der Gemeinen werden kann, unter allen Umständen schlecht zum Führer einer Partei paßt, die nur noch in diesem Einfluß anzuhäufen vermag. Mag Rosebery noch so begabt und in sozialpolitischen Fragen noch so radikal sein, seine Gebundenheit an das Haus der Lords würde auch dann noch eine Bleiugel für ihn sein, wenn er es mit weniger struppelosen Gegnern im eigenen Lager zu thun hätte, wie der „Truth“-Herausgeber und dessen Hintermänner.

Die Partei Rosebery wird im wesentlichen durch den „Eighty-Club“ repräsentirt, eine Verbindung, die im Jahre 1880 gegründet wurde — daher der Name „Eighty“ (Achtzig) — und damals viel zum Sieg der Gladstonianer beigetragen hat. Sie bildeten die Vertretung der „Jungen“ im liberalen Lager, aus ihr sind die Keland, Kitchin, Galdane u. s. w. hervorgegangen, die sozialistisch gefärbte Linke im Reich der Liberalen. Ebenso war das gemäßigtere „Daily Chronicle“ mit Poulton und Trompeter für Rosebery eingetreten. Aber während der Eighty-Club an demselben festhält, hat das „Chronicle“ ihn schon halb über Bord geworfen und bei der guten Witterung, die dieses Blatt für Änderungen in der Richtung des Windes hat, kann man schließen, daß Harcourt-Morley-Labouchere diesmal nicht unterliegen werden.

Für die innere Entwicklung der liberalen Partei wird ihr Sieg einen Dämpfer auf den staatssozialistischen Eifer der Richtung Keland bedeuten, denn Herr Morley ist in den Anschauungen der Manchester Schule großgeworden und hält an ihnen fest, soweit dies heute nur möglich ist. In der äußeren Politik wird er würde er die liberale Partei zur völligen Schildträgerin des frankorussischen Bündnisses machen und daneben oder damit zur Vertreterin der Klein-England-Politik. Vielleicht ist es diese letztere Aussicht, die wieder viele Whigs an Rosebery festhalten läßt, der einer der echten Befürworter des Gedankens der Reichsföderation, des „größeren Britanniens“, war.

So laufen auch hier die verschiedenartigsten Fäden neben- und durcheinander, und es ist nicht uninteressant, ihr Weben und Streben zu verfolgen. Bis zu einem gewissen Grade muß diese Gährung auch der englischen Sozialdemokratie zu gute kommen, und wird es noch viel mehr in dem Maße als die Partei kompakter dasieht und eine einheitliche Politik und Konsequenz innehält.

### Gerichts-Zeitung.

Ein Streit am St. Sebaldstage gab die Veranlassung zu einer Anklage wegen Verleumdung und ruhestörenden Lärms, welche die Berufsungs-Strafkammer am Landgericht I gegen den Arbeiter Hermann Gärtschel zu verhandeln hatte. Am 2. September hatten zwei Gemeindefchulen zur Erinnerung an die 25jährige Wiederkehr des Sebaldtages auf einem Plage in der Remminerstraße eine patriotische Feier abgehalten. Gegen 2000 Kinder waren mit ihren Lehrern anwesend; es wurden die üblichen patriotischen Lieder gesungen und der Lehrer Würbel hielt eine Festrede. Dicht neben dem Plage befand sich ein Neubau, auf welchem eine Anzahl Arbeiter beschäftigt waren. Während die Kinder die „Wacht am Rhein“ und andere Lieder sangen, ertönte plötzlich vom Hobe des Neubaus her der laute Gesang der Arbeiter marschallaise, und als der Lehrer sprach, soll durch Klappen mit Brettern und Hämmern ein gewaltiger Lärm gemacht worden sein, auch flogen verschiedene Bemerkungen nach dem Festplage hinüber. Unter anderen Redensarten will der Lehrer namentlich den Ruf „Hall's Maul“ gehört haben; dies habe ihn veranlaßt, auf einige Augenblicke inne zu halten. Die Polizei ermittelte den Angeklagten als denjenigen, der den Ruf ausgehoben haben sollte. Mangel genügender Beweise war er seitherzeit vom Schöffengericht freigesprochen worden, die Staatsanwaltschaft legte jedoch Berufung ein und die Strafkammer kam zu einem anderen Ergebnis. Gärtschel, der an jenem Tage zusammen mit zwei anderen Arbeitern mit Lehmbrettern für die Löhler beschäftigt war und sich mit diesen zusammen in dem Raum befunden hatte, aus welchem der besagte Ruf gekommen war, gab zwar zu, der Auser gewesen zu sein, doch habe die Auserung einem Arbeitsgenossen gegolten. Die Beweisannahme ergab die Unwahrscheinlichkeit dieser Be-

hauptung. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit und die Gefahr für die Schulkinder, welche das Vergehen des Angeklagten enthalte, drei Monate Gefängniß. Der Richter sprach auf einen Monat Gefängniß.

### Veranstaltungen.

Zu unserem Bericht der Versammlung der Möbelpolirer vom letzten Montag geht uns folgende Erklärung zu: In der Montag-Versammlung der Möbelpolirer wurde nach Ihrem Bericht hervorgehoben, daß die Drechsler der Firma Hälßenbed, Kroll u. Komp. sich dem erneuten Ausstand der Tischler nicht angeschlossen hätten. Unterzeichnete Drechsler haben dazu zu bemerken, daß die Forderungen der Drechsler (verlängerte Arbeitszeit) gleich im Anfang des Streiks bewilligt sind. Ein weiteres Fortsetzen der Arbeit hat auf die Lohnbewegung der Tischler gar keinen Einfluß. Um aber allen Vorwürfen der Kollegen über Unsolidarität aus dem Wege zu gehen, haben wir beschlossen, während des Ausstandes der Tischler die Arbeit ruhen zu lassen.

G. Güttnner, B. Langsieb, Zuttlich.

Die Filiale III der deutschen Schuhmacher hielt am 2. März ihre Mitgliederversammlung ab. Genosse Kempf hielt einen interessanten, beifällig aufgenommenen Vortrag über Pestalozzi und die Volksschule. Mit einem Appell des Vorsitzenden an die Mitglieder um pünktlichere, regere Theilnahme an den Vereinsversammlungen wurde die Versammlung geschlossen.

Schöneberg. Am 22. Februar tagte hier eine Versammlung des Verbandes der Metallarbeiter, in der Klein Schmidt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über den Nutzen der Gewerkschaften hielt. Nach einer längeren Diskussion im Sinne des Referats gelangte ein Antrag, der die Verschmelzung der Zahlstelle mit der Berliner Filiale bezweckt, zur Berathung. Dem Einwand einiger Redner, die den Vortheil einer solchen Vereinigung in Zweifel zogen, schloß sich auch die Majorität der Versammlung an und lehnte den Antrag ab.

Charlottenburg. Die Holzarbeiter besprachen in einer öffentlichen Versammlung, die am Sonntag tagte, die Lage des Tischlerstreiks. Nach dem Referat des Tischlers Bleck wurde in der Diskussion mitgeteilt, daß bei der Firma Sommer u. Weimann nicht alle Forderungen bewilligt sind. Es wurde deshalb beschlossen, aufs neue in den Ausstand zu treten.

Rixdorf. Ueber den Verlauf der Lohnbewegung referirte Genosse Ostermann am 1. März in einer gut besuchten Holzarbeiter-Versammlung. Redner ist mit dem Ausgang des Streikes sehr zufrieden und berichtet, daß nur noch 6 Arbeiter ausständig sind. Demgemäß wurde beschlossen, für Rixdorf und Brin den Streik für beendet zu erklären. Die Untersuchung von Maßregelungen, sowie die weiteren Unternehmungen wurden einem Mitgliede der Kommission zur Regelung übertragen. Zur Revision des Streikfonds wählte die Versammlung Sv. Dracko und Rothstein. Die Ausständigen haben sich täglich nachmittags 3 Uhr bei Ostermann, Jägerstr. 70, einzufinden, um ihre Streikarte absteampeln zu lassen.

Berichtigung. Zur Gemeindevahl in Panlow wird uns mitgeteilt, daß in einer Versammlung die gegnerischen Ansichten zu den Gemeindevahlen seitens einiger Genossen offen bekundet wurden. Nicht prinzipielle Gründe, sondern Umstände rein lokaler Natur waren maßgebend, die Wahl für die mal nicht zu befürworten. Im übrigen haben die meisten der hier in Frage kommenden Genossen sich dem Versammlungsbeschlusse gefügt und ihr Wahlrecht ausgeübt. Die Thatfache, daß die Neu-Eintheilung der Bezirke lediglich unseren Gegnern zu gute gekommen ist, hat den Ausfall der Wahl für die letzteren gütig gestimmt. Trotzdem ist ein Stimmenzuwachs bei den sozialdemokratischen Kandidaten zu verzeichnen.

### Vermischtes.

Dampfkrast und menschliche Arbeitskrast. Die Zeit ist nicht mehr fern, wo wir Dipse und Arbeitsleistung ohne Hilfe von Feuer erhalten können, sagt der Zivilingenieur Markton Mc. Grath im St. Louis „Globe-Demokrat“. Das wird möglich sein, sobald wir Elektrizität direkt von der Kohle erzielen können, ohne etwas von der wunderbaren Krast zu verlieren, welche in derselben steckt. Ich habe den ganzen Werth der Kohle als Krast-erzeuger erst dann erkannt, als ich dieselbe auf einer Fahrt über den Ocean auf dem Dampfer „Majestic“ beobachtete. Das Schiff führt 2400 Tonnen Kohlen, fast genug, um jeder Familie in St. Louis einen halben Bußel zu geben, und es verdraucht 290 Tonnen täglich, um seine Geschwindigkeit von ungefähr 23 Meilen die Stunde zu erhalten. Das sieht wie ein kolossaler Kohlenverbrauch aus, doch die „Majestic“ ist ein großes Schiff, 582 Fuß lang, und es gehören 18 000 Pferdekräfte dazu, um es mit Voll dampf über die Wellen zu führen. Rechnet man es aber in einzelnen aus, so findet man, daß anderthalb Pfund, also weniger als eine gute Hand voll, eine Pferdekräfte für eine Stunde liefert. Eine Pferdekräfte ist gleich der Arbeit, mit der man 300 Pfund einen Fuß hoch heben kann, so daß anderthalb Pfund Kohle 300 Pfund einen Fuß hoch eine Stunde lang zu heben im stande sind. Oder man nehme einen anderen Vergleich. Es würden 100 000 Galeeren-Sklaven Tag und Nacht rudern müssen, um der „Majestic“ eine Geschwindigkeit von 23 Meilen zu geben. Dvobirt man 18 000 Pferdekräfte durch 100 000, so findet man, daß anderthalb Pfund Kohle ungefähr die einständige Arbeit von sechs Kludern leisten. Freilich würde man auf der „Majestic“ nicht mehr als 480 Kludern plaziren können und zehn Bußel Kohlen würden dieselbe Arbeit leisten, während 100 000 Galeeren-Sklaven, jeder im Durchschnitt 150 Pfund schwer, fünfmal soviel wiegen würden, als die 1740 Tonnen Kohlen, welche die „Majestic“ für eine sechsständige Fahrt braucht.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Krastge eine Adresse (mit Buchstaben oder eine Zahl angeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6-7 Uhr statt.

W. G. Charl. 1. Ja. 2. 6 Wochen zum Quartalsfesten. — G. W. 50. Darüber bestehen keine Bestimmungen. — G. 100. Die Ansicht steht Ihnen in der juristischen Sprechstunde frei. — T. 24. Ja, durch Erklärung vor dem Richter. — P. 100. Reuaves. 1. Reu. 2. Reu. — Stiller. Sie sind bis zum 1. Oktober gebunden und müssen spätestens am 27. Juni dem Wirth die Kündigung zugesellt haben. Schriftliche Antwort zu ertheilen lehnen wir ab. — G. R. 9. Der erste, der Entnahme von 10 M. gütliche Beschlus ist danach angenommen. — H. 3. 37. Es wäre zu spät. — H. A. Sonntagstube für Sprüngeproben besteht nach wiederholten Entschuldigungen des Kammergerichts nicht; nur darf die Probezeit nicht in die Kirchenzeit gelegt werden. — Schraumm. Mit Klagen gegen die in betracht kommenden Behörden würden Sie nichts durchsetzen können, wiewohl der Verlauf der Sachen gesetzlicher Grundlage wohl entbehrte. Eine Forderung gegenüber dem Militärklub würde an der Schwierigkeit scheitern, zu beweisen, daß die Krankheit durch eine Dienstbeschädigung zugezogen ist. — T. 9. 12. Zum Abzug von der Miethe ist nicht zu rathen, wohl aber können Sie nach fruchtloser Aufforderung die Streichung selbst ausführen lassen und die Kosten dann einlangen. — 999. Reu. — C. R. P. 100. 1. Zeitig untanglich. 2. Schalljahr bilden die durch 4 theilbaren Jahre mit Ausnahme der Jahre 1900, 2000, 2100 u. s. w. — W. R., Karlsrufer. 1. Ja. 2. Reu